Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 69 | Herbst 2005 | 3,10 Euro

Neue Dynamik im militanten Spektrum

Braunzone
Völkisch orientierte Stiftungen

International
Geheimorganisation in Italien enttarnt

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 69 5 · 2005

Rubriken

MACHT MIT IM B-BLOCK:

6

Foto: Jülich/attenzione

14

44

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.nadir.org/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Während der Kampf ums Kanzleramt zwischen dem amtierenden Kanzler Gerhard Schröder und der Union-Spitzenkandidatin Angela Merkel auch eine Woche nach der Wahl für erheblichen medialen und politischen Aufruhr sorgt, ist ein Thema schon am Wahlabend selbst gar nicht erst behandelt worden: Das Abschneiden der extremen Rechten. Hatte man in letzter Zeit den Eindruck, dass nach Antifa-Sommer, NPD-Verbotsverfahren und dem Wahlergebnis in Sachsen das Thema Neofaschismus einen festen Platz auf der medialen und politischen Agenda gefunden hat, wurde man erneut enttäuscht. Dies verwundert umso mehr vor dem Hintergrund, dass die NPD mit 1,8% ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2002 vervierfachen konnte und in ihrer Hochburg Sachsen beinahe die 5%-Hürde genommen hat. Doch wie so oft scheint auch diesmal das »Aus den Augen, aus dem Sinn«-Prinzip zu gelten und das Problem mit dem Nichterreichen der 5%-Marke nicht mehr existent zu sein. Davon profitiert natürlich ausschließlich die NPD selber, sie kann unbehelligt von den Augen der Öffentlichkeit ihre Aufbauarbeit in den Schwerpunktregionen Sachsens, Thüringens und Mecklenburg-Vorpommerns fortsetzen. Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde als Maßnahme der Wahlwerbung und der Jugendarbeit eine Neuauflage der sogenannten »Schulhof-CD« produziert. Die erste Auflage aus dem Spektrum freier Kameradschaften wurde zunächst zwar medienwirksam verboten, der Beschlagnahme-Beschluss vom Amtsgericht Halle wurde jedoch relativ lautlos wieder kassiert. Das Amtsgericht Stendal wies die Anklage der Staatsanwaltschaft Halle gegen einen 31-jährigen Mann zurück, der die verbotene Schulhof-CD an junge Leute verteilen wollte. Im Urteil wird auf die Meinungs- und Medienfreiheit verwiesen. Das Beispiel zeigt, dass Antifaschismus zuallererst eine politische Aufgabe sein sollte und keine juristische. Das Verfahren gegen die Neonazi-CD war von Polizei und Staatsanwaltschaften hoch gehängt worden und in diesem Zusammenhang kam es zu diversen Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Strafanzeigen. Betroffen waren unter anderem der neonazistische Klub 14 in Dresden, der Brandenburger MHSler Christian Banaskiewicz und der Sachsen Anhaltiner Versandbetreiber Lutz Willert. Auch das Verbot des Markensymbols der Modemarke »Thor Steinar« ist in Brandenburg vorerst gescheitert. Doch das zuständige Gericht verwies in seinem Beschluss auch auf die Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung mit der zweifelhaften völkischen Symbolik: »Der Senat hält es deshalb auch für denkbar, dass bei weiterer Verwendung in der Öffentlichkeit und Diskussion hierüber (...) die Assoziation zumindest zu dem verfassungswidrigen Kennzeichen der Doppelsig-Rune auch den flüchtigen, nicht genau prüfenden Betrachter ohne Weiteres erreicht (...)« Eben hier wird wieder deutlich, dass eine durch breite, internationale, antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit angestoßene gesellschaftliche Auseinandersetzung sinnvoller ist als juristische Verbote. Eine Analyse, die auch für die weitere antifaschistische Mobilisierung gegen die Rudolf Hess-Märsche in Wunsiedel (Seite 26) relevant ist. Die Auseinandersetzung mit »Thor Steinar« ist mittlerweile bis nach Norwegen vorgedrungen. Die norwegische Zeitung »Dagbladet« berichtete kürzlich unter der Überschrift »Das Norges flagg er nazisymbol« über den von »Thor Steinar« selbst konstruierten Bezug zu dem als besonders »nordisch« empfunden Norwegen. Das »Tonsbergs Blad« skandalisierte unter der Überschrift »Tonsberg som nazisymbol« die Verwendung des Städtenamens Tonsberg durch »Thor Steinar«. Daraufhin reichte das norwegische Außenministerium eine Klage gegen »Thor Steinar« bei der deutschen Botschaft in Oslo ein. Dass das Setzen auf Repression und die juristische Ebene in der politischen Auseinandersetzung jedoch ein zweischneidiges Schwert ist, beweisen auch diverse juristische Angriffe auf antifaschistische Strukturen in Berlin (Seite 50). Vielmehr ist es nötig auf die eigene Kraft zu vertrauen und sich vor allem politisch mit den Neonaziaktivitäten auseinanderzusetzen.

Altes »Thor Steinar«-Logo in Brandenburg legal

Das brandenburgische Oberlandesgericht hat das Verbot des alten »Thor-Steinar«-Logos aufgehoben (siehe AIB # 65). »Das Markenlogo ist nicht verwechselbar mit einem verfassungsfeindlichen Symbol«, sagte eine Gerichtssprecherin. In der Entscheidung heisst es: »Der Senat verkennt nicht, dass die Textilien der Marke 'Thor Steinar' durch ihre farbliche Gestaltung und verwendete Aufschriften gerade Personen der rechtsextremen Szene ansprechen und dies mutmaßlich vom Hersteller auch so beabsichtigt ist (...) Derzeit ist allerdings davon auszugehen, dass das Markenlogo mit seinem sich nur nach genauer Prüfung erschließenden verfassungswidrigen Symbolgehalt – ähnlich auch der Assoziation der Zahl '88' mit dem Gruß 'Heil Hitler!' – lediglich in rechtsextremen oder in polizeilichen, juristischen oder besonders interessierten Kreisen bekannt ist und damit entsprechend der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht dem Gesetzeswortlaut des § 86 a Abs. 2 StGB unterfällt«. Fortan darf das Runenlogo der »Thor-Steinar«-Kleidung in Brandenburg wieder getragen werden. Alle diesbezüglichen noch nicht abgeschlossenen Strafverfahren seien hinfällig, so die Gerichtssprecherin. Allein 2005 wurden nach Angaben des Potsdamer Innenministeriums 257 Strafverfahren wegen des Logos eingeleitet. Ein Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft teilte mit, dass um die 200 Verfahren nun eingestellt werden müssen. Ergangene Strafbefehle blieben aber rechtsgültig. Zusätzlich muss das Innenministerium die »Thor-Steinar«–Delikte wieder aus der Statistik der rechtsextremistischen Kriminalität streichen. Die Neuruppiner Staatsanwälte hatten vor einigen Monaten festgestellt, dass das Logo aus einer germanischen Wolfsangel und einer Tyr-Rune bestehe und diese Symbole während der NS-Zeit als Zeichen einer SA-Reichsführerschule und einer SS-Division gebraucht worden seien. Die Landgerichte Neuruppin und Potsdam hatten im November 2004 und im Februar 2005 das Verbot des Logos bestätigt. Die Firma Mediatex aus Zeesen, die »Thor Steinar« produzieren lässt, hatte daraufhin das Logo verändert. Mediatex-Anwalt Markus Roscher prüft nun eine Schadensersatzklage auf Grundlage des brandenburgischen Staatshaftungsgesetzes. Der entstandene Schaden liege »im höheren sechsstelligen Bereich«. Einem solchen Verfahren sieht die Generalstaatsanwaltschaft gelassen entgegen. Das wäre nur bei einer rechtswidrigen Beschlagnahme möglich, teilte ein Sprecher mit. Brandenburgs SPD-Fraktionschef Günter Baaske bezeichnete das OLG-Urteil als unverständlich. Er habe noch nie jemanden getroffen, der in dem Logo nicht sofort die SS-Runen erkannt habe. In Berlin eröffnete »Thor Steinar« mittlerweile im Berliner Shopping Center »Berlin Carre« am Alexanderplatz einen eigenen Laden namens »TØNSBERG«. ■

Rechtsrock-Konzerte ausgefallen

Zwei Rechtsrock-Konzerte in Berlin und Brandenburg mussten ausfallen, nachdem das Antifaschistische Info Blatt diese öffentlich gemacht hatte.

Am 6. August 2005 sollte im Berliner Club Asgard ein »CD Release Konzert« mit der NS-Black-Metal-Band Absurd stattfinden. Dieses Konzert reihte sich ein in eine Reihe weiterer NS-Blackmetal-Konzerte, die in den vergangenen Jahren in dem Biesdorfer Club unbeachtet durch Polizei und Medien stattfanden. Die Band Absurd um Hendrik Möbus wurde 1993 durch einen Mord mit satanistischem Hintergrund bekannt. (siehe AIB # 49). Nachdem das Konzert bekannt wurde sagte Absurd ab und stattdessen sollte die Band Walaskyalf auftreten. Eine Hundertschaft der Polizei kontrollierte die 56 Besucher und stellte Waffen und verbotene Symbole fest. Daraufhin wurde die Veranstaltung aufgelöst.

Die Berliner Kameradschaft Spreewacht (KSW) wollte am 13. August 2005 ein Rechtsrock-Konzert im brandenburgischen Seefeld veranstalten. Eingeladen waren die Neonazibands Sixil, Legion of Thor aus Berlin, Schutt und Asche aus Friedrichshafen und Vollendung. Die Band Legion of Thor wurde 1997 gegründet und ist eng mit den Konzertorganisatoren der Kameradschaft Spreewacht verbunden. Nach szene-eigenen Angaben sollte die Veranstaltung »mit Bier in rauen Mengen« auf dem Grundstück des Kreischefs der Deutschen Volksunion (DVU) Klaus Mann in Seefeld stattfinden. Bereits am 18. Juni 2005 fand hier ein Sommerfest der DVU statt. Auch bei dem geplanten Rechtsrock-Event am 13. August sorgte eine vorzeitige Veröffentlichung durch das AIB für ein angekündigtes Verbot des Konzertes und eine Absage der Veranstalter. ■

In Sachsen schlägt die Stunde der Patrioten

Nach der Landtagswahl 2004 wurde in Kreisen der sächsischen CDU die Forderung laut, dass die CDU die rechten »Protestwähler« durch einen »Rechtsruck« wieder in die »demokratische Mitte« reintegrieren solle. Davon abgesehen, dass sie schon immer weit rechts stand, trug diese Forderung schnell Früchte. Immer ungenierter bekennen sich Teile der CDU offen rechts. Zum »Patriotismusbeauftragten« wurde der ehemalige Kultusminister Matthias Rößler erklärt. Damit nicht »Patriotismus umschlägt in Nationalismus«, ist er »Der Patriot [... der ...] stolz [... ist ...] auf sein Vaterland, achtet aber auch die anderen Nationen [...]« [1]

Dazu wurde eine Veranstaltung mit Altbundeskanzler Helmut Kohl am 10. Juni 2005 in der geschichtsträchtigen Albrechtsburg zu Meißen veranstaltet, wo er über »Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa« sprach. Externe Beratung organisierte sich die CDU unter anderem von den einschlägig bekannten Politikwissenschaftlern Ekkehard Jesse aus Chemnitz (siehe AIB # 66) und Uwe Backes aus Dresden. Auch der ostsächsische Abgeordnete Henry Nitzsche fiel »patriotisch« auf. Seinen Bundestagswahlkampf stellte er unter die Parole »Arbeit, Familie, Vaterland«. So lautete auch das Motto des Vichy-Regimes in Frankreich, das mit Nazi-Deutschland bis hin zur Judendeportation kollaborierte. Die NPD hielt unter dem selben Motto ihren Bundesparteitag 2004 ab. Und so schließt sich der Kreis der CDU-Rechtsaußen. So wie Nitzsche einst meinte, lieber falle einem Moslem die Hand ab, ehe er CDU wähle, wird Rößler indirekt so zitiert: »Europa habe Grenzen, da gehöre nicht jeder hinein. Ein Niemandsland von Multi-Kulti lasse kein Gemeinschaftsgefühl aufkommen.« [2] ■

1| Interview mit Matthias Rößler in Sächsische Zeitung, 08.06.2005
2| Leipziger Volkszeitung, 10.06.2005

Teure Klage für »rechten Glücksritter« – Unterlassungsklage abgewiesen

Gut anderthalb Jahre dauerte ein Zivilprozess gegen das alternative Magazin raumzeit aus Erlangen. Die mehrere tausend Euro teure Klage des Leipziger Bauunternehmers Reinhard Rade scheiterte im Juli diesen Jahres nun endgültig vor der Berufungsinstanz, dem Münchener Oberlandesgericht. Rade, der früher in der rechtsradikalen Szene aktiv gewesen war, hatte behauptet, in einem Artikel über »Rechte Glücksritter in Ostdeutschland« falsch zitiert worden zu sein. Er fühlte sich herabgewürdigt, weil er mit der Aussage wiedergegeben wird, er überlege sich »immer mal wieder, ob er nicht wieder politisch arbeiten wolle«. Auch für die Wiedergabe seiner Äußerung, er wolle Hubschrauber, die er der Autorin des Artikels gezeigt hatte, »in den arabischen Raum exportieren«, verlangte er Schadenersatz. Zu Beginn der Verhandlung räumte die Richterin einer Berufung Rades keinerlei Erfolgsaussichten ein und empfahl dem Kläger, sie zurückzuziehen. Ein Urteil des Münchener Landgerichts vom Februar dieses Jahres zugunsten des Magazins ist nun rechtskräftig. Rade forderte, die Äußerungen künftig zu unterlassen und nicht mehr unter www.raumzeit-online.de zu verbreiten. Die Redaktion und die Herausgeber der raumzeit sahen dazu keinen Anlass, da der Artikel korrekt und sorgfältig recherchiert war. Er war zuvor im AIB # 60 erschienen. Ein Gerichtserfolg Rades hätte ein finanzielles Desaster für das nichtkommerzielle Magazin bedeutet. Der Streitwert für die Unterlassungsklage wurde auf Antrag von Rades Münchener Rechtsanwalt Michael Hubertus von Sprenger auf 10.700 Euro festgesetzt, womit die Kosten für diesen Prozess beachtlich sind. ■

ANSDAPO verboten

[1] Falco Hesselbarth war Kassenwart und Beisitzer im Vorstand der ANSDAPO.

Am 15. Juli 2005 hat das Brandenburger Innenministerium einen Neonazi-Verein namens ANSDAPO verboten. Bei den Durchsuchungen von 22 Wohnungen in Strausberg, Rüdersdorf, Wildau und Berlin wurden u.a. ein Maschinengewehr und eine scharfe Panzergranate gefunden. Offiziell lautete der Name des Vereins »Alternative Nationale Strausberger DArt Piercing und Tattoo Offensive«. Eine Nähe der Abkürzung zur historischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) oder der von den USA aus operierenden NSDAP/AO war offensichtlich. Der Verein war am 1. August 2004 offiziell gegründet worden und umfasste 19 Mitglieder. Der Eintrag ins Vereinsregister misslang jedoch. Der Personenkreis war bereits 1998 durch die Organisierung eines Rechtsrock-Konzertes in Erscheinung getreten. Im Zuge des Verbotes wurden auch die Wohnräume des Sohnes der Vorsitzenden der Brandenburger DVU-Landtagsfraktion Liane Hesselbarth durchsucht. Falco Hesselbarth fungierte als Kassenwart und Beisitzer im Vorstand der ANSDAPO. Die DVU bestritt sofort jede Verbindung zu dem verbotenen Verein. Doch Falco Hesselbarth soll laut Medienberichten auf DVU-Festen mit dem ANSDAPO-Symbol aufgetreten sein. Man achte nicht auf Schriftzeichen, die man nicht kenne, erklärte DVU-Sprecher Bernd Dröse daraufhin lapidar. Falco Hesselbarth geriet bereits im Januar 2005 an die Öffentlichkeit, als er an einem Überfall auf das alternative Strausberger Jugendzentrum Horte beteiligt war. Seine Mutter hatte im Februar 2000 das Horte zum Thema einer Anfrage der DVU im Landtag gemacht. Liane Hesselbarth sprach im Parlament von einem »linksextremistischen Zentrum«, einem »Chaotentreff«, der Anwohnern »ein Dorn im Auge« sei. ■

[1]

Foto: Jülich/attenzione

Das Label: »Autonome Nationalisten«

Bereits 2004 wiesen wir im AIB # 64 darauf hin, dass in der Region Berlin nicht mehr Organisationen und deren Strategien das Auftreten von Neonazis in der Öffentlichkeit bestimmen, sondern ein Personenkreis von politisch aktiven Kadern. Deren jeweiligen Interessen, Streitereien und Vorlieben prägen die Neonazi-Szene.

[1] Wunschdenken mancher Neonazis: ein schwarzer Block. Aktivisten des Aktionsbündnis Mittelhessen am 29. September 2004 in Heppenheim.

Ein Machtvakuum innerhalb der Berliner Neonazi-Szene, das durch den Rückzug tonangebender führender Kader der alten GdnF-Struktur (siehe AIB # 52) entstanden ist, bedingt eine spezielle Form politischer Orientierung. Die führenden Protagonisten aus der Kameradschaftsszene sagen sich zunehmend von den dogmatischen extrem rechten kulturellen Mustern los und orientierten sich an den kulturellen Codes der linksradikalen autonomen Bewegung, die sie mit eigenen Ideologie-Fragmenten versetzen (siehe AIB # 63). Sie treten u.a. unter dem Label »Autonome Nationalisten« auf. Da dieses Modell zunehmend bundesweit übernommen wird, soll an dieser Stelle ein erster Überblick zu diesem Neonazi-Label geboten werden.

Autonome Nationalisten?

Der Begriff »autonom« kann von den »Autonomen Nationalisten« kaum mit Inhalten gefüllt werden. Selbst der sonst so schreibfreudige und mitteilungsbedürftige westdeutsche Neonaziaktivist Axel W. Reitz beantwortete die Frage »Wieso überhaupt ›Autonome Nationalisten?‹« in einem Neonazi-Internetforum Ende 2004 zunächst nur mit einem knappen »Was sind ›autonome Nationalisten‹, eigenständige Nationalisten, Punkt, Aus, Ende, das war's.«[1] Der Hamburger Neonazikader Christian Worch greift später helfend in die Diskussion ein und definiert den Begriff »autonom« als Notlösung, da mehrere »freie Nationalisten« mittlerweile NPD-Parteiangehörige geworden seien und daher der Begriff »frei« verwässert sei.[2] Ein »Autonomer Nationalist« beteuert an dieser Stelle, dass er selbstverständlich im »obligatorischen Braunhemd« zum Treffen erscheine, aber trotzdem den autonomen Stil für einen wichtigen Lifestyle halte.[3] Ein anderer Nutzer führt zu diesem Thema aus: »Zudem bezieht sich das autonom auch auf den Lebenswandel der Bewegung, weg vom Skinhead Image und hinein ins moderne Leben.«[4] Und weiter: »Wir sind unabhängig von bestehenden strukturen oder festgefahrenen denkweisen (...) es ist keine subkultur wie z.B. Skinheads es ist ein lebensgefühl, eine einstellung, eine lebensart eine

[1] Autonome Nationalisten kopieren Inhalte, Style und Parolen der autonomen Bewegung.

›kampfesart‹ (...)«[5] versucht ein anderer User das »autonom« zu erklären. Diese Formen von widersprüchlichen Patchworkidenditäten, die zwischen Neonazi-Ideologie, modern jugendlichem Lifestyle und dem Lebensstil der Vorbilder aus der linksautonomen Szene hin- und herpendeln, bedienen sich des Begriffes »autonome Nationalisten« als beliebiges Label.

»Der autonome Style ist ein Stil der sich in den letzten Monaten herauskristallisierte und mittlerweile ein fester Bestandteil unser Zusammenhänge mit eigenem politischen Anspruch geworden ist.«[6] resümierte Axel Reitz zwar im November 2004, konnte jedoch keine näheren Angaben zu dem eigenen politischen Anspruch bieten. Auch Monate später konnte er nicht die Inhalte der »Autonomen Nationalisten« präsentieren, sondern nur deren Rolle in der Neonazi-Szene beschreiben: »Der Begriff autonom steht auch für eine Profilierung, einer Entwicklung in unseren Reihen.«[7] Als er im Juli 2005 erneut nach den »Autonomen Nationalisten« gefragt wurde, gestand er genervt ein: »Nationalautonom ist zuallerst ein Begriff und je nach Apologet dieses an sich oberflächlichen Wortkonstruktes wird er anders definiert (...) Eine verbindliche Definition über den Begriff kann Dir also niemand geben (...)«[8]

Autonomer Style?

Trotz der inhaltlichen und konzeptionellen Unbestimmtheit blieb die Entstehung der »Autonomen Nationalisten« nicht ohne Folgen. Der bis dato durch entsprechende kulturelle Identitäten begrenzende Zugang zur Kameradschafts-Szene wurde durch die Loslösung von den dogmatisch extrem rechten kulturellen Mustern gelockert (siehe AIB # 68). Man muss mittlerweile weder eine fundierte völkische Identität, noch eine extrem rechte subkulturelle Identität vorleben, um in der Kameradschafts-Szene anerkannt zu werden. Diese Stategie beschreibt Reitz stellvertretend für die »Autonomen Nationalisten«: »Diese ›Autonomen‹ kopieren den Stil und die Aufmachung der linken Strukturen und von linken bisher agitierten Jugendkulturen, dabei werden die bekannten Symbole und Outfits mit unseren Inhalten besetzt und in unserem Sinne interpretiert.«[9] Der direkten Übernahme und Umwandlung von Parolen, Slogans, Layout-Stil und dem Duktus aus der autonomen Antifa-Bewegung und alternativen Jugendkulturen sind dabei kaum Grenzen gesetzt. So gab es Hausbesetzungen für ein »nationales Jugendzentrum« und englischsprachige Neonazi-Graffitis, Aufkleber und Transparente in für normale Bürger unverständlicher Slogan-Form (»Fight the System, Fuck the Law«). Das Symbol der autonomen Antifa-Bewegung, eine rote und eine schwarze Fahne im Kreis mit dem Schriftzug »Antifaschistische Aktion«, wurde eins zu eins übernommen und mit dem Schriftzug »Nationale Sozialisten« versehen. Das Logo antifaschistischer Hardcore-Anhänger mit dem Schriftzug »Good night white pride« wurde ebenfalls übernommen und durch den Slogan »Good night left side« ersetzt. »Mittels dieses Auftretens besteht die Möglichkeit, sozusagen unerkannt, da dem bekannten Bild des ›Faschisten‹ entgegen laufend, in die bisher von gegnerischen Lagern beherrschten Gebiete vorzudringen, politisch und kulturell. Graffities sprühen, unangepasst und ›hip‹ sein können nicht nur die Antifatzkes, sondern auch wir, damit erreichen wir ein Klientel welches uns bis dato verschlossen geblieben ist«[10] fasst Reitz die Vorteile der »Autonomen Nationalisten« zusammen.

Autonome Praxis?

Der äußerlichen Anpassung an die linksautonome Szene folgte eine versuchte Anpassung der Aktionsformen. Dieser Schritt stellt eine logische Konsequenz aus dem selbstgestellten Anspruch der Kameradschafts-Aktivisten als »Autonome Nationalisten« dar. Eine Aktivistin aus dem Umfeld der verbotenen Berliner Kameradschaft Tor erklärte: »... zudem erhielt das wort autonom mit der zeit folgende aspekte (...) entschlossenheit zum widerstand mit u.a. auch agressiven mitteln. Sprich das entschlossene auftreten und durchsetzen seiner ziele beispielsweise auf der straße etc.«[11] Ein anderer Vertreter dieser Strömumg erklärte eine »kämpferische Grundeinstellung« zum Merkmal der »Autonomen Nationalisten«. Nun seien die Leute da, die aus der »defensiven Haltung der ›nationalen Bewegung‹« heraustäten und sagen würden »Hier ist Schluß«.[12] So wurde am 1. Mai 2004 in Berlin und am 1. Mai 2005 in Leipzig von »Autonomen Nationalisten« versucht, »Schwarze Blöcke« in den ersten Reihen der Neonazi-Aufmärsche zu formieren, die (erfolglos) die Polizeiketten durchbrechen wollten. Diese gescheiterte Praxis wurde ins autonome Konzept gebastelt: »meiner persönlichen meinung nach sind die gruppen, die sich autonom nennen auch bereit dazu ihren willen mit anderen wegen durchzusetzen und sich nicht zu beugen. Und sei es z.B. nur so sachen wie das wegschieben der bullen am 1. mai in berlin.«[13]

1| Axel W. Reitz: @ linker Rechter, Freier Widerstand Forum am 18.12.2004
2| Worch: @ Kleiner Mohr, Freier Widerstand Forum am 7.2.2005
3| ANB-BERLIN-SÜD: autonom-warum?, Freier Widerstand Forum am 7.2.2005
4| K2, Freier Widerstand Forum am 20.11.2004
5| A-N-R, Freier Widerstand Forum am 20.11.2004
6| Axel W. Reitz, Freier Widerstand Forum am 22.11.2004
7| Axel W. Reitz: @Daffy Duck, Freier Widerstand Forum am 8.2.2005
8| Axel W. Reitz, Freier Widerstand Forum am 04.07.2005
9| Axel W. Reitz, Freier Widerstand Forum am 22.11.2004
10| Axel W. Reitz, Freier Widerstand Forum am 22.11.2004
11| Raskild, Freier Widerstand Forum am 19.12.2004
12| A-N-R, Freier Widerstand Forum am 20.11.2004
13| Raskild, Freier Widerstand Forum am 19.12.2004
14| A-N-R, Freier Widerstand Forum am 22.11.2004

➔

→ Der scheinbar erfolgreichen Kombination der »Autonomen Nationalisten« aus verändertem Erscheinungsbild und erlebnisorientierten Aktionsformen folgte eine Fokussierung auf die direkte Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner aus der Antifa-Bewegung. Auch hierbei wird eine Praxis der autonomen Antifa-Bewegung, die Fokussierung auf die Neonazi-Bewegung als einzigem Gegner, kopiert, welche innerhalb der autonomen Antifa-Bewegung zu Recht seit Jahren umstritten ist.

Seit einigen Monaten versuchen Berliner Kameradschafts-Aktivisten aus dem Umfeld der »Autonomen Nationalisten« mit mehr oder weniger gezielten Aktionen ihre politischen Gegner aus der autonomen Antifa-Bewegung direkt anzugreifen. So gab es Angriffe auf die Wohnhäuser vermeintlicher Antifa-Aktivisten und linke Jugendclubs, Angriffe auf eine antifaschistische Ausstellung (siehe Seite 24) und Veranstaltungen und (spontane) Angriffe auf bekannte Antifaschisten. Vereinzelt berichteten alternative Jugendliche, dass sie von Neonazis im autonomen Outfit gezielt aufgelauert und angegriffen worden sind. Der Wille zu gezielten Aktionen ist aus den Kreisen »Autonomer Nationalisten« deutlich vernehmbar. »(...) es geht um sinnvolle militanz z.B. auf demos um sich gegen schikane zu wehren oder anderweitige militante widerstandsformen.« und nicht mehr um »sinnlose, ungeplante und ziellose (suff-)reaktionen«[14].

Diesem Handeln geht offenbar keine Analyse der politischen Situation voraus und keine dezidierte politische Konzeption. So wird mal in provokanter Absicht ein Solidaritäts-Transparent für ein linkes Wohnprojekt auf einer Neonazi-Demonstration gezeigt, um dann einige Monate später mit Graffiti-Parolen und Aufklebern die Räumung eines anderen linken Wohnprojektes zu feiern. Die autonome Antifa-Bewegung wird auf der einen Seite bis ins Detail kopiert, um sie auf der anderen Seite mit ganzer Energie aufs Bitterste zu bekämpfen. Die »Autonomen Nationalisten« tragen einerseits rote Fahnen auf Neonazi-Demonstrationen vor sich her und bezeichnen sich als »Sozialisten«, um anderseits ganze Stadtteile mit der Parole »Reds better run« und »C4 for Reds« zu versehen.

Hier scheinen eher jugendliche Verhaltensweisen wie der Drang zum Kräftemessen, Revierkämpfe, Provokation und der Wunsch nach aufsehenerregenden Aktionen mit Erlebnischarakter mit politischen Motiven verknüpft zu werden. Die direkte und bewusste Konfrontation mit Antifas, Detektivspielchen und nächtliche Action sind eben jene Aktionsformen, die gesucht werden, wenn die Erlebniswelt wichtiger ist als die politische Fundierung.

[1]

[1] Englischsprachiges Transparent mit Slogans im autonomen Stil. Aktivisten der mittlerweile verbotenen Kameradschaft Tor am 10. Januar 2004 in Berlin

Konflikte

Die Entwicklung der »Autonomen Nationalisten« verläuft nicht ohne Widerspruch. Da in einem Neonazi-Internetforum immer diffuseren Fragen nachgegangen wird (z.B. »Wie ziehen sich eigentlich Autonome Nationalisten im Sommer an?«[15]), erklärte ein User frustriert: »Viele definieren ›autonom‹ ja aufgrund ihres Aussehens, dass heisst sie ziehen sich zwar an wie sie es für einen Autonomen für richtig erachten, aber das war es dann auch schon, politischer Wert dabei gleich Null (...)«.[16] Im Vorfeld der Mobilisierung zu einem »Schwarzen Block« auf einem Neonaziaufmarsch erklärte eine Magdeburger Neonazi-Internetseite erbost: »Ein Zeichen von politischer Radikalität ist dieser Mummenschanz sicherlich nicht, eher schon von persönlicher Schwäche, die mit oberflächlicher Selbstdarstellerei überspielt werden soll (...) wer unsere politischen Zusammenhänge mit einem Abenteuerspielplatz verwechselt, sollte lieber ganz schnell aus unseren Reihen verschwinden.«[17] Einige ostdeutsche Neonazis trugen daher am 1. Mai 2005 T-Shirts mit der Aufschrift: »Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke NICHT!«. Im Nachhinein wurde dementsprechend kritisiert: »Nationale Sozialisten gehen nicht auf die Strasse um sich zu vermummen und einzuigeln. Wir wollen der Bevölkerung unsere Ansichten und Ziele mitteilen und vermitteln, da wirkt diese Art von Demonstration eher beängstigend und abweisend der Bevölkerung gegenüber.«[18]

Nachdem auf einem Neonazi-Aufmarsch im November 2004 in Berlin u.a. Chart- und Hip-Hop-Musik gespielt wurde, warf Oliver Schweigert als ein Vertreter der alten Kameradschafts-Strukturen den »Autonomen Nationalisten« vor: »Nicht nur das sol-

15| Befreiungskämpfer: Autonomes Outfit, Freier Widerstand Forum am 22.01.2005
16| revuelta, Freier Widerstand Forum am 23.11.2004
17| Aufruf »Schwarze Fahnen statt schwarze Blöcke!« von festungsstadt.com
18| Rufe ins Reich, Freier Widerstand Forum am 01.05.2005
19| Oliver Schweigert, Freier Widerstand Forum am 12.2004
20| Oliver Schweigert: Stellungnahme »Lügen haben kurze Beine! ›Autonomer Nationalist‹ zeig mir mal deine.«, www.nwbb.org, Januar 2005

ches Geseiere nichts mit unserer Art zu tun hat, ja ihr vollkommen fremd ist, nein es widerspricht auch unserem politischen Wollen, welches sich gegen die, von den Henkern Deutschlands gewollte sog. Multikulturelle Gesellschaft, richtet.«[19] Im Zusammenhang mit einem Neonazi-Aufmarsch in Magdeburg im Januar 2005 brach der Konflikt zwischen Oliver Schweigert und den »Autonomen Nationalisten« erneut aus. Dieses mal ging es um die gesuchte Auseinandersetzung der »Autonomen Nationalisten« mit autonomen Antifaschisten am Rande der Demonstration. In einer Stellungnahme mit dem Titel »Lügen haben kurze Beine! ›Autonomer Nationalist‹ zeig mir mal deine.« beklagte er: »Durch undiszipliniertes Verhalten ist mir ein Blöckchen von möchte gerne superrevolutionären ›autonomen Nationalisten‹ aufgefallen. Diese Leute waren zu keiner Zeit in der Lage sich dem Tag entsprechend diszipliniert zu verhalten (...)«[20] Im März 2005 landeten die »Autonomen Nationalisten« auf der Tagesordnung des fünften Arbeitstreffens des Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) in Thüringen: »Selbsternannte ›autonome Nationalisten‹, Was bedeutet ›autonom‹ und wie wollen wir, als breite Masse in Zukunft mit diesen Störern umgehen?«. Eine eindeutige Antwort auf diese Frage scheint die Neonaziszene noch nicht gefunden zu haben oder aus Angst vor der folgenden Auseinandersetzung nicht geben zu wollen.

Fazit

Im Moment scheint sich zumindest in Berlin die jüngere Fraktion in der Kameradschaftsszene unter dem Label »Autonome Nationalisten« gegen die alten Strukturen durchgesetzt zu haben. Eine Situation, die in anderen Regionen wie z.B. Hamburg aufgrund führungsstarker Altkader unwahrscheinlich ist. Die niedrigschwelligen Angebote der Kameradschaftscliquen an erlebnisorientierte rechts anpolitisierte Jugendliche wurden von einer zunehmenden dynamischen Entwicklung, einem wachsenden Personenpotenzial und einer höheren Mobilisierungsfähigkeit honoriert. So scheint es für einige Aktivisten der Neonazi-Szene möglich zu sein, das organisations-soziologische Modell der Autonomen in Teilen zu kopieren. Da aber die inhaltliche politische Praxis – so weit vorhanden – zwangsläufig eine andere ist, erfolgt nur eine sekundäre Politisierung. Diese dürfte kaum eine politische Nachhaltigkeit als Resultat bei den jugendlichen Aktivisten hervorbringen.

Die zunehmende Entpolitisierung der Kameradschafts-Szene unter dem Label »Autonome Nationalisten« kann als Schwächung der Neonazi-Szene ausgelegt werden. Doch hier muss entgegengehalten werden, dass durch das Ablegen des völkischen Dogmatismus, die unverbindlichen organisatorischen Verpflichtungen und die Erhöhung des Erlebnisfaktors eine zunehmende Anzahl von rechts anpolitisierten Jugendlichen angezogen wird. In untergeordnetem Maße finden auch jetzt noch politische Aktivitäten wie Mahnwachen für NS-Größen, Flugblattaktionen und Schulungen statt. Der Erfolg dieser Politpraxis wird sich erst in einigen Jahren zeigen: Wie viele von den jugendlichen »Autonomen Nationalisten« Gefallen an der Politik finden und sich mehr und mehr in politische Strukturen begeben, wie viele sich irgendwann ausgetobt haben und ins bürgerliche Leben zurückkehren, wie viele sich zurückziehen, wenn sie den ersten ernsthaften Gegendruck von Antifaschisten zu spüren bekommen und wieviele nach der ersten Bewährungsstrafe die Lust an ständiger Action verlieren. ■

[1] Neonazis im »autonomen Look« auf einer Neonazi-Demonstration unter dem Motto »Keine Waffenlieferung an Israel« am 16. April 2005 in Essen.

[2] Keine politischen Inhalte, sondern identitäre Selbstbestätigung und Provokation. Aufkleber der Berliner Autonomen Nationalisten. (C4 ist ein Plastiksprengstoff.)

Des Öfteren wurde im Antifaschistischen Info Blatt (AIB) über die Berliner Neonazi-Szene und über die Nichtexistenz einer wirklichen Kaderebene geschrieben. Auch die Irrelevanz der Berliner NPD war im AIB bereits mehrfach Thema. Doch ausgerechnet durch den NPD-Bundestagswahlkampf ist etwas Bewegung in die Strukturen der Hauptstadt gekommen, und nach den Verboten mehrerer Kameradschaften in diesem Jahr scheint sich diese Szene zu straffen und an klareren Hierarchien auszurichten. Bei dieser Neuordnung wird sogar die sonst eher verschmähte NPD einbezogen, die den Aktivisten der verbotenen Kameradschaften dann auch gleich noch ihre Bundeszentrale zur Verfügung stellt.

Schulterschluss von NPD und Militanten

Partei als Deckmantel für Neuordnung der Berliner Kameradschaftsszene

Nach den Verboten der Berliner Alternative Süd Ost (BASO) und der Kameradschaft Tor (KS-Tor) mitsamt ihrer Mädelgruppe im März dieses Jahres erhofften sich die Sicherheitsbehörden eine Destabilisierung der Kameradschafts-Szene und spekulierten auf weitere Zersplitterung. Ein halbes Jahr nach diesen Verboten der zentralen Berliner Neonazi-Kameradschaften lässt sich das absolute Scheitern dieser Ziele konstatieren. Beide Strukturen bestehen in denselben Personenzusammenhängen weiter und im Fall der KS-Tor wird intern sogar noch der gleiche Name verwendet. Auch ihr öffentliches Auftreten hat sich in keiner Weise geändert – sieht man vom Verzicht auf die Namen einmal ab. Klandestine Aktionen wie das Sprühen von Nazi-Parolen sowie das Durchführen von Demonstrationen haben seit den Verboten eher zugenommen. Die Zahl der begangenen Straftaten dieses Personenkreises ist ebenfalls eher angestiegen. Sieht man von einer kurzen Phase der Irritation unmittelbar nach den Verboten ab, hat sich für diese Kameradschaften nicht viel geändert.

Aus drei mach vier

Geändert hat sich in Berlin jedoch, dass in dieser Irritationsphase eine andere Organisation Fuß fassen konnte und direkt Führungsanspruch anmeldete: der Berliner Ableger des Märkischen Heimatschutzes (MHS) aus Brandenburg. In der Berliner Sektion, die aus 14 Mitgliedern besteht, sind teilweise auch Kader der verbotenen Kameradschaften untergekom-

[1] Der Berliner MHS-Chef Gabriel Landgraf (links) rangelt unter der Fahne der NPD mit der Polizei. Hier bei einem Durchbruchsversuch »Freier Kameradschaften« am 1. Mai 2004 auf einer NPD-Demonstration in Berlin.

[2] Stellt innerhalb der Berliner »Freien Kameradschaften« den Führungsanspruch – der Märkische Heimatschutz Sektion Berlin. Hier bei einem Aufmarsch am 3. September 2005 in Berlin.

men. Diese straff organisierte Gruppe ist direkt der Brandenburger Hauptsektion des MHS unterstellt und führt auch Teile der Mitgliedsbeiträge an diese ab. Im Gegensatz zu ihrem Brandenburger Pendant sind die Aktivitäten der Berliner Sektion fast ausschließlich nach innen gerichtet. So sind bisher weder Aufkleber und Flugblätter des Berliner MHS in der Öffentlichkeit aufgetaucht, noch wurde – von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen – an Aufmärschen mit eigenen Transparenten teilgenommen. In der Öffentlichkeit tritt der MHS selten nach Sektionen getrennt auf, sondern versucht vielmehr das Bild einer einheitlichen Gesamtorganisation in die Öffentlichkeit zu tragen. In Berlin hat sich der MHS vor allem um eine Vernetzung der Szene bemüht, dabei jedoch deutlich gemacht, dass ihm dabei eine Führungsrolle zukommen müsse. Dieses Ansinnen stieß vor allem bei der KS-Tor auf Widerstand, und Konflikte waren vorprogrammiert. So ist seitdem nur noch selten ein gemeinsames Auftreten der Berliner Neonazi-Szene auf Aufmärschen zu verzeichnen. Während die KS-Tor zum Beispiel am 1. Mai nach Leipzig zu einem Aufmarsch »Freier Kameradschaften« mobilisierte, nahmen die Kader des MHS an einer NPD-Demonstration durch Neubrandenburg teil. Mit dabei auch die Berliner MHS-Aktivisten Andreas Thürmann und Gabriel Landgraf. Bei der Wunsiedel-Ausweichdemonstration am 20. August in Berlin waren anfangs auch nur Kader der alteingesessenen Berliner Kameradschaften anwesend, während der MHS nach Magdeburg mobilisierte. Erst als die Magdeburger Demonstration endgültig verboten wurde, drehte der Bus des MHS kurzerhand um und stieß mit einiger Verspätung zum Berliner Aufmarsch hinzu, der sich allerdings schon in Bewegung gesetzt hatte. Auch im Vorfeld des in Wunsiedel geplanten Hess-Gedenkens gab es Streit in Berlin, da sowohl der MHS als auch die KS-Tor Busse nach Wunsiedel organisiert hatten, und der MHS die Karten für seinen Bus um 6 Euro billiger anbot als die KS-Tor.

Nichtsdestotrotz hat sich unter Beteiligung des MHS in Berlin nach Informationen aus der Neonazi-Szene ein monatliches Koordinationstreffen aller relevanten Gruppierungen etabliert. Dabei ist es wohl der Nähe des MHS zur NPD geschuldet, dass diese Treffen pikanterweise auch in der Köpenicker Bundeszentrale der NPD stattfanden. Auch sind bei diesen Treffen Vertreter der Berliner NPD anwesend. Darunter Eckart Bräuniger, der schon des öfteren durch seine →

[1] Dient auch militanten Kameradschafts-Aktivisten als Treffpunkt – die NPD-Bundeszentrale in Berlin.

[2] Der Brandenburger MHS-Chef Gordon Reinholz (links) und der Berliner Sektionsleiter des MHS Gabriel Landgraf

→ Nähe zur militanten Kameradschafts-Szene auffiel. Präsent sind auch Protagonisten der nunmehr verbotenen Kameradschaften KS-Tor, ANSDAPO[1] (Brandenburg), BASO sowie die Neonazigruppierungen »Vandalen« und »Lichtenberg 35«. Eine der zentralen Figuren beim Zustandekommen dieser Treffen ist ausgerechnet der in der Berliner Szene unbeliebte BASO-Anführer René Bethage, der sich bisher bürgernah und wenig radikal gab. Bei diesen Zusammenkünften geht es hauptsächlich um Informationsaustausch über bereits gelaufene oder geplante Aktionen. Auch der Wahlkampf der NPD war immer wieder Thema. Diesen Treffen ist es wohl auch geschuldet, dass ein Großteil der Aktivisten der verbotenen Kameradschaften die in den letzten Jahren nicht mehr aktive Berliner NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) wiederbelebte und im Gegenzug der MHS-Chef Gordon Reinholz als Direktkandidat für die Berliner NPD antrat. Entsprechend gestaltete sich auch der Wahlkampf der Hauptstadt-NPD. An zahlreichen Infoständen prägten jugendliche Neonazis in schwarzem Outfit und mit verspiegelten Sonnenbrillen das öffentliche Auftreten der Partei. An manchen Samstagen wurden mit Hilfe dieser Bündnispartner gleich mehrere Infostände durchgeführt, anschließend demonstrierte man noch spontan durch Berlin. So scheint sich in diesem Feld der Stil der KS-Tor – ein politisch völlig beliebiger Aktionismus – vorerst durchgesetzt zu haben, nahmen doch auch mehrere Aktivisten des MHS an derartigen Aktionen teil.

Doch die Verbundenheit des MHS mit der NPD wird noch an weiteren Stellen deutlich. So trifft sich die Berliner MHS-Sektion in einem Büro der NPD in Berlin-Lichtenberg. In klandestin angemieteten Räumlichkeiten in der Siegfriedstraße werden immer dienstags die Ziele und Aktionen der Berliner Sektion besprochen und ausgewertet. Auch über die Aufnahme oder Ablehnung von Anwärtern für die Berliner Sektion wird nach Angaben eines Informanten dort verhandelt. In diesem Büro fanden bereits Kameradschaftsabende der NPD statt, auf denen dem MHS die Inhalte und Programmatik der Partei nähergebracht werden sollten und über diese diskutiert wurde. Ergebnis war eine spätere gemeinsame Schulung von NPD und MHS. Anhänger des MHS fuhren am 16. Mai nach Sachsenhausen und ließen sich hier von NPD-Kader Frank Schwerdt im Demonstrationsrecht schulen. Auch zur DVU in Brandenburg scheinen Verbindungen zu existieren. So nahmen MHS-Aktivisten an einem Sommerfest der DVU in Seefeld teil, an dem sich auch die (verbotene) ANSDAPO beteiligte. Auf dieser vom Barnimer DVU-Kreisvorsitzenden Klaus Mann organisierten Feier gab es aller-

1| ANSDAPO soll für »Alternative Nationale Strausberger Dart Piercing und Tattoo Offensive« stehen.

[2]

Foto: Enrico Vollmer

dings Differenzen zwischen Anhängern des MHS und DVU-nahen Neonazi-Skinheads. Die Auseinandersetzung endete schließlich in einer brutalen Massenschlägerei. Für den MHS Anlass genug, sich in der Szene für ein nochmaliges Überdenken der »Volksfrontidee« auszusprechen. Mit Blick auf die Wahlkampfunterstützung der NPD scheint dieser Gedanke jedoch schnell verworfen worden zu sein.

Fazit

Während die NPD in vielen anderen Bundesländern darum bemüht ist, sich von radikalen und straffällig gewordenen Anhängern zu distanzieren, übt sie in Berlin den Schulterschluss mit dem militanten Kern der Szene. Die Verlockungen, in der Hauptstadt ein Bein auf den Boden zu bekommen, scheinen einfach zu groß. So ist die Partei in Berlin momentan der Steigbügelhalter für den Fortbestand der verbotenen Kameradschaften. In ihrem Wahlkampf vereinigt sie Serienstraftäter und überzeugte Nationalsozialisten unter ihrem legalen Dach und stellt dafür auch Infrastruktur der Bundes-NPD zur Verfügung. Dies alles findet unter den Augen der Berliner Behörden statt, deren Handlungsmaxime gegenüber Neonazis schon immer »beobachten« statt »tätig werden« war. So sind die Verbote von BASO und KS-Tor wirkungslos verpufft und können nur als Augenwischerei bezeichnet werden. Während die verbotenen Kameradschaften fortbestehen können, haben sie unter aktiver Mithilfe der NPD in der Berliner JN auch längst eine legale zweite Heimat gefunden. ■

Die MHS-Aktivisten Gordon Reinholz und Gabriel Landgraf sind in das seit den 90er Jahren bestehende Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) eingebunden. Zum Aktivistenkreis des NSAM zählen etwa 25 Neonazi-Aktivisten aus den neuen Bundesländern. Das Aktionsbündnis wurde im Januar 2003 maßgeblich durch Reinholz wiederbelebt. Es soll als überregionales Forum die Aktivitäten der »Freien Kameradschaften« in Ostdeutschland koordinieren und deren Aktionsfähigkeit erhöhen. Im März 2004 wurde ein eigener NSAM-Verlag unter dem Namen Nationaler Medienverbund (NMV) in Eberswalde angemeldet, der einen Versandhandel und eine Internetseite betreibt. Das NSAM stimmt Schwerpunkte in der politischen Arbeit ab und setzt diese in eigene Kampagnen um. Hierfür wurden bisher fünf Arbeitstreffen und ein Arbeitstreffen Satz & Gestaltung durchgeführt. Im Jahr 2004 wurde eine Kampagne gegen die »Agenda 2010« durchgeführt. Im Rahmen dieser Kampagne fanden mehrere Demonstrationen und Infotische statt. Begleitet wurde die Kampagne durch eine eigene Internetseite und spezielles Propagandamaterial. In diesem Jahr ist eine Kampagne gegen Kinderschänder in Planung und im Jahr 2006 soll eine Antikapitalismus-Kampagne gegen den G8-Gipfel folgen.

Alte Gewalt – neues Gewand

Berichte über Neonazigewalt finden sich eher selten im Antifa Info Blatt. Trotz des Wissens, dass hinter jeder Zeitungs-Randmeldung ein konkretes individuelles Schicksal steckt, ist ein Erkenntnisgewinn für Leser einer bundesweiten antifaschistischen Zeitschrift nicht gegeben. Neonazis sind nun mal gewalttätig, weswegen sie bis weit ins bürgerliche Spektrum moralisch abgelehnt werden. Doch da mit dem Wechsel des eigenen Selbstbildes wie im Artikel »Das Label: Autonome Nationalisten« (S. 6-9) beschrieben auch ein scheinbarer Wechsel der neonazistischen Gewalt einhergeht, lohnt es sich, das Thema näher zu beleuchten.

[1] Neonaziplakat als Drohkulisse und zur Selbstlegitimierung von Gewalttaten

Alte Gewalt

Was man sich unter Neonazigewalt vorstellen kann, hat sich seit den 90er Jahren kaum geändert. Es sind Berichte wie der vom 4. April 2003, als eine Nazihorde im Westberliner Stadtteil Britz auf einem Baumblütenfest mit Baseballschlägern und Flaschen drei Ausländer attackierte, anschließend über zwanzig Neonazis in der U-Bahn rassistische Lieder der Band Landser sangen, Ausländer aus der U-Bahn heraus mit Flaschen bewarfen und schließlich am Bahnhof Rudow sechs Ausländer angriffen und noch auf die am Boden liegenden eintraten. Als die Polizei dem Gewalttrip ein Ende zu bereiten versuchte, setzte sich die Gruppe aus West- und Ostberliner Neonazis noch zur Wehr. Die Polizei stellte später fest, dass es sich weniger um organisierte Nazis handelte, als vielmehr um peer-group-ähnliche Nazicliquen, um einige Berliner Jungnazis. Ähnliches lässt sich für eine elfköpfige Neonazigruppierung aus Berlin-Grünau feststellen, welche eher der sozialen Unterschicht angehörte, sich »Deutsche Schläger Gruppe« (DSG) nannte und beschloss, »Kinderschändern einen Denkzettel zu verpassen«. In weniger als zwei Wochen verübte sie vier Überfälle, die an Brutalität schwer zu überbieten sind. Am 1. Mai 2005 wurde ein 40-jähriger durch eine 17-jährige Täterin in seine Wohnung gelockt, wo sie ihren Mittätern die Tür öffnete. Diese misshandelten den vermeintlichen Pädophilen unter anderem mit einem Bügeleisen, stahlen Wertgegenstände und ließen das Opfer zwei Tage bewusstlos in seiner Wohnung liegen. Zehn Tage später planten sie einen 30-jährigen »Sextäter« zu bestrafen. Auf dem Weg zu ihm attackierten sie zwei junge Punks mit Schlagringen und Teleskopschlagstöcken. Anschließend wurde das eigentliche Opfer in seiner Wohnung zusammengeschlagen und beraubt. Einen Tag später drangen zwei Mitglieder der Gruppe unter dem Vorwand, Polizisten zu sein, in die Wohnung eines 57-jährigen ein, schlugen ihn mit einen Knüppel zusammen und raubten ihn aus.

Neues Gewand

Demgegenüber steht eine zunehmende Anzahl planvoll begangener Gewalttaten. Im Februar drangen drei maskierte Neonazis im Stadtteil Pankow in einen Irish Pub ein, dessen Wirtin zuvor unerwünschtem extrem rechten Klientel Hausverbot erteilt hatte. Mit Äxten zertrümmerten sie das Lokal und sprühten u.a. Hakenkreuze an die Wand. Der 37-jährigen Wirtin gelang die Flucht durch den Hinterausgang. Im April wurde eine unpolitische Musikgruppe in ihrem Pankower Proberaum von vier Neonazis überfallen und mit Reizgas und Teleskopschlagstöcken verletzt. Die eigentlich anvisierte linke Musikgruppe probte an diesem Tag nicht. Bei einer anschließenden PKW-Kontrolle fanden Polizisten im Auto der

[1] 1. Mai 1997 in Hannoversch Münden: Bewaffnete Neonazis versuchen nach einem Spontanaufmarsch gegen Linke vorzugehen.

[2] Gewalt als zentraler Inhalt neonazistischer Ideologie wird offen propagiert. Hier auf einem Aufkleber aus der Berliner Kameradsschafts-szene.

Täter deren Waffen und Gesichtsmasken. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Andy Fischer und Martin Stelter, die den Autonomen Nationalisten Berlin (ANB) zuzuordnen sind. Beide hatten bereits im November 2003 eine Straßenbahn mittels Pflasterstein attackiert, in welcher sich ein junger Antifaschist befand. Die 2002 gegründete ANB war, beziehungsweise ist, ein Zusammenschluss von Neonazis um Toni Böhm und Kevin Platzk, der gezielt Antifaschisten ausspähen und einschüchtern will. Fischer speicherte dazu in seinem Computer Namen von Linken in einer Kartei »Antifa«. Zum Aktivistenkreis der ANB zählte der Berliner Staatsschutz – zumindest Mitte 2004 – denselben Personenkreis wie den der nunmehr verbotenen Kameradschaft Tor, darunter Björn Wild, Daniel Meinel und Oliver Oeltze. Andere auf ähnliche Weise begangene Taten sind bisher juristisch nicht aufgeklärt. So drangen im Juli mehrere vermummte Neonazis morgens in die Anna Seghers-Bibliothek ein, bedrohten die Angestellten und zerstörten eine antifaschistische Ausstellung (siehe Artikel »Motiv.Rechts 2« auf S. 24-25). An die Wand sprühten sie »C-18«, das Logo der englischen Terrorgruppe Combat 18. Weniger klandestin ist hingegen das offene Bedrohen von linken Veranstaltungen und Treffpunkten in größeren Gruppen. So griffen im April 15 bewaffnete Berliner Neonazis eine antifaschistische Informationsveranstaltung im Stadtteil Köpenick an, im Anschluss »besuchten« sie zwei Jugendclubs, die keine rechte Klientel dulden. Ähnliches versuchte diese Gruppierung bei linken Veranstaltungen wie dem Kulturschock, dem Le monde est á nous oder gar bei der antimilitaristischen Gelöbnix-Demonstration. Zuletzt wurden am 23. Juli zwei alternative Jugendliche in Berlin-Prenzlauer Berg von 15 Neonazis überfallen und verletzt. Die Täter wurden in einer nahegelegenen Diskothek von der Polizei gestellt[1]. Während die als alt titulierte Gewalt sich also eher zufällig und oft gruppendynamisch gegen Personen richtete, die willkürlich ins Feindbild definiert wurden, ist nunmehr festzustellen, dass als Antifaschisten bekannte Personen planvoll und weit gezielter durch Neonazigruppen attackiert werden.

Premnitz

Angriffe auf jugendliche Punks, Alternative oder Bürger waren und sind auch in brandenburgischen Kleinstädten wie Premnitz keine Ausnahme, sondern eher alltäglich. Als die örtliche Neonaziszene einen »Zeckenclub« als Angriffsziel auserkor, zeigte sich die Öffentlichkeit über deren Vorgehen jedoch erstaunt. Bereits in den frühen Abendstunden des 3. Juni 2005 patroullierten PKWs mit Brandenburger Kennzeichen offenbar zur Feindaufklärung am Club. Später wurden ungefähr dreißig überwiegend jugendliche Neonazis an ihrem Sammelpunkt auf dem Premnitzer Markt gesehen, darunter aber auch ältere Aktivisten der verbotenen Kameradschaft Hauptvolk. Gegen 22.30 Uhr schlich die Gruppe vom Marktplatz kommend am Premnitzer See entlang in Richtung Jugendclub. Dabei wurde sie von einem Angler bemerkt, der – beunruhigt von den vermummten und bewaffneten Gestalten – die Polizei verständigte. Ehe diese einschritt, versuchten die Neonazis mehrmals zum Clubgebäude vorzustoßen. Erst in den frühen Morgenstunden griff die Polizei zu und stellte von 16 Personen die Personalien fest. Nachdem auch Molotowcocktails gefunden wurden, durchsuchten Beamte 18 Wohnungen von Neonazis in Premnitz, Rathenow und Brandenburg/Havel. Gegen acht →

1| Eine ausführliche Auflistung findet sich auf der webseite www.reachoutberlin.de/doc/chronik-2005.pdf

[1] Mobilisierungsaufruf der Anti-Antifa Potsdam zu einer Gerichtsverhandlung gegen Neonazis

[2] Extrem rechte Gruppen demonstrieren am 2. August 2003 in Köln gegen ein antirassistisches Sommercamp.

Personen wurde Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen, gegen sechs aber wieder außer Vollzug gesetzt.

Die Reaktion des Clubs »in Auswertung der Ereignisse« bestand in folgender Anordnung: »(...) Personen, die permanent verbale oder tätliche Auseinandersetzungen mit anderen Jugendlichen oder Gruppen von Jugendlichen haben und das Jugendzentrum und sein Gelände als Rückzugsraum ansehen werden (...) zur Rechenschaft gezogen, d.h. dass in Härtefällen ein Hausverbot ausgesprochen werden kann. (...)« Sprich, wer Opfer neonazistischer Attacken wird, darf auf keine Hilfe hoffen. Eine Problemverkehrung, die in der brandenburgischen Landeshauptstadt noch zu überbieten ist.

Potsdamer Impressionen

Auch Potsdam wurde im Sommer 2005 zum Schauplatz zunehmender Neonazi-Gewalt. Hintergrund der Eskalation ist eine enge Zusammenarbeit von Nazis aus Potsdam und Berlin. Als im April eine Serie von Strafprozessen gegen Neonazis begann (siehe AIB # 68), sahen sich AntifaschistInnen mit einer Mixtur aus dreißig bis fünzig Freien Nationalisten und Neonazi-Hools konfrontiert, von denen sie an den folgenden Prozesstagen fotografiert und bedroht wurden. Diese Gruppierung ist seitdem für eine Reihe von Überfällen auf AntifaschistInnen, MigrantInnen und alternative Jugendliche in Potsdam verantwortlich. Während des Potsdamer Kulturevents Babelsberger Live-Nacht im Mai diesen Jahres wurden alternative Jugendliche von einem bewaffneten zehnköpfigen Neonazi-Mob durch den Stadtteil gejagt und geschlagen. Im Juni griffen etwa zwanzig Neonazis die BesucherInnen eines HipHop-Festivals an und nach einem antirassistischen Stadionfest wurden in einer Straßenbahn zwei Besucher von etwa 15 Nazis attackiert und verletzt. Anfang Juli fielen, nachdem sie die Notbremse gezogen hatten, etwa 15 Neonazis aus einer Straßenbahn heraus über zwei Potsdamer Linke her, zerschlugen eine Bierflasche auf dem Kopf des Einen, sprangen auf dem Ohnmächtigen herum und verletzten den Zweiten schließlich mit der abgeschlagenen Flasche im Gesicht, wobei sie seine Halsschlagader nur knapp verfehlten[2]. Die TäterInnen gehören einem Personenkreis an, der sich hauptsächlich aus der Anti-Antifa Potsdam und den verbotenen Berliner Kameradschaften Tor und Berliner Alternative Süd Ost (BASO) rekrutiert, die sich infolge des Verbots Potsdam zur Spielwiese auserkoren haben. Dazu kommen eine Reihe noch aus den 1990er Jahren bekannten Neonazischläger, von denen angenommen worden war, dass sie sich nunmehr im kriminellen Milieu betätigten und in politischer Hinsicht nicht mehr von Belang seien. Zusammengehalten wird dieser Haufen scheinbar von dem Willen, Potsdam mittels ordinärer Straßengewalt zu einer »national befreiten Zone« zu machen. Die Gewalttätigkeit der selbsternannten Autonomen Nationalisten, auf die andernorts zugunsten gesellschaftlichen Raumgewinns teilweise verzichtet wird, scheint eine Kompensation für deren politische Bedeutungslosigkeit zu sein. Ihre Gefährlichkeit besteht somit in der unmittelbaren Brutalität gegenüber Einzelnen. Umso unbegreiflicher bleibt die Reaktion der Stadt, welche die Förderung einiger lokaler Initiativen, die mühsam und teilweise erfolgreich gegen die extreme Rechte arbeiten oder den Opfern der Neonazis Betreuung zukommen lassen, zeitgleich in Frage stellt. Von der Ignoranz und Verharmlosung der Neonazis, von der Ursachensuche bei den Opfern bis zur Verwischung und Verkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses, von der Denunziation der Linken bis zur Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands tauchen Elemente staatlichen Umgangs mit dem Problem neonazistischer Gewalt wie alte Bekannte aus

2| Eine umfangreiche Chronologie der Übergriffe in Potsdam findet sich auf der Webseite www.jep-ev.de/chrono.htm.

MUT GEGEN LINKE GEWALT

den frühen 90er Jahren wieder auf. Als das Totschweigen der Neonazigewalt nicht mehr möglich war, nahmen Polizei und Staatsanwaltschaft einen leichtverletzten Neonazi zum Anlass, fünf antifaschistische Jugendliche des versuchten Mordes zu bezichtigen. Es folgte ein Schreckensbild eines sich aufschaukelnden Extremismus, dem nur mit strengster Repression zu begegnen sei. Im Lichte der unzweideutigen Statistik geradezu ein Phantasma. Die Lokalpresse übernahm dieses Konstrukt, wobei der Neonaziterror zum Ergebnis einer von links in Gang gesetzten »Gewaltspirale« stilisiert wurde. Eine der fünf beschuldigten AntifaschistInnen sitzt nach wie vor in Untersuchungshaft, zwei andere sind nur auf Kaution entlassen. Das steht im schreienden Missverhältnis zum Umgang mit den Neonazis, die an dem brutalen Überfall im Juli beteiligt waren. Die Polizei fasste zwar die Täter, deren U-Haft wurde jedoch außer Vollzug gesetzt und sie sind lediglich dem Vorwurf schwerer Körperverletzung ausgesetzt.

Dass man sich wehren muss...

Da die Mär einer sich bedingenden Gewaltspirale zwischen linken und rechten Extremisten solch drastische Folgen haben kann, gilt es, diese überzeugend zu widerlegen. Nicht ohne Grund macht auch die Berliner Kameradschafts-Szene sich diese Sicht zu eigen und verkündet auf Plakaten, welches einen niedergeschlagen jungen Mann mit Irokesenschnitt zeigt, »Gewalt erzeugt Gegengewalt«. Es gilt sich als AntifaschistIn nicht auf das gegenseitige »Aufmuskeln« einzulassen, sondern vielmehr genau zu reflektieren, wer aus welcher Motivation heraus sein politisches Handeln womit begründet. Nationalsozialistische Ideologie und Gewalt sind untrennbar miteinander verbunden, sie beruht auf einer Unterteilung von Individuen in verschiedene Wertigkeiten und der faschistischen Selbstverortung als überlegen und stark. Der Wille, diesen Mythos zu brechen und die Erkenntnis, dass autoritär strukturierte Charaktere sonst nicht zu beeindrucken sind, legitimiert antifaschistische Gegenwehr seit es Faschisten gibt. Und das im Widerspruch zu einer emanzipativen Gesellschaftsvorstellung, welche frei von Gewalt, Unterdrückung und letzendlich der Herrschaft des Menschen über den Menschen ist. Der holländische Autor Harry Mulisch hat das Thema 1982 in seinem Roman »Das Attentat« verarbeitet: Im Gespräch mit einem 13-jährigen Jungen, dessen Eltern aus Rache für ein Attentat auf einen Nazikolloborateur ermordet werden, schildert eine antifaschistische Widerstandskämpferin kurz vor ihrer Hinrichtung das Dilemma des eigenen Hasses der notwendig geworden war, um der faschistische Gewalt zu begegnen: »Wir müssen (...), damit wir sie bekämpfen können, ein bisschen von uns selbst aufgeben (...) sie können einfach sie selbst bleiben, darum sind sie so stark. (...) Wir müssen nur aufpassen, daß wir nicht zu sehr wie sie werden (...) dann hätten sie am Ende doch noch gewonnen ...« Gewaltsames Vorgehen per se zu verdammen, ist zweifelsohne ahistorisch und unpolitisch; es als politischen Inhalt zu verkaufen ist genauso falsch. Antifaschistische Militanz hat ihren Zweck als Gegenwehr zu einer Ideologie, die Auschwitz zu verantworten hat – nicht mehr und nicht weniger. Zwar gilt es, ein Bedrohungsgefühl durch Nazischläger gemeinsam und offensiv zu überwinden, als Lifestyle oder Attitüde ist sie nicht geeignet. Für die Nazischlägergangs – ob nun organisiert oder unorganisiert – ist Gewalt kein notwendiges Übel, sondern der Inhalt ihrer politischen Ideologie. Die hohe Zahl von durch Neonazigewalt in Deutschland zu Tode gekommener Menschen belegt deren Nichtwertachtung des Lebens. Die Gewalt von Neonazis unterdrückt diejenigen, welche ihrem Weltbild nicht entsprechen. Sie bindet erlebnisorientierte Jungnazis und ermöglicht es, sich innerhalb der Nazi-Szene zu profilieren. Der Rückgriff auf politische Stilmittel der radikalen Linken versucht dabei deren Legitimität zu übernehmen. Ein Versuch, der nur über die Artikulation der eigenen politischen Inhalte zu verhindern ist. Wer befürchtet, Gewalt von Neonazis gegen Antifaschisten befreie die Neonazis vom politischen Makel ungezielter Gewalt – sprich, dass Menschen ohne jegliches eigenes Zutun Opfer rechter Gewalt werden – verkennt den Kern faschistischer Ideologie. Die faschistische Gewalt verschwindet nicht durch die Abwesenheit antifaschistischer Gegenwehr, sondern umgekehrt. Eine historische Selbstverständlichkeit, die aber ohne ein hohes Maß an Reflektion und inhaltlicher Auseinandersetzung schnell zum letztendlich unpolitischen Selbstzweck werden kann. ■

[1] Fest der Völker in trostlosem Vorstadtambiente

Ideologische Grenzgänger

Ethnopluralismus wird bei Neonazis salonfähig

Haben wir uns im letzten Antifa Info Blatt dem schleichenden Abschied der Neonazibewegung von einem nationalsozialistischen Kulturbegriff gewidmet, wollen wir in dieser Ausgabe ein ähnliches Phänomen untersuchen. So scheinen sich ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die NPD wieder vermehrt Neonazis öffnet, Elemente der sogenannten Neuen Rechten in den Köpfen der Parteiideologen auf Zuspruch zu stoßen. Dieses wollen wir hier am Beispiel des Ethnopluralismus verdeutlichen.

Ungefähr 500 Leute sitzen gelangweilt an Bierzelttischen und starren in der Gegend herum. Nur von Bier ist weit und breit keine Spur. Einige Menschen stehen vor einer kleinen Bühne, die mit verschiedenen Flaggen bunt geschmückt ist. Die Szenerie hat etwas trostloses: Der Platz in der Jenaer Vorstadt ist mit tiefen Pfützen übersäht und für die anwesenden Neonazis viel zu groß. Ein paar Stände bieten rechte CDs und Bekleidung an, laden aber dennoch nur wenig Leute zum Verweilen ein. Lediglich am Würstchengrill bildet sich eine Schlange und es kommt gelegentlich so etwas wie gute Laune auf. Spätestens am benachbarten Getränkestand ebbt diese aber schlagartig wieder ab und der Wirt muss den erbosten Neonazis immer wieder aufs Neue erklären, dass kein Bier ausgeschenkt werden dürfe. Als die gerade spielende Rechtsrockband mit ihrem letzten Stück fertig ist und unter spärlichem Applaus die Bühne verlassen hat, tritt einer von mehreren Rednern dieses Tages an das Mikrofon. Wurden die Vorhergehenden bisher eher mit Desinteresse gestraft, kommt bei den Worten dieses Redners etwas Bewegung in die zuhörende Neonazimenge. Dieser Redner nämlich redet nicht von Deutschland und seinen alten Grenzen, auch nicht von Juden, die die Welt in ihren Händen halten, sondern er redet von Russland. Russland jedoch nicht als Ziel deutschen Großmachtstrebens oder gar als altes Feindbild, sondern Russland als seine Heimat. Der russische Nationalist spricht von den Russen als stolzes und starkes Volk, welches gleichberechtigt zu den Deutschen an einem Europa der Völker mitwirken müsste. Auf Seiten des Publikums regt sich hier bereits erster Unmut und einige drehen sich demonstrativ weg. Als er dann auch noch auf die Verbrechen zu sprechen kommt, welche die deutsche Wehrmacht seinem Volk zugefügt hätte, kommt die Stimmung endgültig auf ihrem Tiefpunkt an und vereinzelte Unmutsbekundungen werden laut.

Diese Szenerie ist nicht etwa erfunden, sondern spielte sich so auf dem von der NPD und Freien Kameradschaften am 11. Juni organisierten Fest der Völker in Jena ab. Um dieses Geschehen einordnen zu können, bedarf es eines genaueren Blickes auf die aktuelle ideologische Ausrichtung der Partei. Dann ist schnell festzustellen, dass der russische Redner nicht

etwa ein bedauerlicher Irrtum war, sondern mit den Inhalten seiner Rede auf einer Linie mit der aktuellen NPD-Führung liegt. Diese vertritt nämlich schon seit einigen Jahren nicht mehr einen rein biologisch begründeten Rassismus wie es die meisten Neonazis mit ihrem Glauben an die deutsche Herrenrasse tun. Vielmehr hat sich in der NPD in dieser Frage eine Strömung durchgesetzt, die Mitte der 60er Jahre paradoxerweise unter anderem als Abgrenzung zur NPD überhaupt erst entstanden ist. Gemeint ist hier die Strömung der selbsternannten »Neuen Rechten«. Sie entstand in Abgrenzung zur alten Rechten mit ihrem traditionellen NS-Bezug und versuchte sich statt in ideologischen Argumentationen eher in wissenschaftlichen Begründungen. Einer der maßgeblichen Väter dieser Bewegung war Henning Eichberg mit seiner Nationalrevolutionären Aufbauorganisation (NRAO). Trotz ihrer Abgrenzung hatte die »Neue Rechte« auf die NPD einen nicht zu verachtenden Einfluss. Vor allem während ihrer nationalrevolutionären Phase in den 80er und 90er Jahren liebäugelten die Jungen Nationaldemokraten (JN) stark mit den Ansichten dieser Bewegung. Über die damaligen JN-Kader, die um die Jahrtausendwende in der NPD zu Einfluss gekommen sind, fand auch der Ethnopluralismus Einzug in die offiziellen Betrachtungsweisen der NPD. Auffällig hierbei ist vor allem die Affinität dieser Kader zur Führungsriege der damaligen Nationalistischen Front (NF) und dem Herausgeberkreis um die JN-Zeitung Einheit und Kampf. Zentrale Figur dieser Umorientierung der NPD ist Steffen Hupka, der sowohl eine Führungsrolle in der NF inne hatte als auch zum Herausgeberkreis der Einheit und Kampf gehörte. So war es auch die Einheit und Kampf, in der Jan Zobel und Andre Goertz ihre Idee vom »progressiven Nationalismus« entwickelten, für die der ehemalige FAP-Funktionär Goertz später aus der NPD ausgeschlossen wurde.

Beim Ethnopluralismus handelt es sich um eine spezielle Form des Rassismus. So wird die Existenz von Völkern nicht mehr nur biologisch begründet, sondern vor allem durch kulturelle Identitäten. Menschen seien untrennbar mit der Region ihrer Geburt verbunden und erbten dadurch die Identität ihres Volkes. Den Begriff Rasse jedoch vermeiden Anhänger dieser Ideologie in ihrer Argumentation. Dieser Logik folgend liegen für die Anhänger dieser Theorie zumindest formell auch keine Wertunterschiede zwischen den einzelnen »Völkern« vor. Lediglich ein gewisser Euro-Zentrismus ist zu erkennen, der sich aber auch kulturell und nicht biologisch herleitet. Doch eine Vermischung der »Völker« wird wie bei den klassischen Rassisten abgelehnt: Sie führe letztlich zu einer Angleichung der Völker auf niedrigstem Niveau. So existieren für die Ethnopluralisten in Europa eine gewisse Anzahl an Völkern, die alle in ihren angestammten Lebensräumen gleichberechtigt leben sollen. Demzufolge spricht die NPD seit einigen Jahren von einem Europa der Völker oder Europa der Vaterländer und vernetzt sich zunehmend mit anderen europäischen Nationalisten. Mit dem Versuch der Etablierung einer »Dresdner Schule« bezieht sich die NPD deutlich auf das gedankengebäude der »Neuen Rechten«, was nicht verwundert, entstammen ihre Vordenke doch eben diesem Milieu. So schreibt Karl Richter von der extrem rechten Zeitschrift Nation&Europa und nunmehr Mitarbeiter der NPD in Sachsen gegen das »egalitär-behaviouristische Welt- und Menschenbild«: »Menschliche Identität gründet im wesentlichen auf der genetischen Mitgift. Die Dominanz genetischer Faktoren war in den sechziger und siebziger Jahren infolge fehlender wissenschaftlicher Nachweise noch heftig umstritten, wurde in den letzten Jahren im Zuge der Entzifferung des menschlichen Erbmaterials und rasanter Fortschritte auf dem Gebiet der Gentechnik jedoch weitestgehend bestätigt.« Dem folgend, fordert die NPD eine »Abstammungsgemeinschaft statt 'multikultureller Gesellschaft'« und lehnt die Gleichwertigkeit aller Menschen ab.[1]

Dieser Abschied vom nationalsozialistischen biologisch begründeten Rassismus ist es auch, welcher der Basis anscheinend Kopfzerbrechen bereitet. Die meist zutiefst nicht- und antiintellektuelle Basis will anscheinend nicht nachvollziehen, warum sie nicht mehr an der deutschen Herrenmenschenideologie festhalten soll und stattdessen dem Angehörigen eines »slawischen Volkes« Beifall spenden und ihn als gleichberechtigten Kämpfer für dieselbe Sache akzeptieren sollte. Hier wird die NPD auch in Zukunft massive Erklärungsprobleme haben, während sie gleichzeitig mit ihrer ideologischen Umorientierung und der massenhaften Aufnahme von Neonazis fortfährt. Doch nicht nur der Ethnopluralismus als ein Element der »Neuen Rechten« scheint in der NPD eine unerwartete Heimat gefunden zu haben. In letzter Zeit halten auch andere Themen und Inhalte des ursprünglich nationalrevolutionären Spektrums vermehrt Einzug in das Aktionsrepertoire der NPD, wie beispielsweise die Art der Thematisierung von Globalisierung und Sozialer Frage. Wie die NPD den Spagat zwischen intellektualisierter Bedienung solcher Schwerpunkte auf der einen Seite und Einbindung oftmals dumpfer Neonazis auf der anderen schaffen wird, bleibt abzuwarten. Dass es gelingen wird, davon kann ausgegangen werden. ■

1| NPD Sachsen: »Dresdner Schule«-Anspruch-Inhalte-Strukturen, 06.05.2005

Zunehmende Neonaziaktivitäten im Saarland

Als Hochburg der neonazistischen Szene ist das Saarland bereits länger bekannt. Hier gab es im März 1999 einen Bombenanschlag gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht« (siehe AIB # 47) und im August 2002 wurde ein türkischer Mann von einem Neonazi erstochen (siehe AIB # 57). Trotzdem wurden Neonazis in der saarländischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Mittlerweile taucht das Thema jedoch vermehrt in der öffentlichen Diskussion auf. Auch deshalb, weil es kaum noch ignoriert werden kann.

Erst kürzlich merkte gar der saarländische Verfassungsschutz an, dass die Zahl der bis dahin für 2005 registrierten rechtsextremen Gewalttaten die des Vorjahres bereits bei weitem übersteige. Zudem sei zu beobachten, dass extreme Rechte verstärkt versuchen, durch jugendgerechtes Auftreten neue Anhänger unter Jugendlichen zu rekrutieren. Dass diese Bestrebungen durchaus von Erfolg gekrönt sind, belegen die Ergebnisse der Landtagswahl 2004, bei der die NPD unter den 18- bis 24-jährigen nahezu elf Prozent der Stimmen erreichte. Diese Entwicklung – von der Lokalpresse als erschreckende Neuigkeit präsentiert – wird von den örtlichen Antifagruppen schon seit längerem beobachtet. Bereits seit Jahren weisen sie auf die schleichende Etablierung einer neonazistischen Subkultur hin, die unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass immer häufiger öffentliche Räume besetzt werden. So organisierten neonazistische Gruppen immer wieder Aufmärsche und Kundgebungen und beteiligen sich an den immer häufigeren überregionalen Aufmärschen. Auch bei anderen Veranstaltungen ist in letzter Zeit eine deutliche Häufung zu verzeichnen. Der zur Zeit recht aktive Landesverband der NPD tat sich beispielsweise durch zahlreiche Vorträge, aber auch durch Konzerte mit bekannten Neonazibands hervor, die ein überregionales Publikum anzogen. Eines dieser Rechtsrockkonzerte, bei dem die Neonazibands Hauptkampflinie (HKL) aus Hessen, Brigade M (NL), Selbststeller aus Riesa, Lemovice (F), SKD (Thüringen) und Calslage (NL) auftraten, ging am 3. August in Saarbrücken-Fechingen über die Bühne. Zu dem Konzert, das unter der Überschrift »Wir rocken den Reichstag« als NPD-Wahlkampfveranstaltung für den Raum Homburg-Zweibrücken angekündigt war, erschienen etwa 200 Neonazis. Welche Folgen solch ungestörte (Volks-)Gemeinschaftlichkeit allerdings für diejenigen hat, die nicht ins verquere Weltbild passen, wurde noch am selben Abend deutlich: Besucher der Veranstaltung in der Saarbrücker Innenstadt griffen unter anderem vermeintlich nichtdeutsche Personen und Obdachlose an. Bei diesem Vorfall handelt es sich allerdings keineswegs um einen Einzelfall. In jüngster Vergangenheit kam es wiederholt zu teilweise äußerst brutalen Übergriffen von Neonazis, die auch im Saarland immer weniger davor zurückschrecken, ihren Opfern schwere Verletzungen zuzufügen. Ein weiteres Indiz für die augenscheinlich stärker werdende »nationale Szene« ist die zunehmende Etablierung von Kneipen und Läden, in denen rechter Lifestyle gepflegt wird. Diese Mischung aus zahlreichen öffentlichen und nicht öffentlichen Veranstaltungen, der Etablierung neonazistischer Veranstaltungsorte, Kneipen und Läden sowie teilweise gewaltsamen Machtdemonstrationen auf der Straße hat zu einem selbstbewussteren Auf-

[1] Die Kameradschaft Saarlautern beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2004 in Wunsiedel

[2] Dominik Kleer fungiert als Demonstrationsanmelder und Redner für die saarländische Neonazi-Szene.

treten der saarländischen Neonazis in der Öffentlichkeit geführt. Mit zu dieser Situation beigetragen hat, wie so oft, die fehlende Sensibilität des Umfelds bzw. der Lokalpolitik, die bis hin zur partiellen Zusammenarbeit mit den Neonazis reicht. Besonders auffällig ist, dass die NPD im Saarland scheinbar keinerlei Probleme hat, passende Räumlichkeiten für größere Veranstaltungen zu finden. Zu einem regelmäßigen Veranstaltungsort der Neonazis hat sich schon seit langem das »Hotel Budapest« in Saarbrücken-Fechingen entwickelt. Dies ist umso bemerkenswerter, da der Besitzer, Uwe Lukacs, Mitglied und »Schatzmeister« des CDU-Ortsverbands Brebach-Fechingen ist. Hinzu kommt, dass die Homepage des Hotels von der Firma »Marketing Saar« des saarländischen NPD-Vorsitzenden Frank Franz gestaltet wird. Ebenfalls in Fechingen, allerdings in der örtlichen Festhalle, fand das schon erwähnte Rechtsrockkonzert statt. Auch für andere NPD-Veranstaltungen, wie etwa den außerordentlichen Landesparteitag am 21. August 2004 in der Festhalle Saarbrücken-Schafbrücke, wurden der NPD städtische Räume zur Verfügung gestellt. Nach Angaben der Antifa Saar hat sich das Saarland und insbesondere Saarbrücken-Fechingen »in den letzten Jahren zu einem organisatorischen und infrastrukturellen Schwerpunkt der Aktivitäten der NPD entwickelt«. Dabei reiche das Spektrum der Veranstaltungen von Vorträgen und gemütlichen Liederabenden über Bundesparteitage und »europäische Nationalistentreffen« bis hin zu Rechtsrockkonzerten. Ähnlich sieht es das »Bildungs- und Forschungswerk Saar-Lor-Lux« in einer aktuellen Pressemitteilung, in der es feststellt: »Innerhalb der Neonaziszene hat das Saarland den Ruf, dass sich hier ohne größere Proteste und polizeiliche Repressalien Großveranstaltungen durchführen lassen.« Diese Einschätzung hat sich auch am 3. September bestätigt. An diesem Tag veranstaltete die NPD Saar gemeinsam mit der NPD Rheinland-Pfalz einen sogenannten »Erlebnistag«. Beginnend mit einer Kundgebung in Ludwigshafen am Morgen, starteten die etwa 50 erschienenen Kameraden zu einer grotesken »Kaffeefahrt« über Kaiserslautern (wo sie ebenfalls eine Kundgebung durchführten) zur Landhausvilla von Oskar Lafontaine im Wallerfanger Ortsteil Oberlimberg. Den Abschluss des Tages bildete der »große Südwestkongress der NPD zur Bundestagswahl« in der städtischen Turnhalle Saarbrücken-Brebach. Dort traten vor etwa 200 Anwesenden u.a. Peter Marx (NPD), Holger Apfel (NPD), Bruno Wetzel (DVU) und Harald Neubauer (Nation & Europa) als Redner auf. Im Rahmenprogramm sorgten der neonazistische Liedermacher Frank Rennicke und die Rechtsrocker von Sleipnir für nationales Ambiente. Für den Schutz waren Aktivisten der saarländischen Kameradschaftsszene um den Neonazi-Aktivisten Dominik Kleer zuständig. Während die lokalen Antifagruppen versuchten, dem Kongress mit einer Demonstration in Brebach etwas entgegenzusetzen, war von Seiten der lokalen Politik und Öffentlichkeit wieder einmal kaum Protest zu vernehmen. Die einzige größere saarländische Zeitung, die Saarbrücker Zeitung, beschränkte sich weitgehend darauf, Stellungnahmen der Polizei unkommentiert abzudrucken und auch sonst den Eindruck entstehen zu lassen, dass weniger die Nazis selbst, als vielmehr eine mögliche Konfrontation zwischen »beiden Lagern« das eigentliche Problem darstelle. Ganz ähnlich äußerte sich Innenministerin Kramp-Karrenbauer (CDU), die verlauten ließ, sie betrachte mit Sorge, dass die »Extremisten« verstärkt gewalttätig gegeneinander vorgingen. Soviel Gastfreundlichkeit von Seiten der öffentlichen Stellen honorierte die NPD auf der Homepage des Landesverbandes mit der Ankündigung, auch in Zukunft vorbeizuschauen: »Das Saarland wird sich auf jeden Fall darauf einstellen müssen, dass ähnliche Großveranstaltungen in Zukunft öfter stattfinden werden.« ■

Mehr Informationen unter: www.antifa-saar.de.vu www.bifor.de.vu

Dirty Dancing

Der Heimatbund Pommern

Adrette junge Männer in weißen Hemden und schwarzen Hosen, die Frauen mit strenggebundenen Frisuren und langen Kleidern in den pommerschen Farben blau-weiss – der Anblick der Tanzformation erfreut besonders das ältere Publikum. Beim Erntedankfest, dem Dorfjubiläum, einer Weihnachtsfeier, einer Goldenen Hochzeit und anderen Gelegenheiten erntet die Truppe Beifall für Plätscherpolka und Singspiele. Auf große Politik verzichtet der Kulturkreis Pommern bei diesen Auftritten. Selbst der Namenszusatz Hans Mallon, in Erinnerung an ein Hitlerjugend-Mitglied, wurde gestrichen. Unpolitisch sind die Tänzer und Tänzerinnen aber mitnichten. Dabei ist die Pflege einer »deutschen Kultur« nur ein Teil ihres Engagements.

[1]

det sich im deutschsprachigen Roman der 1970er Jahre ebenso wie im zusammenwachsenden Europa; sie wird mit so verschiedenen Dingen in Verbindung gebracht wie Familie, Postmoderne, Weltall und dem österreichischen Verfassungsrecht.

Es gibt vergleichsweise wenige Publikationen, die sich mit dem Begriff selbst und seiner Gefolgen kann, wenn man ihn mit Abstand betrachtet.

Und dabei fällt auf, dass im Deutschland des 21. Jahrhunderts der Heimatbegriff, wie wir ihn seit der Romantik kennen, eine furiose Wiederauferstehung erlebt.

Wer heutzutage Deutsche nach Heimat fragt, löst einen wahren Sturzbach von Bildern, Erinnerungen, Gefühlsäußerungen aus. Hei-

Heimat okkupieren

Vor dem Kriegerdenkmal in Burg Stargard posieren Mitglieder der »Freien Nationalisten Mecklenburg-Vorpommern«. Die rechtsextreme Szene organisiert sich zunehmend in lockeren »Kameradschaften« – und kaschiert braune Ideologie hinter biederer Fassade und Heimattümelei

[1]

[1] Tino Müller (1.v.l), Thomas Wulff (1.v.r), Marco Müller (2.v.r.) und Michael Gielnik (3.v.r) posieren als Mitglieder der »Freien Nationalisten Mecklenbur/Vorpommern« vor einem Kriegerdenkmal in Stargard.

(Faksimile aus GEO Oktober 2005, Seite 117)

Der Kulturkreis ist eine Untergliederung des Heimatbund Pommern (HbP), einer der regesten Neonazi-Gruppierungen in Mecklenburg/Vorpommern. In den letzten Jahren organisierten oder beteiligten sich der Bundesleiter Ricardo Kaster und die etwa drei Dutzend Mitglieder und SympathisantInnen an mehr als sechzig Veranstaltungen der rechten Szenen. Seit seiner Gründung im August 2002 widmet sich der Heimatbund dabei insbesondere der rechten Jugendarbeit in den Landkreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern. Mit mindestens drei Regionalgruppen und der Eintragung ins Vereinsregister unterscheidet sich der HbP von den üblichen Kameradschaftsstrukturen. Auch Öffentlichkeitsarbeit und Auftreten sind darauf ausgerichtet, sich bürgernah zu etablieren und sollen »Barrieren aufbrechen«. Mit Infoständen tourte der Heimatbund durch mehrere Orte und stellte sein Angebot vor. Auf Marktplätzen tanzten und trommelten die Mitglieder des HbP, stellen Schautafeln auf, legten Informationsblätter und die eigene Publikation »Stimme der Heimat« aus. Sonderausgaben für Kinder enthalten Spiele, Rätsel, Witze und Tipps bei Liebeskummer. Die Strategie scheint aufzugehen. Mit auf den ersten Blick unverfänglichen Aktivitäten wie Wanderungen, Elterngespräche, Müllsammeln, Geländespielen, Fußballturnieren oder einem Mädchenlaienspiel trifft der Heimatbund kaum auf Widerstand. Zwar distanzierten sich der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und der Landesheimatverband Mecklenburg-Vorpommern »in aller Schärfe und Deutlichkeit von rechtsradikalen Organisationen«. In der Region selbst reagierte bislang jedoch kaum jemand. Im Gegenteil – die Teilnahme bei Festumzügen in Liepe und Ueckermünde, Einladungen von der Volkssolidarität oder Wirtsleuten, sowie die Bereitstellung von öffentlichen Sportplätzen und Campgeländen dürfte eher als Förderung empfunden werden.

Dabei ist der rechtsextreme Charakter des Heimatbund Pommern offensichtlich. Redebeiträge, Texte und Aktionen spiegeln Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie wieder. Die Organisation propagiert eine »na-

tionalistische Weltanschauung« und eine »artgerechte völkische Kultur«. Die »innere Ausrichtung und Schulung« bedeutet für den Heimatbund Agitation gegen Polen, einen völkisch verbrämten Ökologiebegriff oder die Vorbereitung eines »allgemeinen Aufstandes«. Diskobesuchen, Drogengenuss, Maßlosigkeit und Spaßgesellschaft werden Treue, Freundschaft und Familie entgegengesetzt. An einer rassistischen Kampagne gegen Flüchtlingsheime beteiligten sich Kader des Heimatbund ebenso wie an Aktionen gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«. Die Sommerlager haben mit Appellen und Uniformierung einen deutlich militaristischen Charakter. Die Ähnlichkeiten mit Theorie und Praxis anderer Neonazigruppen kommen nicht von ungefähr. Enge Kontakte bestehen beispielsweise zur Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) in Berlin/Brandenburg. Von gemeinsamen Aktivitäten zeugen Veranstaltungsberichte und die aktuelle Titelseite des HDJ-Organs Funkenflug, auf der sich der Heimatbundaktivist Tino Müller abbilden ließ. Der Berliner NPDler und Liedermacher Jörg Hähnel mit HDJ-Erfahrungen ist ein gern gesehener Gast der vorpommerschen Neonazis. Ebenso Lutz Giesen, der mittlerweile auf nahezu jeder Demonstration in Mecklenburg-Vorpommern als Redner auftritt.

Auch wenn Volkstanz nur einen geringen Coolness-Faktor bei so manchen Neonazis haben dürfte, ist der Heimatbund Pommern ein fester Bestandteil lokaler und überregionaler rechter Netzwerke. Die Kader des HbP sind fast durchgängig in Kameradschaften in Ueckermünde, Ducherow oder auf der Insel Usedom aktiv. Im »Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern« übernimmt der HbP Ordneraufgaben und führt Demonstrationen mit den Trommlern seines »Spielmannzuges« an. Im Vorfeld der Bundestags- und Landtagswahlen orientieren sich die Kameradschaften nun auch stärker auf den Kampf um die Parlamente. Mit dem schon genannten 27-jährigen Tino Müller aus Ueckermünde und dem Heringsdorfer Michael Gielnik finden sich gleich zwei Aktivisten aus dem Umfeld des Heimatbundes auf der Landeswahlliste der NPD. Im Bundesgebiet bestehen zudem enge Beziehungen zu brandenburgischen, sächsischen und Berliner Kameradschaften. Hinzu kommen Auftritte beim NPD-Pressefest und den »Tagen der deutschen Gemeinschaft«.

Die Neonazi-Szene in Vorpommern gilt als ausgesprochen vielfältig und handlungsfähig. Im Nordosten besteht bereits eine umfassende rechte Infrastruktur aus Kameradschaften, Rockern, dem »Medienverbund«, rechten Firmen und Geschäften, Musikveranstaltungen und NPD-Kommunalpolitikern. Vor diesem Hintergrund muss der Heimatbund Pommern als Ergänzung einer Strategie verstanden werden, die in nahezu alle Lebensbereiche vordringt. Der HbP übernimmt dabei die bisher etwas vernachlässigte Nachwuchsförderung und bietet mit seiner kulturellen Ausrichtung Berührungspunkte für Familien und ältere Menschen.

Der geringe Widerstand gegen diese Entwicklung und fehlende Alternativen in Vorpommern lassen AntifaschistInnen die Zukunft der Region in dunkelbraunen Farben malen. Die lokale Verankerung der Neonazis in den ländlichen Gebieten gestaltet Interventionen schwierig, zumal der Kontakt zur Bevölkerung durch die Neonazi-Szene kontinuierlich mit eigenen Publikationen in hoher Auflage gepflegt wird. Eine Initiative, die in rund einem Dutzend Dörfer und Kleinstädten tausende Flugblätter gegen den HbP verteilte, versuchte diese Propagandahoheit der Neonazis zu stören. In der Tat führte die Aktion zu einer Reihe von Medienberichten. Da gleichzeitig Briefe an Veranstalter, Wirtsleute, Gemeindevertretungen und andere Akteure der Region gingen, dürften unbekümmerte Auftrittsangebote an den Heimatbund zumindest erschwert werden. In Pasewalk und Greifswald sah sich der Heimatbund dann auch erstmals mit Protesten gegen seine Veranstaltungen konfrontiert. So wichtig die Informationen über den neonazistischen Hintergrund des Vereins sind, ohne ein stärkeres Engagement aus der Region werden sich die HbP-Mitglieder nicht stören lassen. Eine besondere Brisanz gewinnt das HbP-Konzept, dadurch, dass es offenbar exportiert wird. Neonazis der Mecklenburgischen Aktionsfront (MAF) hospitieren bei Veranstaltungen des Heimatbundes. Die MAF agiert im Raum Neustrelitz und Neubrandenburg und konnte sich schon früher auf die Unterstützung des HbP verlassen. Die Aktivisten David Petereit aus Neustrelitz und der Burg Stargarder Stadtvertreter Norman Runge kopieren nun das Erfolgsmodell. Ein Kulturkreis Mecklenburg-Strelitz versucht sich nun auch in Dirty Dancing.

Während des historischen Umzugs in Liepe wurde den Besuchern 650 Jahre Dorfgeschichte präsentiert. Annähernd 250 Personen beteiligten sich an dem Marsch durch den kleinen Ort bei Hammer. Kurierfoto: Reinhold

[1] Der Heimatbund Pommern beim Dorffest in Liepe. Faksimile aus dem Nordkurier vom 24. März 2005

Mehr Informationen unter:
www.links-lang.de
www.heimatbundpommernstoppen.tk

Motiv.Rechts 2

Eine antifaschistische Rechercheausstellung in Berlin erregt Aufsehen

Im Berliner Bezirk Hohenschönhausen-Lichtenberg laufen Neonazis weiterhin gegen eine antifaschistische Ausstellung Sturm. »die aggressionen richten sich wenn schon denn schon gegen diese komplette verlogene bande der initiatoren« (Kleinschreibung im Original) und »destroy your local motiv rechts« verkünden Neonazis in einem Internetforum. Diese Aussagen stehen in einer Reihe mit weiteren Straftaten gegen die Ausstellung, die über die extreme Rechte im Bezirk informieren will.

Die zur Ausstellung erschienene Broschüre kann gegen Rückporto bei der Antifa Hohenschönhausen, c/o Nico Roth, Postfach 770344, 13003 Berlin bestellt werden.

Weitere Informationen unter:
www.motiv-rechts.tk
www.ah.antifa.de
E-Mail: antifah@web.de

»Motiv.Rechts 2« ist der aktualisierte, zweite Teil einer von der Antifa Hohenschönhausen erstellten und aus 14 Tafeln bestehenden Ausstellung. Sie gibt in Form von Texten, Fotos, Grafiken und Originalexponaten einen Überblick über die verschiedenen Facetten rechtsextremer Bestrebungen im Bezirk, deren ideologische und subkulturelle Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten, über die Vernetzung der verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen sowie über Aktionen der Neonazis.

Zwei Tafeln geben einen Einstieg in das Thema und befassen sich mit der Motivation der AusstellungsmacherInnen. Die Tafeln zur Geschichte des Rechtsextremismus beschreiben die diesbezügiche Vergangenheit in Lichtenberg und erläutern die Kontinuität neonazistischer Bestrebungen bis in die Zeit der DDR hinein. Auf weiteren vier Tafeln werden die Organisationsformen der extremen Rechten, beispielsweise Parteien oder aktionsorientierte Strukturen wie Kameradschaften untersucht. Entsprechend der Tatsache, dass in den letzten Jahren eine Vielzahl von neonazistischen Aufmärschen in Berlin im Stadtteil Lichtenberg stattfand, geben zwei Tafeln einen chronologischen Überblick seit 1998.

Während einige Tafeln auf den aktuellen Stand gebracht wurden, sind andere ganz neu: Hinzugekommen sind Informationen über die Neonazi-Musikszene in Lichtenberg und Hintergründe über Verbindungen zwischen Rockern, Hooligans und Neonazis. Weiterhin wird eine Tafel jetzt Publikationen der Rechtsextremen, wie Aufklebern oder Plakaten, gewidmet. Aufgrund der Fülle entdeckter neonazistischer Propaganda im Bezirk wurde sich hierbei auf Exemplare aus dem Jahr 2004 beschränkt. Die Ausstellung schließt mit zwei Tafeln: Auf der einen listet eine ausführliche Chronik rechtsextremer Straftaten und Aktionen seit dem Jahr 1986 auf, auf der anderen findet sich eine Vorstellung von linken und antifaschistischen Initiativen im Bezirk.

Die Ausstellung wurde in Lichtenberg-Hohenschönhausen seit Anfang des Jahres 2005 einem breiten Publikum zugänglich gemacht. So wurde »Motiv.Rechts 2« in verschiedenen Jugendeinrichtungen, in Räumlichkeiten sozialer Initiativen, öffentlichen Gebäuden wie Rathäusern und Bibliotheken und auf linken sowie zivilgesellschaftlichen Konzerten und Festivals präsentiert. Auch außerhalb von Berlin konnte die Ausstellung gezeigt werden, so etwa auf dem antifaschistischen Camp in Weimar-Buchenwald. Die Resonanz in bürgerlichen und zivilgesellschaftlichen Kreisen war enorm – mehrere hundert BesucherInnen, eine Vielzahl von Postings ins Internet-Gästebuch zur Ausstellung und aufschlussreiche Diskussionen und Gespräche mit BetrachterInnen konnten im Umkreis der Ausstellung geführt werden.

Gerade ihr Erfolg und das öffentliche Aufsehen, das die Ausstellung hervorrief, provozierte Neonazis zu einer Vielzahl von Aktionen gegen sie:

Schon im April 2005 stahlen fünf Neonazis eine Tafel über die kameradschaftlichen Zusammenhänge im Bezirk aus dem Rathaus Lichtenberg. Inhaltlich handelte die Tafel von den mittlerweile verbotenen Kameradschaften Tor sowie deren Mädelgruppe. Klarheit besteht darüber, dass diese Aktion geplant durchgeführt wurde. Einen Tag zuvor erkundigte sich ein Neonazi beim Pförtner über die Ausstellung, besichtigte die Räume und hinterließ Aufkleber einer sogenannten Kameradschaft Nord-Ost.

Nur wenige Tage nachdem diese Tafel ersetzt worden war, kam es zu einem erneuten Diebstahl durch Neonazis. Daraufhin wurde die Tafel in digitalisierter Form auf Internetseiten verschiedener Berliner Antifagruppen zum Download angeboten. Diese Professionalisierung und die Tatsache, dass die Tafel innerhalb kürzester Zeit wieder ersetzt wurde, provozierte die extreme Rechte im Bezirk zu neuerlichen Angriffen.

So kam es in der Nacht zum 10. Juni zu einem Einbruch in die Räume des Kulturvereins »Kultschule«, in denen die Tafeln untergebracht waren. Die Täter zerschlugen mit Pflasterscheiben die Scheiben, beschädigten zwei Tafeln der Ausstellung und versuchten mehrere Teile zu entwenden. Eine an den Tafeln angebrachte Alarmanlage veranlasste sie allerdings zur Flucht und Aufgabe ihres Vorhabens. Auch nach dieser Aktion wurde die Ausstellung wieder aufgebaut und zog weiter durch den Bezirk.

Am Morgen des 7. Juli 2005 ereignete sich der vorläufige Höhepunkt der Aktivitäten gegen das Projekt. In der Anna-Seghers-Bibliothek in Hohenschönhausen stürmten am Morgen fünf vermummte Neonazis in die Bibliotheksräume, zerstörten vor den Augen der Mitarbeiterinnen vier Tafeln und sprühten das Kürzel C18 an die Wand. C18 steht für Combat 18, eine neonazistische Terrororganisation aus Großbritannien, die für mehrere Bombenattentate verantwortlich gemacht wird. Bei den Tätern handelte es sich dem Aussehen nach um Angehörige des Kameradschaftsspektrums.

Als Reaktion auf die neuerlichen Aggressionen gegen die Ausstellung wurden sämtliche Ausstellungstafeln digitalisiert und über das Internet einem noch größeren Publikum zur Besichtigung bereitgestellt. Außerdem veröffentlichte die Antifa Hohenschönhausen im August 2005 die Ausstellung als 64-seitige Broschüre, mit einigen Aktualisierungen und umfangreicherem Bildmaterial. Die kostenlose Broschüre erschien in einer Auflage von 2.500 Stück und wird in öffentlichen Einrichtungen, in Jugendclubs, in Bibliotheken und in linken Info- und Buchläden ausgelegt.

Die Macher der Ausstellung kommen insgesamt zu einem positiven Resümee: Gerade die breite Resonanz in der Bevölkerung und die durch Ausstellung und Broschüre erreichte Aufklärung über das Thema Rechtsextremismus zeigen, dass das Projekt sinnvoll und auch nötig ist. Vor allem die Aktionen gegen die Ausstellung verdeutlichen, dass das Konzept der »Motiv.Rechts 2« aufzugehen scheint. Deren Existenz provoziert die Neonazi-Szene ungemein.

[1]

[1] Der Kulturverein »Kultschule« nach dem Einbruch

Hervorzuheben ist, dass es vor allem Protagonisten der verbotenen »Kameradschaft Tor« und deren Mädelgruppe sind, die gegen die Ausstellung beispielsweise in Diskussionsforen mobil machen. Damit zeigt sich, dass staatliche Verbote den rechtsextremen Bestrebungen der Kameradschaftsszene keinen Einhalt gebieten können. Dies ist vor allem mit antifaschistischer Arbeit und Aufklärung möglich. Die Rechercheausstellung »Motiv.Rechts 2« gehört wie andere antifaschistische Projekte und Aktionsformen dazu.

Die Ausstellung wird noch bis Ende des Jahres 2005 durch den Bezirk Lichtenberg-Hohenschönhausen ziehen. ■

Wunsiedel 2005

Interview mit der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen«

Im Jahr 2001 wurde der Rudolf-Hess-Gedenkmarsch erstmalig wieder im bayrischen Wunsiedel erlaubt und entwickelte sich schnell zu einem jährlichen Großereignis für die Neonazi-Szene. Innerhalb von 3 Jahren schnellte die Teilnehmerzahl auf 4600 Alt- und Neonazis. Aufgrund dieser hohen Teilnehmerzahl, der Abgeschiedenheit Wunsiedels und der fehlenden antifaschistischen Infrastruktur vor Ort galt in dieser Zeit Wunsiedel für AntifaschistInnen als »verlorenes« Gebiet. Im Jahr 2004 bildete sich daraufhin die antifaschistische Kampagne »NS- Verherrlichung stoppen«, welche von Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet getragen wird. Dieser Kampagne, welche von Anfang an auf mehrere Jahre ausgelegt war, gelang es zum diesjährigen Todestag von Rudolf Hess, 2.000 AntifaschistInnen zu einem »Antifascist Action Day« nach Wunsiedel zu mobilisieren.

Was sind eure Beweggründe für so eine enorm arbeitsaufwendige Kampagne und warum ist gerade der Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel für euch von so zentraler Bedeutung?

Der Hess-Marsch in Wunsiedel existiert ja nicht erst seit gestern, doch seine Bedeutung ist seit dem Tod von Hess im Jahre 1987 immer mehr gewachsen. Nach einer mehrjährigen Pause konnten die Nazis dann vor vier Jahren wieder in Wunsiedel aufmarschieren und seitdem ist die Bedeutug als das größte strömungsübergreifende Event mit einem direkten Bezug zum Nationalsozialismus immer mehr gewachsen. Das kann man schon gut erkennen, wenn man sich nur die Bilder aus dem letzten Jahr ansieht. Es marschierten ca. 4.600 Nazis durch Wunsiedel und glorifizierten den Kriegsverbrecher als Märtyrer und Friedensflieger. Bei der Zusammensetzung der Demonstration war auch gut zu erkennen, dass es sich hier nicht um eine Aktion nur eines Spektrums handelte. Da gingen Kameradschafter neben NPD-Kadern, Altnazis neben Jungen und Zusammenschlüsse aus der extremen Rechten aus ganz Europa. Sie nutzen dabei die Figur Hess, um die Geschichte für ihre Zwecke umzudeuten und Täter zu Opfern zu stilisieren. Das trifft ja 60 Jahre nach dem Sieg über den NS-Faschismus auf eine Tendenz im gesellschaftlichen Mainstream, wo wieder offen Schlussstrichdebatten geführt werden oder wo, wie in Dresden, deutsche Täter als Opfer betrauert werden. Wir haben den Hess-Marsch ins Visier genommen, weil sich all diese Elemente hier vermischen. Die Nazis greifen sie auf, nutzen sie für ihre NS-Verherrlichung und transportieren sie zurück in die Gesellschaft. Ganz nebenbei hat sich die Kampagne auch als belebend für die Antifa-Strukturen erwiesen. Sowohl die bundesweite Zusammenarbeit als auch lokale Strukturen konnten auf- und ausgebaut sowie gestärkt werden.

Die Kampagne wurde ja von Anfang an auf mehrere Jahre hin geplant. Könnt ihr kurz die Gründe dafür darstellen?

Die Kampagne richtet sich ja gegen jede Art von NS-Verherrlichung, Revisionismus und Relativierung der deutschen Geschichte. Aus diesem Grund betrachten wir den Hess-Marsch nicht als singuläre Veranstaltung ohne Bezugsrahmen. Wir sehen vielmehr einen Zusammenhang mit anderen Veranstaltungen wie in Halbe und Mittenwald, wo Geschichtsrevisionismus und Schlussstrichdiskurse forciert werden. Um das zu thematisieren und den Diskurs darüber in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, braucht es erfahrungsgemäß länger als ein Jahr. Im Gegensatz zu früheren Kampagnen heißt das, keine Feuerwehrpolitik zu betreiben, sondern eine langfristig angelegte Kampagnenpolitik. Wenn diese Politik auch als Anstoß für langfristige Diskussionen innerhalb der Linken genutzt werden soll, braucht es in diesem Bereich einen langen Atem.

Bis zum Verbot in diesem Jahr gehörte der jährliche Hess-Marsch ja zu den jährlichen Events für die deutsche, wie auch internationale Neonaziszene. Warum ist gerade dieser Marsch für die Neonazis von so zentraler Wichtigkeit?

Der zentrale Moment des Hess-Marsches ist die Umdeutung der Geschichte im Sinn der Nazis. Der verurteilte Kriegsverbrecher Rudolf Hess wird zum Parlamentär und Opfer erklärt, dessen Inhaftierung un-

rechtmäßig gewesen sei. Seine spätere Anklage vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal ist für die Nazis nichts anderes als Siegerjustiz. Die Rolle als Parlamentär wird mit der Ernennung zum »Friedensflieger« ins Positive gewendet, weil es Hess um den Frieden schlechthin gegangen sei. Schließlich, so die Argumentation, habe er nur den Zweiten Weltkrieg beenden wollen. Ist die Person Hess nun schon so weit umgedeutet worden, ist es ein leichtes, in ihm den Märtyrer zu sehen, der für eine aufrechte Gesinnung inhaftiert wurde und gnadenlos eingesperrt blieb. Eine Konstruktion, die in unseren Ohren abwegig klingt, für die Nazis aber umso wichtiger ist. Mit dem Gedenken an Rudolf Hess haben sie die Möglichkeit, den Stellvertreter von Hitler zu glorifizieren und damit auch das nationalsozialistische System. Sozusagen lupenreiner Geschichtsrevisionismus, der hier von der extremen Rechten angewendet wird.

Wie bewertet ihr das diesjährige Verbot des Hess-Marsches durch das Bundesverfassungsgericht beziehungsweise glaubt ihr, dass dieses Verbot auch nächstes Jahr Bestand haben wird?

Zunächst einmal muss wohl immer wieder gesagt werden, dass ein Verbot keine Lösung des Problems ist. Faschistisches Gedankengut lässt sich nicht verbieten, sondern hat seine Wurzeln vielmehr in der Mitte der Gesellschaft. Um faschistisches Denken, Handeln und Reden unmöglich zu machen, braucht es eine Politik, die sich an den Ursachen orientiert und sich nicht darauf beschränkt, die Symptome in Form von Verboten zu behandeln. Deshalb darf die Auseinandersetzung mit Rassismus und Faschismus nicht der Justiz überlassen werden. Natürlich wäre es gelogen, wenn wir sagen würden, wir hätten uns nicht gefreut, dass die Nazis nicht marschieren dürfen. Aber das Urteil ist nur ein vorläufiges Verbot und keine endgültige Entscheidung. Das heißt, das BVerfG hat nur Riegers »Antrag auf Gewährung von Eilrechtsschutz« abgelehnt. Der »Ausgangskonflikt«, die Frage also, ob der Hess-Marsch wirklich mit dem erweiterten §130 StGB verboten werden kann, könne »letztlich nur in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden«, heißt es in Begründung des BVerfG. Dazu aber war die Zeit zu kurz. Juristisch betrachtet finden wir die Anwendung des erweiterten §130 sehr heikel, denn erstmals wird darin ein mögliches Verbot mit politischen Inhalten begründet. Damit wird eine offiziell liberale und politisch neutrale Gesetzgebung aufgeweicht und die Möglichkeit geschaffen, gegen Inhalte jenseits der politischen Mitte vorzugehen. Und es ist eine Binsenweisheit, dass entsprechende Erweiterungen künftig ebenso die Linke treffen können, auch wenn sie im Ursprung angeblich für andere Zielgruppen geschaffen worden sind.

Die Kampagne hat ja trotz dieses Aufmarschverbotes weiterhin nach Wunsiedel mobilisiert. Dazu gab es ja auch kritische Stimmen innerhalb der Antifabewegung. Könnt ihr erläutern warum ihr an der Mobilisierung nach Wunsiedel festgehalten habt?

Wir haben von Anfang an nach Wunsiedel mobilisiert, um den Nazis besonders an dem für sie wichtigen Tag dort den Raum zu nehmen und mit einem Antifascist Action Day eigene Schwerpunkte zu setzen. Damit sollte der Opfermythos öffentlich entlarvt werden, außerdem wollten wir dort unsere Inhalte vertreten und vermitteln. Das heißt, wir haben auf die Aktion vor Ort gesetzt statt auf das Reagieren. Darauf war die Arbeit der Kampagne in diesem Jahr ausgelegt, und es ist hoffentlich verständlich, dass man diese in langwieriger Arbeit aufgebauten Strukturen nicht vom einen zum anderen Tag aufgeben kann. Die schon erwähnten Schwerpunkte kann man nicht setzen, wenn man den ganzen Tag den Nazis durch die Republik hinterher fährt. Ob wir im kommenden Jahr genauso agieren, hängt von der Diskussion innerhalb der Kampagne, beziehungsweise der teilnehmenden Gruppen ab.

Wie hat eurer Meinung nach die Arbeit der Kampagne und auch das Verbot des Marsches auf die Neonazis gewirkt und wie bewertet ihr deren Reaktionen?

Schon im Vorfeld des 20. August waren die Neonazis so irritiert und verärgert über die bundesweite Antifa-Mobilisierung, dass sie dazu aufgerufen haben, Informationsveranstaltungen zu »besuchen«. In Leverkusen hat das Aktionsbündnis Westdeutschland am Tag der dortigen antifaschistischen Veranstaltung sogar zu einem Aufmarsch unter dem Motto »Für ein ehrenvolles Gedenken in Wunsiedel, gegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und antideutsche Hetze« mobilisiert. Für ihre direkte und öffentliche Huldigung von Hess als Protagonist des Dritten Reiches ohne staatliche Repression brauchen die Nazis ihren zentralen Gedenkmarsch, der für sie in diesem Jahr ausgefallen ist. Wenn man sich jetzt die Teilnehmerzahlen der Ersatzveranstaltungen am 20. August ansieht, wird schnell →

Wunsiedel 2005

klar, dass die Nazis an diesem Tag nur mit Hess und Wunsiedel strömungsübergreifend mobilisieren können. Diese zentralen Elemente gab es in diesem Jahr nicht. Stattdessen wurden einmal mehr die Grenzen der Zusammenarbeit in der extremen Rechten deutlich, so dass selbst Christian Worch noch am 20. August schrieb: »Erkennbar ist geworden, dass durch den Wegfall eines einigenden Moments – der Ort Wunsiedel als letzte Ruhestätte von Rudolf Hess – Regionalisierung oder Zersplitterung eingetreten ist; einen echten Konsens über eine gemeinsame, zentrale Protestveranstaltung gegen das Verbot gab es nicht. (...) eine Art von ‚copyright' auf den Namen oder auf das Gedenken von Rudolf Hess hat niemand; das hat sich am heutigen Tag gezeigt.« Ein Statement, das uns in der Einschätzung unserer Arbeit bekräftigt.

Wie ist die Arbeit mit dem Bündnis vor Ort gelaufen und wie haben die Bürger von Wunsiedel auf die Kampagne reagiert?

Mit diversen Aktionen hatte es die Bürgerinitiative vor Ort im letzten Jahr geschafft, das Augenmerk der Medien von den Nazis weg auf ihre Arbeit zu lenken und somit einen Punktsieg zu landen. Diese Strategie wurde in diesem Jahr fortgesetzt, indem groß zu einem »Tag der Demokratie« mobilisiert wurde. Dabei sind Motivation und Inhalte naturgemäß andere als die, mit denen wir arbeiten. Es gab Kooperationsgespräche vor Ort, in denen wir uns als ein verlässlicher Faktor an diesem Tag präsentieren konnten. Diese vorsichtige Annäherung muss dort ausgebaut werden wo es möglich ist, ansonsten müssen die Grenzen der Zusammenarbeit genauer ausgearbeitet werden. Wenn wie beim »Tag der Demokratie« Parteipromis totalitarismustheoretisch ihren Extremistenvergleich aufmachen, kann das natürlich nicht zusammengehen. In der parallelen Arbeit vor Ort haben wir in diesem Jahr aber gezeigt, dass wir 2.000 Leute nach Wunsiedel mobilisieren konnten. Der diesjährige Aktionstag hat unsere Position dort gestärkt, so dass wir künftig ganz anders verhandeln können.

Wie bewertet ihr den 20. August insgesamt?

Wir haben es geschafft unsere Planungen umzusetzen und in Wunsiedel einen Aktionstag veranstaltet, den 2.000 Personen aus dem gesamten Bundsgebiet besucht haben. Und das, obwohl vor Ort keine Nazis zugegen waren. Das zeigt, dass unsere Strategie aufgegangen ist, eigene Schwerpunkte zu setzen, Inhalte zu vermitteln und der extremen Rechten am Tag des Hess-Marsches auf der Straße etwas entgegenzusetzen. Wir werten das als einen Erfolg, der auch für die Arbeit der bundesweiten Strukturen gilt. Und dass die Nazis am 4. September dieses Jahres gerade mal 100 Teilnehmer zu ihrer Ersatzveranstaltung unter NPD-Fahne nach Wunsiedel mobilisieren konnten, zeigt, dass dieses Event in der extremen Rechten eindeutig an Faszination eingebüßt hat. Das hat nicht nur etwas mit unserer Arbeit zu tun, erhöht aber die Motivation für die kommenden Monate.

Wie wird die Arbeit der Kampagne voraussichtlich in diesem Jahr aussehen and was erhofft ihr euch bis zum August 2006?

Es muss jetzt darum gehen, die im letzten Jahr entstandenen Strukturen zu festigen und auszubauen. Wir wollen jetzt nicht beim Teilziel stehen bleiben, den Hess-Marsch wieder ins Bewusstsein gebracht und seine Funktion heraus gearbeitet zu haben. Wenn wir die NS-Verherrlichung stoppen wollen, dann muss das auch an anderen Orten geschehen wie zum Beispiel in Halbe. Auch dort müssen Antifa-Strukturen vor Ort gestärkt werden, das Nazi-Gedenken muss öffentlicher gemacht und gestört werden. Nach dem Spiel ist also vor dem Spiel... ■

Mehr Informationen unter: www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

Mit dem Zweiten sieht man besser!

Ein Gastbeitrag von kanak attak

Ahmet B. versteht die Welt nicht mehr. Vor einigen Tagen ist er mit seiner in der Türkei geheirateten Frau bei der deutschen Botschaft in Ankara gewesen, um für sie ein Einreisevisum für Deutschland zu beantragen. Als er die Heiratsurkunde, weitere Unterlagen und seinen deutschen Pass vorlegt, wird der Botschaftsmitarbeiter plötzlich stutzig. Seinen schönen roten EU-Pass hat Herr B. nicht wiederbekommen, dafür aber eine Bescheinigung, dass er nicht mehr im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sei. Nun fragt er sich verzweifelt und empört zugleich, wie es denn sein kann, dass er, der in Berlin geboren und aufgewachsen ist und sich als 19-jähriger gerade in einer Ausbildung zum Bankkaufmann befindet, kein Deutscher mehr ist. So beschreibt das Bundesinnenministerium die Geschichte einer Ausbürgerung. Natürlich verliert Ahmet B. seine »schöne Staatsangehörigkeit« gleich da, wo er ab nun laut BRD-Gesetzgebung wieder hingehört – in die Nicht-EU.

Ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine in Vergessenheit geratene staatliche Maßnahme der Entrechtung. Der historische Kontext mag ein anderer sein, der Fokus liegt diesmal auf der Prekarisierung von Menschen mit migrantischem Hintergrund. In Deutschland ist damit die entgarantierte Staatsbürgerschaft eingeführt worden: 2005 ist es zur ersten Ausbürgerungswelle in der Geschichte der BRD gekommen. Der Fakt, dass in diesem Jahr 100.000 StaatsbürgerInnen ausgebürgert wurden und damit alle ihre Staatsbürgerrechte verloren haben, zeigt, dass der Rechtsstatus aller in Deutschland lebenden MigrantInnen – bei allen Unterschieden der diversen Aufenthaltstitel – unsicher bleibt. Die Betroffenen werden wieder auf Los gestellt: Ziehen Sie keinen Pass ein! Geben Sie alle ihre Bürgerrechte ab! Offensichtlich gab es aber ein weitverbreitetes Bedürfnis und Verlangen nach einem zweiten Pass, den sich viele aneigneten. Warum auch immer, das muss hier keine Rolle spielen. Diese Tatsache wurde in Deutschland wahrgenommen, aber mit zweifelhaften Begründungen für bestimmte migrantische Gruppen stets und vehement abgelehnt. Ein Resultat der politischen Forderungen migrantischer Kämpfe war im Jahr 1998 das Versprechen der neu gewählten rot-grünen Bundesregierung auf ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz und die Legalisierung des Doppelpasses. Doch es kam anders. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz wurde nicht nur die Möglichkeit eines Doppelpasses für bestimmte Deutsche zurückgewiesen, er wurde verboten. Die Selbstaneignung eines zweiten Passes sollte laut Gesetz automatisch zum Verlust des deutschen Passes führen. Illegalisierung, so lernen wir, ist nach wie vor eines der wichtigsten Kontrollinstrumente des hiesigen Migrationsregimes. Hier zeigt sich, dass selbst der deutsche Pass keinen Schutz vor staatlicher Entrechtung darstellt. Das Bundesministerium des Inneren benennt die Informationsbroschüre dementsprechend zynisch: »Plötzlich nicht mehr deutsch?«. Diese spezielle Entrechtung geht Hand in Hand mit anti-islamischen Ressentiments, dem Gerede von Parallelgesellschaften, der steigenden Tolerierung von Abschiebungen, der Aufrechterhaltung der Residenzpflicht und des Duldungsstatus, der systematischen Abschiebung von so genannten Geduldeten etc. Es gibt einen massiven Angriff auf die Lebensverhältnisse aller in Deutschland lebenden MigrantInnen – mit oder ohne Papiere. Der allgemeine Tenor unterstützt die Ausbürgerung als disziplinarischen Akt und als einen Denkzettel für die zukünftige Integration: »Entscheide dich allein für Deutschland – und du darfst bleiben, vielleicht.« Anstatt die Verletzungen der Anti-Diskriminierungsrichtlinien der EU zu unterlassen, bürgert Deutschland seit dem Jahr 2000 lieber seine Mitbürgerinnen und Mitbürger aus. Irgendwas hat Deutschland wieder einmal falsch verstanden! Um an die Daten der auszubürgernden Deutschen zu gelangen, wird parallel außen- wie innenpolitischer Druck aufgebaut. Zum einen drängt Innenminister Otto Schily seinen türkischen Amtskollegen, die Einbürgerungsdaten herauszugeben und legt die potentielle EU-Mitgliedschaft in die Waagschale. Zum anderen wurden im April 2005 vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Deutsche mit türkischem Hintergrund durch ein explizites Anschreiben, inklusive einer Strafandrohung, aufgefordert, sich in der Passfrage zu offenbaren. »Im

→

Mit dem Zweiten sieht man besser!

→ Zweifel für die Pass-Freiheit« scheint hier nicht zu gelten. Kurz vor der Wahl wird befürchtet, dass ein Teil der BürgerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Aber für wen könnte man in dieser Frage votieren? Blick zurück: 1999 sammelte die hessische CDU Unterschriften in einer rassistischen Kampagne gegen den Doppelpass, um Stimmen zu sammeln und Stimmung zu machen für die bevorstehende Landtagswahl. Aus dieser speziellen Kampagne entfachte sich eine bundesweite Diskussion um Leitkultur und Integration. Am Tag nach der Wahl, aus der die CDU siegreich hervorging, wurde der Doppelpass für MigrantInnen aus dem Gesetzesentwurf gewischt. Ein voller Erfolg für die Demokratie der Mehrheitsgesellschaft.

Stand-by-Deutsche: Staatsbürgerrechte auf Abruf und ohne Gewähr

Das Ergebnis dieses Ringens um politische Rechte und mono-nationale Zugehörigkeit ist eine neue Art von Staatsbürgertum: Wir begrüßen die »Stand-By-Deutschen«! Ihnen wird die deutsche Staatsbürgerschaft gewährt, jedoch nur unter Auflagen. So wächst beispielsweise eine Generation von »stand-by-deutschen« Kindern heran, die sich bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres entscheiden müssen, ob sie ihr Aufenthaltserlebnis in Deutschland als Deutsche oder als ›Ausländer‹ fortführen und gestalten wollen. Gleichzeitig müssen alle neuen Ex-Deutschen, neben der Beantragung einer Niederlassungserlaubnis und der Arbeitsgenehmigung, in ihrem Antrag auf Staatsbürgerschaft erneut beweisen, wie ernst sie es meinen: Sprachnachweis, Integrationspunkte, der ganze Schmu von vorn. Es gibt im neuen Zuwanderungsbegrenzungsgesetz die Gnade der erleichterten Wiedererlangung von Aufenthaltstiteln für ausgebürgerte Ex-Deutsche, jedoch ist die Erleichterung prekär. Nun kann noch einmal geprüft werden: Haben Sie seit dem Jahr 2000 schon mal »Hass gepredigt«? »Terror unterstützt«? In irgendeiner unbequemen Weise eine politische oder kriminelle Karriere eingeschlagen? Sozialhilfe empfangen? Hartz IV genossen? Doch auch die Übrigen müssen sich wieder in die Unannehmlichkeiten und Schikanen des Ausländerrechts begeben. Aufgezwungene Sprachkurse mit Sanktionsdrohung, Sozialhilfekürzung bis Aufenthaltsannullierung. Damit werden unsere Brüder und Schwestern, gezwungen, hunderte von Stunden Deutsch und Integration nachzuweisen – in einem Land in dem sie bereits seit über 50 Jahren leben und arbeiten. Das Staatsangehörigkeitsgesetz und das neue Zuwanderungsbegrenzungsgesetz berücksichtigen keine von den versprochenen Verbesserungen und die längst überfällige rechtliche Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland. Sie stellen einen Remix des alten Ausländergesetzes dar und sind mitnichten ein »historischer Einschnitt«, wie die BefürworterInnen behaupten. Es ist die neue Festschreibung des alten, des schlechten Zustands. Gleichzeitig wird die Forderung nach Integration in die deutsche Gesellschaft immer lauter, härter und unnachgiebiger. Integration bedeutet vor allem Entkollektivierung von Rechten: Hierarchisierung, Assimilationszwang, Domestizierung und soziale Unterordnung der MigrantInnen. Sie war immer schon eine Reaktion auf und eine Drohung gegen Kämpfe der MigrantInnen um mehr Rechte. Politische und soziale Rechte werden nicht etwa selbstverständlich gewährt, sondern zu Privilegien stilisiert. Nur diejenigen, die unbeirrt und konsequent im Sinne der Maßgaben durch den Parcours der Integration hindurchgehen, sollen die Güte der deutschen Gesellschaft erfahren dürfen. Die Bestrebungen der MigrantInnen sich zu integrieren, können deshalb nur als Sisyphos-Tätigkeit bezeichnet werden. Alle Rechte für formale Gleichstellung oder die Garantie des gleichberechtigten Zugangs zu sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen wurden bis heute nicht gewährt. Die Aneignung von vorenthaltenen Rechten ist aber eine traditionelle grenzüberschreitende Spezialität der migrantischen Communities. Wenn es nicht anders geht, dann eben klandestin. Das selbstermächtigte Zubereiten des zweiten Passes ist eine solche Variante. ■

www.kanak-attak.de

Frankreich: Der »neue Antisemitismus«

Bernard Schmid (Paris)

Seit Anfang des Jahrzehnts wird in Frankreich darüber debattiert, ob es einen »neuen« Antisemitismus oder neue Formen der Judenfeindschaft gebe. »La nouvelle judéophobie« (Die neue Judenfeindlichkeit) heißt ein 2002 erschienenes Buch von Pierre-André Taguieff, das erheblich zu der Polemik beitrug: Die »neue Judenfeindlichkeit«, behauptet der Politologe Taguieff in dem Werk, gehe von Einwanderern vor allem aus moslemischen Ländern aus und werde durch Linke wegen eines romantischen Verhältnisses zu ihrem »Ersatzproletariat« unterstützt. Auch Teile der Eliten, denen die Idee des Nationalstaats abhanden gekommen sei, seien dafür anfällig und fänden in ihr eine sinnstiftende Ideologie. Im »tradionellen« rechtsextremen Antisemitismus sieht der Autor dagegen tendenziell nur folkloristische Restbestände. Ärgerlich nur, dass Taguieff keinerlei Beleg für seine Thesen anführt. In einem Interview mit dem Wochenmagazin Le Nouvel Observateur begründete er dies so: »Ich formuliere eine Diagnose, ich betreibe keine Denunziation.« Zum Teil scheint sein politisch-ideologischer Ansatz, der im Kern in der Forderung nach Rückkehr zum republikanisch verfassten Nationalstaat französischer Prägung besteht, auch die Ergebnisse Taguieffs vorgegeben zu haben.

Es bleiben viele Fragen offen: Gibt es neue Formen von Antisemitismus, und wenn ja, finden sie bei bestimmten Migranten in spezifischer Weise Anklang? Oder dient die Denunzierung einer »neuen Judenfeindlichkeit« eher dazu, vom nach wie vor vorhandenen »klassischen« Antisemitismus abzulenken oder ihn von der »herkunftsfranzösischen« Mehrheitsgesellschaft weg zu projezieren?

Antisemitismus und die französische Mehrheitsgesellschaft

Schuldvorwürfe hinsichtlich gesellschaftlicher Probleme an und Feindbildprojektionen auf (tatsächliche oder eingebildete) »Juden« sind natürlich keine neuartigen Mechanismen, die vorrangig in der Einwandererbevölkerung entstanden wären. Tatsächlich waren sie in Frankreich nicht nur seit längerem präsent, sondern virulent, bereits bevor es zu einer zahlenmäßig stärkeren Einwande- →

rung aus den damaligen nordafrikanischen Kolonien kam.

Der israelische Historiker Zeev Sternhell, ein Kenner der französischen faschistischen Bewegungen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, argumentierte, dass in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts die Metropole des europäischen Antisemitismus, in der sich eine brisante Mischung aus »nationaler« und »sozialer Frage« zusammenbraute, in Paris und nicht in Berlin zu vermuten sei. Im Zuge der sogenannten Dreyfus-Affäre stießen die Anhänger und Gegner einer Amnestierung des unschuldig wegen »Spionage« für das verfeindete Deutschland verurteilten Offiziers jüdischer Abstammung, Alfred Dreyfus, aufeinander. Dabei sammelte sich eine antisemitische Massenbewegung auf der Straße, um die von Linken und republikanischen oder humanistischen Intellektuellen eingeforderte Amnestie für Dreyfus zu verhindern. Dabei ging es ihren Anhängern sowohl um den Kampf gegen den »fremdrassischen« Einfluss auf die französische Gesellschaft als auch um jenen gegen die drohende Delegitimierung jenes Militärsgerichts, das die Verurteilung Dreyfus' ausgesprochen hatte, im Namen der Autorität von Justiz und Armee. Die GegnerInnen des Antisemitismus hatten letztlich Erfolg: Das Urteil gegen Dreyfus wurde aufgehoben, und am Ende der innenpolitischen Auseinandersetzung stand die im Dezember 1905 beschlossene Trennung von Kirche und Staat. Der bis heute institutionell festgeschriebene französische Laizismus ist ein direktes Ergebnis der Dreyfus-Affäre. Der staatliche Antisemitismus, wie er während des Vichy-Regimes zum offiziellen Programm wurde und der NS-Vernichtungsmaschinerei zuarbeitete, ist hingegen eng mit der deutschen Besatzung und ihren Kollaborateuren verbunden. Dadurch wurde er, zumindest im Nachhinein, in weitesten Kreisen fraglos diskreditiert. Dennoch bleiben natürlich einige grundlegende Mechanismen des Antisemitismus auch in der französischen Gesellschaft grundsätzlich abrufbar, etwa die verschwörungstheoretische Denunzierung »im Verborgenen ablaufender Machenschaften«. Das bekannteste Beispiel eines Skandals in jüngerer Zeit, der Anklänge an einen derartigen codierten Antisemitismus enthält, ist die Affäre um »das Gerücht von Orléans«. Im Jahr 1969 wurde in dieser mittelgroßen französischen Stadt publik, dass angeblich in mehreren Bekleidungsgeschäften junge Frauen, die als Kundinnen in die Umkleidekabine »gelockt« wurden, dort durch eine Klappe im Boden verschwunden seien und nunmehr in Sexsklaverei gefangengehalten würden. Wie der Zufall es so will, gehörten die sechs Geschäfte alle jüdischen Inhabern. Später stellte sich heraus, dass das Strickmuster dieses Gerüchts auf einen Roman des britischen Schriftstellers Stephen Barlay zurückging, der ein Jahr zuvor unter dem Titel »Sexuelle Sklaverei« erschienen war. In dem Roman war von Juden übrigens nicht die Rede. In der Folgezeit flog die Affäre jedoch auf und wurde zum Gegenstand heftiger Kritik, die einen Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit aufrüttelte. Dagegen lebt diese Ideologie in der extremen Rechten fort. Doch innerhalb der französischen extremen Rechten existieren unterschiedliche Standpunkte nebeneinander her. Einige Fraktionen des Rechtsextremismus haben in den 50er Jahren, wohl kaum aus Ablehnung des Antisemitismus, pro-israelische Positionen angenommen.

Die extreme Rechte, der Antisemitismus, der antiarabische Rassismus und Israel

Hintergrund dieser Positionierung ist die gute Zusammenarbeit zwischen Israel und Frankreich, als dieses seine Kolonialkriege gegen arabisch-nordafrikanische Länder führte, beispielsweise in Algerien (von 1954 bis 1962) und gegen Ägypten. Die ultra-kolonialistische extreme Rechte, die selbst aus antisemitischer Tradition kam und die mit der innenpolitischen Aufheizung während des Algerien-Kriegs wieder Fuß in der Öffentlichkeit fassen konnte, wandelte sich in dieser Phase zur Unterstützerin Israels. Es gelang ihr, dies nicht als Widerspruch zu ihrer antisemitischen Grundhaltung erscheinen zu lassen: Die Parteigänger der extremen Rechten gingen davon aus, nunmehr die »jüdische Frage« in Europa dadurch lösen zu können, dass die jüdische Bevölkerung künftig geschlossen nach Israel gehen solle. »Ethnische Reinheit« sollte so mit militärischen Allianzen im kolonialen »Hinterhof« des Landes einhergehen. Der historische Kulminationspunkt dieser Entwicklung ist die »Suezexpedition« im Oktober 1956, bei der Frankreich, Großbritannien und Israel Ägypten angriffen, nachdem dieses den Suezkanal nationalisiert hatte. Ein Teilsegment der extremen Rechten setzt diese Parteinahme bis heute in ähnlicher Form fort: Diesen Vertretern gilt Israel als »Insel im Meer der barbarischen Dritten Welt«. Oftmals schwingt bei dieser Variante aber auch der Gedanke mit, dass »die jüdische Lobby« in Frankreich angeblich so stark sei, dass man sich besser nicht (oder noch nicht) mit ihr anlegen solle. Dagegen hat ein anderer Teil der extremen Rechten in den letzten 15 Jahren verstärkt aus dem Fundus antisemitischer Verschwörungstheorien geschöpft, an den der Vorsitzende des rechtsextremen Front National (FN) Jean-Marie Le Pen ab Mitte der 80er Jahre anknüpfte. Eine beliebte, auch von Le Pen verbreitete Verschwörungstheorie besagt, dass die US-amerikanisch-jüdische Organisation B'nai B'rith durch ihren »Druck« schuld sei, dass die konservativ-liberalen Rechtsparteien Frankreichs sich nicht mit dem FN verbünden würden. Oft geht diese Form

rechtsextremer Ideologie auch mit der außenpolitischen Ablehnung Israels einher. Innerhalb des FN, der unbestritten führenden Partei der französischen extremen Rechten, koexistieren heute beide Positionen nebeneinander her. Allerdings entwickelte sich zwischen 1985 und 1995 der damalige Mainstream der extremen Rechten weg von den analysierten pro-amerikanischen und pro-israelischen Positionen hin zu einer eher völkisch-antiwestlichen. Seit Ende April 2004 begann in Ostfrankreich eine sich bald aufs ganze Land ausbreitende neue Welle antisemitisch motivierter Friedhofsschändungen, zeitgleich gab es Verwüstungen moslemischer Friedhöfe und von Denkmälern zur Erinnerung an jüdische oder moslemische Soldaten beider Weltkriege. Der Schwerpunkt dieser Aktionen lag im Elsass. Die erste und spektakulärste Schändung richtete sich am 30. April 2004 in Herrlisheim gegen einen jüdischen Friedhof: 127 verwüstete Gräber, zahlreiche Hakenkreuze und SS-Runen deuteten auf eine eindeutige ideologische Handschrift hin. Im Zusammenhang mit dieser Tat konnte am 15. Dezember 2004 ein Tatverdächtiger festgenommen werden, der durch Schriftgutachten als Urheber eines Teils der aufgefundenen Inschriften identifiziert wurde. Der 24jährige Waldarbeiter, der zunächst die Tatbeteiligung leugnete, gab selbst an, Mitglied des FN zu sein.

Die Gewaltwelle in den Jahren 2000 und 2002: Migrantenjugendliche als Täter?

Seit Anfang dieses Jahrzehnts ist eine allgemeine Welle von Beschimpfungen und Gewalttaten gegen französische Juden zu verzeichnen. Jedoch wurden diese Straf- und Gewalttaten größtenteils nicht von Anhängern der extremen Rechten begangen. Vor allem im Herbst 2000, kurz nach Ausbruch des jüngsten Nahostkonflikts, sowie im März und April 2002, nach Beginn der Kämpfe um Dschenin, war eine massive Zunahme von antisemitisch motivierten Delikten zu verzeichnen. Die schlimmsten Erinnerungen wurden vor allem im Frühjahr 2002 wachgerüttelt. In Marseille brannte eine Synagoge weitgehend aus. Nahezu zeitgleich wurde die Vorderwand eines jüdischen Gebetshauses in La Duchère, einem »sozialen Problemviertel«, bei Lyon mit Hilfe eines so genannten Rammbock-Autos eingedrückt. 14 jüdische Jugendliche des Fußballclubs Maccabée in Bondy, einer Trabantenstadt in der nördlichen Pariser Banlieue, wurden durch eine größere Bande angegriffen und mit Schlägen malträtiert. Diese Attacken bildeten nur die Spitze des Eisbergs. Zwischen dem 29. März und dem 17. April 2002 wurden insgesamt 395 Straftaten gegen jüdische Menschen und Einrichtungen festgestellt. Das Profil der Täter lässt sich für die Gewaltwelle von 2000 bis 2002 in zwei Gruppen einteilen. Die größere Gruppe der gefassten Urheber von Gewalt- oder Straftaten gegen jüdische Menschen sind junge Männer oder Jugendliche aus der arabischstämmigen Einwanderergruppe. Sie agieren mitunter in losen Kleingruppen, die sich in »sozialen Brennpunkten« bewegen, beispielsweise in den Banlieues, in die die Gesellschaft ihre Armen und Probleme abschiebt. Ein kleinerer Teil dagegen sind Antisemiten aus dem Umfeld der extremen Rechten. Einem Bericht der Renseignements Généraux (eine Art Verfassungsschutz) vom Herbst 2000 zufolge, versuchen manche rechtsextreme Aktivisten, in den Banlieues Kontakt zu jungen Kindern arabischer Migranten herzustellen, um ihnen »Gemeinsamkeit im Judenhass« zu predigen. Laut dem zitierten Bericht haben sie damit jedoch selten Erfolg und werden in der Regel von den Migrantenkindern verjagt. Die Gewalttaten von 2000 bis 2002 konzentrierten sich auf jene Zonen, in denen entweder jüdische Communities in sozialen Unterschichtvierteln verwurzelt sind oder aber dort, wo gemischte Wohngebiete mit jüdischem Bevölkerungsanteil unmittelbar dicht an marode Hochhaussiedlungen angrenzen. Eine Zeit lang verbargen damals viele Juden ihre Zugehörigkeit zur Community, indem sie etwa die Kippa durch eine »unverfänglichere« Kopfbedeckung, wie Basecaps, austauschten. Diese Phase ist jedoch inzwischen vorüber.

Facetten der Judenfeindschaft

Am Rande der Demonstrationen gegen den Irakkrieg im März 2003 machte anfänglich eine »Vereinigung der Iraker Frankreichs« lautstark auf sich aufmerksam. Es handelt sich dabei um eine regimetreue Vereinigung, die ihre Verflechtung mit den »Diensten« des damals amtierenden Regimes kaum versteckte. In der zweiten Hälfte des Irakkriegs wurde sie allerdings aus linken und gewerkschaftlichen Anti-Kriegs-Demonstrationen verbannt, u.a. weil Anhänger dieser Organisation tätliche Angriffe auf irakische Oppositionelle verübt hatten. Während der ersten Kriegstage, genauer am 25. März 2003, konnte diese Vereinigung noch einen Lautsprecherwagen während der Kundgebung von Schülern und Jugendlichen auf der Pariser Place de la Concorde stellen. Europa und die Araber müssten zusammenhalten, wie die Geschichte beweise, äußerte sich ein Sprecher. Die Amerikaner, so die Propaganda, hätten stets nur Unrecht gestiftet. So sei, fuhr der Redner fort, im Zweiten Weltkrieg durch die US-Intervention in Europa mehr Unheil angerichtet worden als durch die Nazis. Im Folgenden appellierte er an die anwesenden Jugendlichen aus Einwandererfamilien: »Ihr müsst Euch bilden, Ihr müsst Euch um Eure Zukunft kümmern, Ihr dürft Euch nicht hängen lassen.« Schuld an ihrer Misere sei eine gut organisierte »jüdische Lobby«, die aber in Wirklichkeit doch so schwach sei, →

[1]

[1] Die Affäre um den Offizier Alfred Dreyfus entwickelte sich zur Projektionsfläche einer antisemitischen Kampagne.

dass man sich »nicht unterkriegen lassen« dürfe. In diesem Fall ging dieser bedrohliche Diskurs nur von einer organisierten Kleingruppe aus, und um die »Vereinigung der Iraker Frankreichs« ist es seit 2003 vollkommen still geworden. Doch lässt die Schilderung erahnen, welche Zutaten zum Erfolg eines antisemitischen Diskurses führen können, falls sie von anderen Akteuren aufgegriffen werden. Derzeit gibt es in Frankreich jedoch keine übergreifende Massenbewegung, die in diesem Sinne agieren würde.

Szenenwechsel. Paris, Ende Juli 2003, an einem heißen Freitagnachmittag, dem muslimischen Gebetstag. Im unteren Teil der Rue Polonceau, im 18. Pariser Arrondissement, einem der mit Abstand ärmsten und am stärksten von Einwanderung geprägten Stadtbezirke. Unweit der von vielen maghrebinischen und westafrikanischen Immigranten besuchten Moschee hat ein »wilder« Prediger für kurze Zeit sein Publikum unter freiem Himmel gefunden. 50 bis 100 Personen umringen ihn, die meisten dürften Algerier oder Marokkaner sein. Der Mann redet sich beinahe in Trance, wild gestikulierend, seine Stimme ist heiser. »Sieht so eine islamische Herrschaft aus?«, fragt er beschwörend auf arabisch in die Runde. Sein ausgestreckter Zeigefinger fuchtelt auf der Titelseite einer marokkanischen Tageszeitung herum, man sieht ein Foto des derzeitigen Königs Mohammed VI. und darunter einen Bericht über einen politischen Gefangenen. Die Antwort erteilt er sich vor seinen Zuhörern gleich selbst: »Nein, das ist die Herrschaft des Juden, das ist die zionistische Herrschaft.« Oftmals befinden sich die Jugendlichen arabisch-migrantischer Herkunft in einer Grauzone, wo sie zwischen verschiedenen Einflüssen hin- und hergerissen sind. Das erleichtert das Projezieren von Bildern und das Kultivieren angesammelter Ressentiments und Stereotypen (vor allem bei jenen, die keinen persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der jüdischen Community haben: »Juden, das sind die mit ihrer dummen Mauer in Palästina« erklärte ein Migrantenjugendlicher Ende 2002).

Schädliche Ereignisse

Eine eindeutig schädliche Einwirkung übten allerdings jüngere Ereignisse aus, bei denen öffentlich angeprangerte antisemitische Aggressionen sich als vorgetäuscht erwiesen und schon früh eine Denunziation angeblicher »arabischer/migrantischer Tätergruppen« erfolgte. Das bekannteste Ereignis in dieser Hinsicht bildet die angeblich antisemitisch motivierte Attacke, die die 24jährige (Nichtjüdin) Marie L. im Juli 2004 im Pariser Vorortzug RER erlitten haben wollte. Dabei gab sie vor den Fernsehkameras zu Protokoll, sie und ihr Baby seien am 9. Juli in der Vorort-Schnellbahn angegriffen worden, nachdem die angeblichen Täter maghrebinischer Herkunft den Ausweis bei ihr entdeckt hätten und anschließend festgestellt haben sollen, dass sie im 16. Pariser Bezirk wohne: »Da wohnen doch nur Juden.« Auf diese Weise sollte die angebliche Aggression gegen Marie L. als antisemitisch motiviert erscheinen. Doch schnell stellte sich heraus: Bereits früher war Marie L. wegen der Erstattung fingierter Anzeigen aufgrund erfundener Straftaten, deren Opfer sie angeblich sei, aufgefallen. Sie wurde Ende Juli 2004 von einem Pariser Gericht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und zu psychiatrischer Behandlung verpflichtet. Doch da war es bereits zu spät: Die Affäre um die »Barbaren im Vorortzug« hatte bereits eine riesige öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Öffentliche Demonstrationen hatten für das vermeintliche Opfer stattgefunden, die beispielsweise die französische KP organisiert hatte. Weiterhin hatten die Medien die Nachricht über die angeblichen Merkmale der »afrikanischen und arabischen« Täter in alle Haushalte getragen, und Phänomene von Antisemitismus in Teilen der Öffentlichkeit deutlich mit dieser Identitätszuschreibung belegt (die konservative Tageszeitung Le Figaro: »Ein Import von der anderen Seite des Mittelmeers«). Das wiederum sorgte für heftige Abwehrreaktionen in Teilen der Migrantenjugend, die sich selbst als »wahre Opfer« betrachteten und beklagten, erneut werde zu Unrecht mit Fingern auf ihre Gruppe gezeigt. Zahlreiche Berichte belegen die schädliche Auswirkung dieser Konstellation. Die Kleinpartei EuroPalestine, die bei Wahlen im Juni 2004 in einzelnen Banlieues rund um Paris bis zu zehn Prozent (aber deutlich unter zwei Prozent in der gesamten Hauptstadtregion) einfuhr, bemühte sich vor diesem Hintergrund, öffentlich den Eindruck zu erwecken, Antisemitismus und Gewalt gegen Juden insgesamt seien reine Propaganda, die sich gegen die Migranten richte. Die Selbstgerechtigkeit ist seit den Ereignissen vom Juli 2004 zweifellos sowohl bei manchen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft (»Antisemitismus ist ein fremder Import, sofern es ihn gibt«) als auch bei manchen Mitgliedern migrantischer Gruppen (»Wir werden zu Unrecht angeprangert.«) gewachsen. ■

Der Begriff des Faschismus

Teil 2

Alex Busch

Im ersten Teil der Auseinandersetzung mit dem Begriff des Faschismus wurde dessen Entstehung erläutert und die Kernelemente faschistischer Ideologie erörtert (siehe AIB # 68). Im folgenden, abschließenden Teil wird rückblickend das Verhältnis der Linken zum Aufkommen des Faschismus – erörtert am Nationalismus und Antisemitismus – hinterfragt und ein kritischer Blick auf die hegemoniale Totalitarismus-Doktrin zur herrschaftskonformen Verklärung faschistischer Bewegung geworfen.

Der Autor ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland.

Kontakt über: bildungsforum@gmx.de

Linke und Faschismus

Von bürgerlich-konservativer Seite wurde und wird die prokapitalistische Haltung der Faschisten bestritten. Die Totalitarismustheoretiker der ersten Stunde sahen in den faschistischen Bewegungen eher eine vergleichbare Ausformung des Mobs wie im damals drohenden Bolschewismus. Die pseudosozialistischen Phrasen der Faschisten wurden von konservativen Totalitarismustheoretikern wörtlich genommen und mit der sozialistischen Bedrohung synonym gesetzt. Dort galt und gilt auch heute der Faschismus als »nationaler Sozialismus« und das propagandistische Versprechen der Faschisten eines nationalen und sozialen »Volksstaates« wird dabei für bare Münze genommen.

In seiner noch während der Nazi-Herrschaft verfassten Untersuchung des NS-Regimes kam der Marxist Franz Neumann hingegen zu der Einschätzung: »Die Wirtschaft des nationalsozialistischen Deutschland hat zwei umfassende und hervorstechende Kennzeichen. Sie ist eine Monopolwirtschaft – und eine Befehlswirtschaft. Sie ist eine privatwirtschaftliche Ökonomie, die durch einen totalitären Staat reglementiert wird. Als den besten Namen, sie zu beschreiben, schlagen wir ›totalitärer Monopolkapitalismus‹ vor.« Kennzeichnend für die linke Positionierung wurde posthum der berühmte Ausspruch Max Horkheimers: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, (soll) zum Faschismus schweigen«.

In jenem, an die Emigranten gerichteten berühmten Ausspruch wandte sich Horkheimer gegen die weit verbreitete Tendenz, den Liberalismus als positiven Gegenentwurf zum Faschismus zu verklären. Er erklärte: »Der Faschismus ist nicht wider die bürgerliche Gesellschaft, sondern unter bestimmten historischen Bedingungen ihre konsequente Form.«

Horkheimer als undogmatischer Marxist allerdings zog daraus einen völlig anderen Schluss als das Gros der linken Bewegungen jener Zeit. Dort setzte sich in vulgär-marxistischer Manier die Dimitroff'sche Definition für die Kommunistische Internationale 1935 durch, die besagte:

»Der Faschismus an der Macht ist die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.«

Faschismus = Kapitalismus also schlicht und zwar der vom ganz bösen Banken- und Finanzkapital, gegen das die Nazis schon die antisemitische Unterscheidung zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital propagierten. Die Mehrheit der Linken jener Zeit verkannte die ideologische Dynamik des faschistischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Damals war es eine unbeachtete Minderheit kritischer und parteilich ungebundener Intellektueller der Linken wie Horkheimer und Adorno, die hingegen den Antisemitismus als herrschaftsstabilisierendes Projektionsangebot der NS-Propaganda erkannten. »Der bürgerliche Antisemitismus hat einen spezifischen ökonomischen Grund: Die Verkleidung der Herrschaft →

in Produktion. (...) Die produktive Arbeit des Kapitalisten, ob er seinen Profit mit dem Unternehmerlohn wie im Liberalismus oder dem Direktorengehalt wie heute rechtfertigte, war die Ideologie, die das Wesen des Arbeitsvertrags und die raffende Natur des Wirtschaftssystems überhaupt zudeckte.«

Hiermit unterschieden sich die Vertreter der Kritischen Theorie von dem Gros der kommunistischen Bewegung jener Zeit, das jegliche vermeintliche Kritik am Kapitalverhältnis per se als fortschrittlich begriff. So wandte sich etwa der KPD-Theoretiker Werner Hirsch 1932 dagegen, »mit der blauen Brille einer Pseudo-Theorie nach irgendwelchen Unterschieden zwischen Demokratie und Faschismus zu suchen«. Mit der Durchsetzung der sog. »Sozialfaschismus-These« der KPD wurde schon Mitte der Zwanziger Jahre die Sozialdemokratie als Konkurrenzpartei zum eigentlichen Hauptfeind erklärt. »Sozialdemokratie ist Faschismus« wurde ausgerufen.

Diese Einschätzung wurde von der KPD erst 1935, also zwei Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis, in der Komintern revidiert. Zentrale Elemente der Nazi-Propaganda, Antisemitismus und Nationalismus, wurden fast völlig verkannt. Es gab sogar mehrere Strömungen innerhalb der KPD, die zeitweise einen »nationalbolschewistischen« Kurs befürworteten. Ein Beispiel hierzu war der »Scheringer-Kurs« der KPD von 1931-32. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Scheringer, zugleich Leutnant der Reichswehr, trat wegen dem »Befreiungsprogramm« der KPD zu den Kommunisten über und forderte nun die »Befreiung Deutschlands« vom Kapitalismus und Versailler Vertrag. Er sah in der Reichswehr den »Kern einer künftigen Befreiungsarmee« und wurde von der KPD zur Werbung bei Nationalrevolutionären, Reichswehr und der SA eingesetzt. In der antisemitischen Propaganda der Nazis gegen das »raffende«, das »Judenkapital« sahen KPD-Aktivisten wie z.B. Ruth Fischer Anknüpfungspunkte für eine linke Kapitalismuskritik. Kritische Marxisten wie Horkheimer und Adorno hingegen er-

Foto: Jülich/attenzione

kannten, dass die pseudo-sozialistische Kritik der antisemitisch besetzten Zirkulationssphäre eine herrschaftsstabilisierende Funktion hat: »Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird. Mit ihrem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die andern auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein.«

Die »pathische Projektion«, die verschwörungstheoretische Personifizierung struktureller Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf »den Juden« war das Angebot zur konformen Rebellion mittels Pogrom und Mord unter Beibehaltung der Herrschaft:

»Das Hirngespinst von der Verschwörung lüsterner jüdischer Bankiers, die den Bolschewismus finanzieren, steht als Zeichen eingeborener Ohnmacht, das gute Leben als Zeichen von Glück. Dazu gesellt sich das Bild des Intellektuellen; er scheint zu denken, was die anderen sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft. Der Bankier wie der Intellektuelle, Geld und Geist, die Exponenten der Zirkulation, sind das verleugnete Wunschbild der durch Herrschaft Verstümmelten, dessen die Herrschaft sich zu ihrer eigenen Verewigung bedient.«

Die Nazis waren demnach keine bloßen »Kapitalistenknechte«, wie die Komintern sie definierte. Sie versprachen die »Erhebung« durch den völkisch-rassistischen Antisemitismus:

»Der Faschismus ist totalitär auch darin, daß er die Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen strebt. Dieser Mechanismus bedarf der Juden. (...) Indem der Verwurzelte an seiner Differenz vom Juden die Gleichheit, das Menschliche, gewahrt, wird in ihm das Gefühl des Gegensatzes, der Fremdheit induziert.«

Faschismus als Massenbewegung ist demnach weit mehr als bloße Herrschaftsform des Kapitals, denn die faschistische Propaganda beinhaltet ein quasireligiöses Erlösungsversprechen. Der Faschismusforscher George L. Mosse verweist auf die starke Bedeutung eines solchen antirationalen faschistischen Heilsversprechens: »Allen westlichen Formen des Faschismus war die Flucht vor der Wirklichkeit in eine gefühlsmäßige und mystische Ideologie gemeinsam. Diese Art der Revolution bewegte sich von einer Ablehnung der Realität hin zu einer Glorifizierung der Ideologie. So war es möglich, dass die faschistische ›Revolution‹ die bestehenden Gesellschaftsstrukturen, und damit auch das Recht auf Privatbesitz, bestehen lassen konnte.«

Historisch wie aktuell zeigt sich für die Linke an solchen Beispielen die Gefahr der Verkennung von materialistischer Kritik und populistischem Ressentiment.

Faschismus, Totalitarismus oder Sonderweg?

Die in der Totalitarismustheorie propagierte angebliche Analogie der »rechten und linken Ränder« für einen »Extremismus« faschistischer wie marxistischer Prägung unter dem gemeinsamen »Banner des Kollektivismus« ist jedoch eher politisch motiviert als empirisch und ideologiekritisch belegbar. Gegen derartige totalitarismustheoretische Zuschreibungen verweist der an der Systemtheorie Max Webers orientierte Soziologe Stefan Breuer auf die ideologische Unvereinbarkeit von Faschismus und Marxismus: »Stellte schon der ›reine Syndikalismus‹ einen Bruch mit zentralen Elementen des marxistischen Sozialismus, allen voran der Werttheorie, dar, so verwischte der nationale Syndikalismus bzw. Sozialismus die Verwandtschaftsbeziehung noch weiter, bis dann der Linksnationalismus auch noch das letzte Band durchschnitt.«

Aus kapitalismuskritischer Sicht ist der Begriff des Totalitarismus zur Kennzeichnung des faschistischen Phänomens abzulehnen, weil er eine Gleichsetzung von Links und Rechts impliziert und den prokapitalistischen Charakter des Faschismus verschleiert. Für den marxistischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas stellt der →

→ Faschismus die extremste Form eines »kapitalistischen Ausnahmestaats« dar. Im Gegensatz zu reinen Militärdiktaturen und bonapartistischen Regimen weise der Faschismus ein »vielschichtiges Verhältnis« zu den beherrschten Klassen auf: Dieses Verhältnis habe »aus dem Faschismus gerade den notwendigen Vermittler der Restabilisierung der politischen Herrschaft und der Hegemonie« gemacht. Der Historiker Karl Heinz Roth betont die Bedeutung der faschistischen Intervention zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung: »Der Faschismus verstand sich in all seinen Varianten als Hüter und Bewahrer des kapitalistischen Eigentums. (...) An die Stelle des Liberalismus klassischer Prägung traten neue staatsinterventionistische und ordnungspolitische Konzepte zur ökonomischen Konsolidierung der ›nationalen Wiedergeburt‹, bei denen ad hoc-Entscheidungen mit mittelfristigen Rüstungsprojekten und langfristigen sozialökonomischen Programmen zur Sicherung und Stabilisierung der neo-imperialistischen Machtstellung Hand in Hand gingen.«

Im Gegensatz zum Mainstream der bürgerlichen deutschen Historikerzunft verweisen international anerkannte Historiker wie Ian Kershaw auf die Brauchbarkeit des Faschismusbegriffs:

»Mit Hilfe des Faschismusbegriffs lassen sich der Charakter des Nationalsozialismus, die Umstände seines Anwachsens, die Art seiner Herrschaft und seine Einordnung in den europäischen Kontext der Zwischenkriegszeit befriedigender und zutreffender erklären als mit Hilfe des Totalitarismusbegriffs.«

In einem solchen gedanklichen Kontext erscheint auch die Herleitung des Nationalsozialismus als bloßes Produkt eines »deutschen Sonderwegs« als problematisch, da sie den strukturellen und gesamteuropäischen Entstehungskontext des Faschismus ausklammert. Deshalb plädieren kritische Historiker wie Geoff Eley dafür, die »Authentizität der deutschen Erfahrung als eines Falles erfolgreicher, aber konfliktbeladener kapitalistischer Modernisierung anzuerkennen.« Eley verweist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, dass das deutsche Kaiserreich nicht als rückständiger Staat betrachtet werden kann. Es wurde von seinen Zeitgenossen vielmehr als »das zwingendste Beispiel eines spezifisch modernen Staates betrachtet, als Modell nationaler Effizienz, gegründet auf die dynamischste kapitalistische Wirtschaft Europas. Unter diesen Voraussetzungen kann man sagen, dass sowohl die inneren Konflikte der deutschen Gesellschaft wie auch ihr ruheloser Expansionismus nach außen nicht Symptome einer Pathologie der Rückständigkeit waren, sondern geradezu Ausdrucksformen ihrer Modernität, die Produkte einer sich modernisierenden Gesellschaft – also einer Gesellschaft, die kapitalistische Industrialisierung erfährt – die sich auf ihre Grenzen zu bewegt und an diese Grenzen stößt.«

Nicht nur im Interesse historischer Genauigkeit ist eine komparative Faschismusanalyse von Bedeutung. Die Shoah ist als faschistisches Menschheitsverbrechen singulär, der Entstehungskontext des deutschen Faschismus jedoch nicht. Darauf weist auch der Historiker Fritz Fischer hin: »Doch so singulär die verbrecherisch-unmenschlichen Züge der Hitler-Diktatur waren, es würde eine unzulässige Verkürzung der historischen Wirklichkeit sein, das ›Dritte Reich‹ allein von diesem Geschehen aus zu sehen. Vielmehr ist es nötig, die durchgehenden Strukturen und Ziele des 1866/71 entstandenen und 1945 untergegangenen Preußisch-Deutschen Reichs zu analysieren, sich das Kontinuum im Wandel und seine Wirkungen im internationalen System zu vergegenwärtigen.«

Gerade hier besteht die Gefahr einer Herauslösung der NS-Vernichtungspraxis aus ihrem Entstehungskontext durch die vorherrschende Tendenz, die Verbrechen des NS aus der Geschichte der westlichen Welt zu verbannen. Diese Tendenz dient nicht nur der Verklärung der Geschichte, sondern zugleich der Rechtfertigung der vorherrschenden Ordnung als angeblich »antitotalitärem Garant« für Demokratie und Zivilisation. Der Politikwissenschaftler Enzo Traverso fordert deshalb, »die Aufmerksamkeit auf eine tiefe Verankerung des Nationalsozialismus, seiner Gewalt und seiner Massenmorde, in der Geschichte des Okzidents, im Europa das industriellen Kapitalismus, des Kolonialismus, des Imperialismus, des Aufschwungs der modernen Wissenschaften und der Technik, im Europa der Eugenik, des Sozialdarwinismus, kurzum, im Europa des ›langen‹ 19. Jahrhunderts, das auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs zu Ende ging«, zu lenken.

Wenn der kategorische Imperativ Adornos, alles zu tun um eine Wiederholung des Grauens von Auschwitz zu verhindern, Gültigkeit haben soll, so ist der strukturelle Entstehungskontext von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Faschismus in Augenschein zu nehmen. ■

Die Maßgaben des Rechts

Zum Tod von Simon Wiesenthal am 20. September 2005

Am Ende seines Lebens widerfuhr Simon Wiesenthal doch noch Gerechtigkeit von Seiten der österreichischen Republik: Im Juni dieses Jahres erhielt er das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich aus den Händen von Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer. Dies trug, wie die FAZ in einem Nachruf auf den am 20. September verstorbenen Gründer des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien schrieb, »Züge eines Canossa Ganges«. Denn der Überlebende mehrerer Konzentrationslager war über Jahrzehnte nicht nur den Drohungen alter und neuer Nazis ausgesetzt. Auch Teile der politischen Klasse Österreichs überschütteten ihn mit Häme und Vorwürfen, er habe mit der Gestapo kollaboriert. Zu gern inszenierte sich die Zweite Republik als erstes Opfer der Nazis.

Als der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ), selbst ein Opfer des NS, 1975 den damaligen FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter als Minister nominierte, kam es zum Streit um dessen SS-Vergangenheit. Wiesenthal wurde als »Nestbeschmutzer« beschimpft. Gegen die Behauptung Kreiskys, Wiesenthal sei ein Helfer der NS-Täter gewesen, zog dieser vor Gericht und gewann. Im Konflikt um die NS-Vergangenheit des Bundespräsidenten Kurt Waldheim agierte Wiesenthal zurückhaltend, nannte diesen einen »Lügner«, nicht jedoch einen »Mörder«, was ihm die Kritik des World Jewish Congress (WJC) eintrug.

Simon Wiesenthal wurde 1908 in Buczacz in Galizien geboren und studierte in Prag Architektur. Seit 1932 arbeitete er als Architekt in der Ukraine. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1941 begann Wiesenthals Odyssee durch insgesamt zwölf Konzentrationslager. Die Befreiung durch die Amerikaner erlebte er im KZ Mauthausen. Nach der Befreiung war er für das »U.S. War Crime Office« tätig, das sich unmittelbar nach dem Krieg um die Verfolgung von NS-Tätern bemühte. Im Zuge des beginnenden Kalten Krieges ließ das Interesse der Alliierten an der Verfolgung von NS-Verbrechern spürbar nach. Der in die Souveränität entlassenen Republik Österreich war mehr an der Integration der Täter gelegen, als daran, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Niemand hatte ein Interesse an der nachhaltigen Verfolgung und Bestrafung von NS-Tätern. Wiesenthals 1947 gegründetes Dokumentationszentrum schloss 1954 seine Pforten wieder. Vorerst. Nur die Akte im Falle des Wiener »Judenreferenten«

→

→ Adolf Eichmann schloss Wiesenthal nicht. Bereits Mitte der 1950er Jahre spürte Wiesenthal Eichmann in Argentinien auf. Doch der israelische Geheimdienst Mossad hielt seine Hinweise für nicht stichhaltig. Ein erneuter Hinweis Wiesenthals führte schließlich 1960 zu Eichmanns Festnahme. Im Jahr 1961 gründete Wiesenthal das Dokumentationszentrum erneut. Seitdem hat er rund 1.200 NS-Täter aufgespürt und zu deren Verurteilung beigetragen. Darunter waren so spektakuläre Fälle wie der des Treblinka-Kommandanten Franz Stangl, den Wiesenthal in Brasilien aufspürte. Auch einer der letzten großen NS-Prozesse gegen den Kommandanten des Ghettos Przemzysl, Josef Schwammberger, ging auf die Recherchen Wiesenthals zurück. Mit der Aktion »Last Chance« geriet Wiesenthal noch einmal in die Kritik. Im vergangenen Jahr hatte das Wiesenthal Center eine Fahndungsliste veröffentlicht, die osteuropäische NS-Täter aufführte und offensiv zu deren Denunziation aufrief, die auch finanziell entgolten werden sollte. Wieder mischten sich sachliche Kritik an der Kampagne in Osteuropa und wütende antisemitische Ausfälle.

Die vom Wiesenthal Center erstellten Dossiers zur Entwicklung des weltweiten Antisemitismus wiesen auf verstetigten Antisemitismus auch in den westlichen Demokratien hin und beförderten die Debatte der vergangenen Jahre. Von seinen Kritikern und Todfeinden wurde Wiesenthal als »erbarmungsloser Racheengel« bezeichnet. Allein der Terminus verriet die antisemitische Färbung dieses Urteils. Dass es diesem statt um Rache um die »Maßgaben des Rechts« (Fritz Bauer) und die Opfer des Holocausts ging, ist in seinen Erinnerungen mit dem Titel »Recht nicht Rache« nachzulesen. Mit Simon Wiesenthal verliert die Erinnerung an den Holocaust einen Anker, der seinen festen Grund in der Erinnerung an das Grauen hatte und wachsam gegenüber heutigen Gefahren des Antisemitismus blieb.

Die weltweiten Niederlassungen des Wiesenthal Centers werden die Arbeit ihres Gründers fortsetzen und weiterhin gegen Antisemitismus eintreten. ■

[1]

[1] Nach der Befreiung 1945: Simon Wiesenthal in der ersten für Verschleppte geschaffenen Synagoge

Sieg für die Pressefreiheit?

Ende Juni setzte sich die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) mit einer Klage gegen ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen durch. Die JF feierte dies als »Sieg für die Pressefreiheit«.

Das Presseecho war positiv. Unisono lobten Süddeutsche Zeitung, taz und Frankfurter Rundschau die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der JF. Diese hatte sich seit 1996 durch alle gerichtlichen Instanzen gegen ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW geklagt. Nun entschied das BVerfG, dass diese Erwähnung einen Eingriff in die Pressefreiheit darstelle, und verwies die Klage zurück an die Verwaltungsgerichtsbarkeit in NRW. Dort soll nun u.a. geprüft werden, ob die vom Verfassungsschutz (VS) als Indiz für die rechtsextreme Ausrichtung der Zeitung angeführten Artikel in ihrer Mehrheit in redaktioneller Verantwortung oder von externen Autoren geschrieben wurden.

Im Jahr 1994 erschien die JF erstmals als Wochenzeitung. Zunächst in Potsdam angesiedelt, zog die Redaktion Ende der 1990er Jahre nach Berlin. Mit einer geschätzten Auflage von 10.000 Exemplaren und ihrer Präsenz an Zeitungskiosken ist die JF eine Ausnahmeerscheinung im Spektrum rechter Zeitungen, existieren doch die meisten extrem rechten Zeitungen aufgrund ihrer hohen Leser-Blatt-Bindung als publizistische Nachtschattengewächse. Seit ihrer Gründung als Schülerzeitung in Süddeutschland im Jahr 1986 agiert sie an der publizistischen Schnittstelle zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Kern ihrer Strategie ist es, das Etikett »konservativ« soweit zu verwaschen, dass sich hierunter auch extrem rechte politische Positionen als »konservativ« deklarieren lassen. Exemplarisch wurde dies am Beispiel des von der JF vehement verteidigten Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann deutlich. Die JF bot den Unterstützern Hohmanns ein breites publizistisches Forum. Sie veröffentlichte den Aufruf »Kritische Solidarität mit Martin Hohmann«, dessen organisatorischer Koordinator, der ehemalige ZDF-Magazin-Redakteur Fritz Schenk, inzwischen eine wöchentliche Kolumne in der JF schreibt. Diese unter der Chiffre Konservatismus firmierenden rechten Positionen sind Programm in der JF. Hier interpretiert man den von der →

[1] Der Stand der Jungen Freiheit auf der Frankfurter Buchmesse 2002

Foto: Jülich/attenzione

Union politisch repräsentierten Konservatismus der Bundesrepublik in der Denktradition von Armin Mohler als zahnlos, nationsvergessen und liberal. Das Spektrum dessen, was in der JF unter »konservativ« firmiert, reicht vom Nationalkonservatismus über jungkonservative und nationalrevolutionäre Positionen bis zur sogenannten »Konservativen Revolution« der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts, die als deutsche Spielart der nicht-nationalsozialistischen europäischen Faschismen gelten kann. So ist es kein Zufall, wenn die JF apologetische Neuerscheinungen über Ernst Jünger oder Carl Schmitt lobt, unentwegt gegen die vorgebliche geschichtspolitische Selbstkasteiung der Deutschen anschreibt und in der Vergangenheit fast jedes Projekt zur Etablierung einer Partei rechts der CDU zumindest zeitweise publizistisch unterstützte.

Wissenschaftlicher Begriffsstreit und die VS – Beobachtungspraxis

Der NRW-Verfassungsschutzbericht erwähnte die JF seit 1995 unter der Rubrik »Rechtsextremismus«. Die Zeitung, so hieß es seitdem dort, »biete tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht des Rechtsextremismus«. Der VS ordnete die Zeitung in der Vergangenheit in die Strömung der sogenannten »Neue Rechte« ein. Unter Bezugnahme auf den Politologen und wissenschaftlichen Referenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Armin Pfahl-Traughber argumentiert der NRW-VS, die »Neue Rechte« sei eine intellektuelle Strömung innerhalb des bundesdeutschen Rechtsextremismus und somit beobachtungsrelevant. In seinem Buch »Konservative Revolution und Neue Rechte« entwickelt Pfahl-Traughber ein Modell der Neuen Rechten, in dem die Grenzen zwischen etabliertem Konservatismus und Rechtsextremismus statisch definiert sind. Dies hat den Vorteil, dass der etablierte Konservatismus auch dann nicht in die Nähe extrem rechter Positionen gerät, wenn er sich diskursiv für Elemente rechtsextremer Ideologie, etwa in punkto Nationverständnis oder Einwanderungspolitik, öffnet.

Dass gerade der etablierte Konservatismus jedoch Zielpunkt »neurechter« politischer Kampagnen ist, blendet Pfahl-Traughber aus politischen Gründen aus. Nur diese scheinbar eindeutige Abgrenzbarkeit konservativer Positionen von solchen der extremen Rechten, ermöglicht es, den Konservatismus als immun für rechte Ideologieelemente zu beschreiben.

Das Modell des Hamburger Politikwissenschaftlers Wolfgang Gessenharter spricht dagegen von der »Neuen Rechten« als einem Scharnier zwischen einem Teil des Konservatismus und Rechtsextremismus. Anders als Pfahl-Traughber sieht Gessenharter die »Neue Rechte« als politische Strömung, die zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus changiert. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass sich einige ideologische Grundannahmen zu Themen wie Staatslehre und Menschenbild überschneiden.

In der Politikwissenschaft ist der Begriff »Neue Rechte« höchst umstritten. Denn ähnlich wie bei dem der »Konservativen Revolution« handelt es sich hierbei um die Übernahme einer Eigenbezeichnung. Zudem steht in der Forschungsliteratur die Frage, worin das spezifisch »Neue« an dieser Rechten gegenüber der Tradition völkischer und faschistischer Gesellschaftskonzepte der Vergangenheit besteht. Die wissenschaftlichen Befürworter des Begriffs argumentieren, es habe bei der Herausbildung der »Neuen Rechten« seit Ende der 1960er Jahre eine Transformation tragender Ideologieelemente, wie etwa des völkischen Rassismus zum Ethnopluralismus, gegeben. Die Gegner des Begriffs verweisen auf die ideologiegeschichtliche Kontinuität der »Neuen Rechten« zu den europäischen Faschismen und stellen eine abgrenzbare Veränderung eben dieser Ideologieelemente in Frage. Hinzu kommt, dass die Diskussion darüber, was denn als »neurechts« zu gelten habe, im Spektrum »neurechter« Akteure kontrovers und in Abhängigkeit von der Konjunktur politischer Themen diskutiert wird.

Publizistische und juristische Auseinandersetzung der JF mit dem Verfassungsschutz NRW

In den vergangenen Jahren ließ die JF nichts unversucht, um sich als Opfer einer vom VS NRW behördlich sanktionierten Kampagne von Medien und Antifa in Szene zu setzen. Zunächst hatte der ehemalige FDP-Abgeordnete und Gründer der national-liberalen Partei »Bund Freier Bürger« (BFB), Manfred Brunner, die JF juristisch vertreten. Später übernahm der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl das Mandat. Stahl tritt auch als Werbeträger für die JF für Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen in Erscheinung.

Die ursprünglich beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereichte Klage argumentierte juristisch auf mehreren Ebenen. Erstens sei der VS NRW für eine in Berlin erscheinende Wochenzeitung nicht zuständig, zweitens sei die in Rede stehende Erwäh-

nung im Jahresbericht des VS NRW ein illegitimer Eingriff in die Pressefreiheit, da der VS den Nachweis des rechtsextremen Charakters der JF über Jahre schuldig geblieben sei. Die im hauseigenen Verlag als Dokumentation herausgegebenen Klageschriften wurden von prominenten rechtskonservativen Politikern, wie dem ehemaligen Berliner Innensenator Heinrich Lummer, unterstützt.

Wichtiger jedoch als die Gerichtsverfahren war der JF die Selbstinszenierung als Opfer eines angeblich repressiven Klimas öffentlicher Meinung, welches in einer »political correctness« seinen Ausdruck fände, die keine abweichenden Meinungen, wie die der JF, dulde. Derart von einer feindlichen Phalanx aus linksliberalen Medien, Kampagnen der Antifa und dem VS umziegelt, erscheint das eigene publizistische Projekt in um so hellerem Lichte. Mit einem vor der JF initiierten »Appell für die Pressefreiheit« gelang es der Zeitung, prominente Unterstützer zu gewinnen, die nicht dem diskursorientierten Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Ähnlich verhält es sich mit den prominenten Interviewpartnern der JF aus dem bürgerlich-liberalen Spektrum. Diese dienen der Zeitung als Nachweis ihrer politischen Pluralität. Interviews in der JF ziehen meist eine kurzzeitige mediale Skandalisierung nach sich, die der Zeitung regelmäßig eine gewisse Aufmerksamkeit sichert.

Anfang dieses Jahres legte JF-Chef Dieter Stein mit einem theoretischen Exposé über den Begriff »Neue Rechte« nach. Hierbei handele es sich um einen politischen Kampfbegriff, der wissenschaftlich unbrauchbar sei, da von der Linken instrumentalisiert. Die »Neue Rechte« sei keine homogene politische Strömung, die eindeutig identifizierbare politische Ziele verfolge. Somit fehle es den unter diesem Begriff eingeordneten politischen Strömungen an Kohärenz. Stein erklärt die »Neue Rechte« zu einer Chimäre des Verfassungsschutzes. Seine intellektuell dürftige Ideologiegeschichte der »Neuen Rechten« bleibt jedoch in sich widersprüchlich, wenn Stein sich bspw. im Gespräch mit dem Vordenker der französischen »Nouvelle Droite«, Alain de Benoist positiv auf die von diesem begrifflich skizzierte »Neue Rechte« bezieht. Sein Anliegen, die »Neue Rechte« aus dem Dunstkreis rechtsextremer Ideengeschichte zu befreien, führt Stein ad absurdum, wenn er den Europa-Mythos der SS und den Gründer der Zeitschrift »Nation & Europa«, Arthur Erhard, als Bezugspunkte neurechter Ideologie anführt.

Fazit

Aus einer Grundrechtsperspektive heraus betrachtet ist das Urteil zu begrüßen. Denn die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sollte nicht in den Händen eines Geheimdienstes, sondern in denen der Gesellschaft liegen. Das Urteil könnte dennoch die behördliche Meßlatte für politische Phänomene, die dem VS als »beobachtungsrelevant« erscheinen, erhöhen.

Welche Folgen das BVerfG-Urteil für die politische Auseinandersetzung mit der JF hat, ist einigermaßen unabsehbar. Zwar wird es wahrscheinlich auch in Zukunft vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sein, die JF als extrem rechts zu bezeichnen. Doch über den Umweg der Klage gegen den VS NRW zielt die JF auf den Charakter der veröffentlichten Meinung. Das Urteil birgt die Gefahr, dass sich Medien künftig schwerer damit tun, die JF als »rechtsextrem« zu klassifizieren, wenn dies nicht mehr behördlich gedeckt sein sollte. Die Furcht vor juristischen Sanktionen durch die Anwälte der JF könnte Medien davon abhalten, hier einen publizistisch-politischen Konflikt zu suchen.

Das positive Presseecho auf das BVerfG-Urteil wird von der JF jedoch als der eigentliche Erfolg angesehen. In den letzten Wochen sind in den großen überregionalen Tageszeitungen JF-Werbeanzeigen erschienen, die das Urteil als Sieg für die Pressefreiheit feiern und Gratisabonnements offerieren. Ob der VS NRW die »Neue Rechte« unter den neuen politischen Verhältnissen in NRW weiterhin im Visier behält, bleibt abzuwarten. ■

[1] Der Vorsitzende des Stiftungsrates der Sudetendeutschen Stiftung Edmund Stoiber neben der Chefin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach

Teures »Kulturgut«

Völkisch orientierte Stiftungen

Hohen Besuch kündigte die Kreisgruppe München der Sudetendeutschen Landsmannschaft für den 15. Juni 2005 an: Zur »Feier der Ehrenmitgliedschaft Seiner Kaiserlichen Hoheit Dr. Otto von Habsburg« lud sie ein. Der Ort des von Monarchen-Nostalgie geprägten Geschehens: Eine zentrale Einrichtung der Münchner »Vertriebenen«-Szene, das Sudetendeutsche Haus. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und zahlreiche Institutionen aus ihrem Spektrum haben dort ihren Sitz, darunter die Sudetendeutsche Zeitung, der Sudetendeutsche Rat und das Collegium Carolinum. Und nicht zuletzt eine weitere Institution, deren Aufgabe die Finanzierung zahlreicher solcher Vereinigungen und Aktivitäten ist: die »Sudetendeutsche Stiftung«.

Die Sudetendeutsche Stiftung, gegründet per bayerisches Gesetz vom 27. Juli 1970, ist ein recht einprägsames Beispiel für das Stiftungswesen im völkisch orientierten Spektrum. Sie soll, so heißt es in Artikel 2 (»Zweck«) des Stiftungsgesetzes, »das sudetendeutsche Kulturgut (...) pflegen« und es »im Bewußtsein der Vertriebenen, der gesamten deutschen Bevölkerung und des Auslands als bleibendes Zeugnis (...) erhalten«. Insbesondere soll sie »Einrichtungen mit Beziehung zur Sudetendeutschen Volksgruppe (...) betreuen«. Damit dafür eine finanzielle Grundlage zur Verfügung steht, ist es ihre Aufgabe, »Vermögensgegenstände natürlicher Personen sowie sudetendeutscher juristischer Personen des öffentlichen

und privaten Rechts aufzunehmen« und für die genannten Zwecke »zu nutzen oder treuhänderisch zu verwalten«. Und damit nicht genug: Zusätzlich zum gebündelten sudetendeutschen »Volksvermögen« erhält die Stiftung auch umfangreiche Mittel von Bund und Freistaat Bayern. Mit einer solchen materiellen Rückendeckung lässt sich's gut politisieren, mag so mancher Sudetendeutsche meinen: Allein von 1974 bis 1984 flossen rund 23 Millionen DM in die Kasse der Sudetendeutschen Stiftung. Doch ganz so einfach liegen die Dinge nicht. Hochrangig besetzt ist der Stiftungsrat, dem die Entscheidung in allen wesentlichen Angelegenheiten der Stiftung obliegt. Er kontrolliert die Verteilung der Gelder und damit auch die Politik, die mit ihnen gemacht wird. Vorsitzender des Stiftungsrates ist der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber persönlich, dem Gremium gehört qua Amt auch die Sozialministerin des Freistaats an. Die bayerische Staatskanzlei, das Kultus- und das Finanzministerium schicken ebenfalls einen Vertreter in den Stiftungsrat, auch die Bundesregierung hat einen Abgesandten dort.

Viel Geld also, vom Staat penibel kontrolliert, steht hinter der sudetendeutschen Politik und sorgt dafür, dass sie stark, aber berechenbar bleibt. Derlei ist im »Vertriebenen«-Spektrum durchaus üblich. Ein zweites Beispiel, aus dem »schlesischen« Milieu: die »Stiftung Schlesisches Museum zu Görlitz«. Sie wurde 1996 gegründet, ihr Zweck: Aufbau und Betrieb eines zentralen »Schlesischen Museums«. Auch hier gehört die Schlesische Landsmannschaft zu den Stiftern, auch hier gibt es umfangreiche Mittel von Bund und Freistaat Sachsen. Selbstverständlich wird auch hier das Geld, das die Basis für schlesische Aktivitäten bildet, von den staatlichen Gebern sorgfältig überwacht. Dem Stiftungsrat gehört Rudi Pawelka an, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, und von ihm weiß man, dass er unzuverlässig ist: Seine »Preußische Treuhand GmbH & Co. KG a.A.« hat im vergangenen Jahr für größeren öffentlichen Unmut gesorgt. Die politische Kontrolle haben sich die staatlichen Bürokratien jedoch auch in der Stiftung Schlesisches Museum zu Görlitz gesichert. Stiftungsrats-Vorsitzender ist ein Ministerialrat aus dem Haus der Bundeskulturbeauftragten, dem Gremium gehören darüber hinaus Ministerialbeamte aus dem sächsischen Wissenschafts- und dem sächsischen Innenministerium an. Auch der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes wird von der Bundeskulturbeauftragten entsandt, die ihrerseits direkt im Bundeskanzleramt angesiedelt ist.

Zahlreich sind die völkischen Stiftungen aus dem Umfeld der »Vertriebenen«-Verbände, und in vielen arbeiten maßgebliche »Vertriebenen«-Funktionäre eng mit Vertretern von Bundes- und Landesministerien zusammen. So etwa in der »Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen«, die ihren Sitz in Bonn hat und revisionsorientierte völkerrechtliche Arbeiten unterstützt. Mehrere Stiftungen unterstützen konkrete »Vertriebenen«-Institutionen, etwa die »Stiftung Haus Oberschlesien« oder die Düsseldorfer »Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus«. Die »Stiftung Ostdeutscher Kulturrat« hingegen widmet sich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; sie prämiert Dissertationen, »die sich mit den historischen deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten der Deutschen im Osten und Südosten Europas beschäftigen«, mit einem Wissenschaftspreis.

Was passieren kann, wenn eine völkisch ausgerichtete Stiftung nicht staatlicher Kontrolle untersteht, das zeigt exemplarisch die Geschichte der Düsseldorfer »Hermann-Niermann-Stiftung«. Die Stiftung, die ihre gesamte Tätigkeit der Unterstützung »ethnischer Minderheiten und Volksgruppen« widmet und besonderes Augenmerk auf die »Förderung (...) der deutschen Sprache und Kultur in den Minderheitengebieten Europas« richtet, hat in den vergangenen zehn Jahren 15 Millionen Euro Fördergelder vergeben. Von den Geldern profitieren unterschiedlichste Projekte, die meist das Deutschtum außerhalb Deutschlands stärken, oft in Herkunftsgebieten von »Vertriebenen«. In Tschechien erhielten im Jahr 2004 etwa das Adalbert-Stifter-Zentrum sowie die germanistische Abteilung der »Schlesischen Universität« in Ostrava Geld aus Düsseldorf. In ihren ersten Jahren war die 1977 gegründete Stiftung weitgehend frei von unmittelbarer staatlicher Kontrolle, abgesehen natürlich von der gesetzlich vorgeschriebenen Stiftungsaufsicht.

Während dieser Zeit besaß der Gründer der österreichischen Nationaldemokratischen Partei (NDP), Norbert Burger, großen Einfluss in der Institution. Burger teilte ihre völkische Ausrichtung und plädierte ebenfalls für die Unterstützung von »Volksgruppen«, hatte allerdings ein etwas radikaleres Verständnis von einer solchen Tätigkeit. Er war nach dem Urteil italienischer Gerichte in Sprengstoffanschläge verwickelt, mit denen die »Südtirol«-Autonomiebewegung in den 50er und 60er Jahren radikalisiert und der Anschluss an Österreich herbeigebombt werden sollte. 1987 deckte ein von der Stiftungsaufsicht eingesetzter Sachwalter auf, dass für arme Bergbauern bestimmte Stiftungsgelder an separatistische Organisationen umgeleitet wurden und für wissenschaftliche Arbeiten vorgesehene Mittel in die Kassen der österreichischen NDP flossen. Der Spaß war rasch vorbei, noch im Juni 1987 wurde ein Ministerialrat aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Stiftung gewählt. Der räumte auf, und seitdem fördert die Hermann-Niermann-Stiftung zwar völkisch orientierte Projekte, aber keine mehr, die öffentliches Aufsehen hervorrufen. ■

Die Schwarze Reichswehr

Interview mit Dr. Bernhard Sauer

Die Geschichte der frühen NSDAP ist ohne die Verwurzelung der Partei im Milieu rechtsextremer Wehrverbände der Weimarer Republik nicht zu verstehen. Eine Vielzahl nachmaliger führender NSDAP-Aktivisten erwarb ihre präfaschistische politische Sozialisation im Milieu von Freikorpsverbänden und radikalen völkischen Gruppen. Eine politisch-militärische Schnittstelle zwischen rechtsextremen Wehrverbänden und Reichswehr stellte die so genannte »Schwarze Reichwehr« dar, die sich als Sammelbecken antirepublikanischer, rechtsradikal-militanter Soldaten erwies. Die Bezugnahme mancher heutiger neonazistischer Gruppen auf Freikorpsverbände und Reichwehr war für das Antifa Info Blatt Anlass, den historischen Kontext genauer zu erkunden.

Dr. Bernhard Sauer ist Historiker. Kürzlich erschien seine Studie »Schwarze Reichswehr und Fememorde« in der Schriftenreihe des Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung im Metropol Verlag.

Sauer, Bernhard: Schwarze Reichswehr und Fememorde; Metropol Verlag; Berlin 2005

Können Sie bitte kurz die Entstehung der Schwarzen Reichswehr in der Weimarer Republik skizzieren?

Unter Schwarzer Reichswehr werden die illegalen oder halblegalen militärischen Formationen verstanden, die neben oder außerhalb der legalen Reichswehr in der Weimarer Republik existierten. Sie wurden von der legalen Reichswehr eingerichtet, unterhalten und zum großen Teil finanziert, um die alliierten Bestimmungen einer Begrenzung der Reichswehr auf 100.000 Mann zu umgehen und so die Schlagkraft der Reichswehr heimlich zu erhöhen. Solche militärisch formierten Organisationen, nach außen »Arbeitskommandos« genannt, gab es im gesamten Reich, im Bereich des Wehrkreiskommandos III im Raum Berlin-Brandenburg gelang es aber, eine weitgehend eigenständige Organisation aufzubauen, die in der Folgezeit dann auch besondere Bedeutung erlangen sollte. Dies lag daran, dass in den anderen Wehrkreiskommandos die »schwarzen« Formationen direkt den örtlichen Reichswehrleitungen unterstanden, während das Wehrkreiskommando III den Führern der Schwarzen Reichswehr, Bruno Ernst Buchrucker und Paul Schulz, weitgehend freie Hand ließ. Buchrucker und Schulz, beide schillernde Persönlichkeiten, die sich später wie zahlreiche andere Kader der Schwarzen Reichswehr dem Nationalsozialismus anschlossen und die zuvor schon den Feldzug der deutschen Freikorps im Baltikum mitgemacht und sich aktiv am Kapp-Putsch beteiligt hatten, nutzten die Gunst der Stunde und bauten systematisch unter den Fittichen der legalen Reichswehr eine reaktionäre Putscharmee auf, mit der sie zu gegebenem Zeitpunkt in Berlin einmarschieren und die Regierung stürzen wollten. Buchrucker und Schulz rekrutierten die Schwarze Reichswehr vornehmlich aus den verschiedenen Freikorps, wobei darauf geachtet wurde, dass deren Angehörige streng »national« eingestellt waren. Vor allem Angehörige der Freikorps, die zuvor im Baltikum gekämpft hatten sowie die Mitglieder der beiden größten Freikorps in Norddeutschland, das Freikorps Roßbach und die Marinebrigade Ehrhardt und deren Nachfolgeorganisation, die Organisation Consul (O.C.), stellten die Kader der Schwarzen Reichswehr.

Das erste Arbeitskommando der Schwarzen Reichswehr wurde bereits 1921 von Paul Schulz in Küstrin gebildet. Später wurde Schulz, ebenso wie Buchrucker mit der Reichswehr durch einen zivilen Vertrag verpflichtet, in das Wehrkreiskommando III in der Kurfürstenstraße 63 in Berlin berufen und mit der Einrichtung weiterer Arbeitskommandos beauftragt. So entstand im Verlauf des Jahres 1923 alsbald ein weites Netz von Kommandos, insgesamt 23 Standorte, in und um Berlin. Diese Kommandos, mit denen die Reichshauptstadt quasi eingekreist war, waren militärisch vollkommen ausgebildet und politisch geeint in dem fanatischen Willen, die verhasste »Judenregierung« so bald wie möglich zu stürzen. Zugleich wurden in ihnen Angehörige der verschiedenen anderen nationalistischen Organisationen in vier- bis sechswöchigen Lehrgängen militärisch ausgebildet, die jederzeit innerhalb weniger Stunden bei Bedarf mobilisierbar waren.

Ist es zutreffend, wenn man das Verhältnis der Reichsregierung und Reichswehrführung im Kontext der Begrenzung der Truppe auf 100.000 Mann zur Schwarzen Reichswehr als politisch instrumentell bezeichnet?

[1] Reichswehrsoldaten bei der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes im Januar 1919 in Berlin

Ja und nein. Die Reichswehrführung und Teile der Reichsregierung wollten die Schlagkraft der Reichswehr mit den illegalen Formationen erhöhen, weil sie das Reich im Westen durch die Anfang des Jahres 1923 erfolgte Ruhrbesetzung der Franzosen und Belgier und im Osten durch die Polen bedroht sahen. Ob diese Stellen mit der heimlichen Aufrüstung auch innenpolitische und weitergesteckte außenpolitische Ziele verfolgten, kann hier nicht erörtert werden, Tatsache ist aber, dass die Geldgeber aus Industrie und Landwirtschaft, die neben der legalen Reichswehr die Formationen der Schwarzen Reichswehr finanzierten, diese vor allem auch bei Unruhen im Innern einsetzen wollten.

Die Führer der Schwarzen Reichswehr jedenfalls entwickelten alsbald weitergehende Ziele. Sie bauten über die bewilligte Stärke der Arbeitskommandos hinaus eine schlagkräftige Armee auf, mit der sie nach dem Vorbild der italienischen Faschisten mit einem »Marsch auf Berlin« die Hauptstadt besetzen und die Reichsregierung »beseitigen« wollten. »Beseitigen« war dabei durchaus wörtlich gemeint. Die Regierungsmitglieder sollten bis auf den Stadtkommandanten exekutiert werden.

Umfangreiche Judenpogrome waren vorgesehen und eingeleitet werden sollte der Putsch durch ein Attentat auf den preußischen Innenminister Carl Severing und die Sprengung der Börse. Unter Führung einer starken Militärdiktatur sollten dann die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges revidiert werden.

Die Reichswehrführer des WK III bestritten später mit Vehemenz, mit derartigen Plänen etwas zu tun gehabt zu haben. Im Gegenteil. Sie seien von Buchrucker und Schulz systematisch hintergangen und belogen worden. Dies kann ihnen durchaus geglaubt werden. Tatsache ist ja auch, dass die Reichswehrführung sich schließlich gegen den geplanten Staatsstreich stellte, nachdem Reichspräsident Friedrich Ebert den Ausnahmezustand für das Reich ausrief und die Reichswehr unmittelbar die exekutive Gewalt übernahm.

Dennoch bleibt die Haltung der Reichswehrführung zwiespältig und teilweise undurchsichtig. Die Führer der Schwarzen Reichswehr behaupteten später, dass zumindest Teile der legalen Reichswehr mit ihren Plänen durchaus sympathisierten und erst dann absprangen, als die Lage aussichtslos erschien. In jedem Fall hat die Reichswehrführung äußerst fahrlässig gehandelt, indem sie die Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr einrichtete und förderte, die Kontrolle aber, was sich da in den Kommandos entwickelte, entweder nie gehabt oder alsbald verloren hatte. Sie trägt letztlich die Verantwortung, dass sich unter ihren Fittichen eine →

antidemokratische Umsturzarmee entwickeln konnte.

Welche politischen und lebensweltlichen Erfahrungen prägten die Aktivisten und Offiziers der Schwarzen Reichswehr? Gab es einen Prozess politischer Radikalisierung?

Alle Angehörigen der Schwarzen Reichswehr, von denen aufgrund der erhalten gebliebenen Ermittlungs- und Prozessakten biografische Angaben gemacht werden können, waren durch den Ersten Weltkrieg und die Nachkriegswirren sozialisiert worden. In jungen Jahren, nicht selten mit 16, 17 oder 18 Jahren, wurden sie in den Krieg eingezogen oder hatten sich freiwillig zu diesem gemeldet. Rudolf Höß beispielsweise, der sich später dem Freikorps Roßbach anschloss, dort an einem Fememord beteiligt war und dann als Kommandant von Auschwitz traurige Berühmtheit erlangen sollte, meldete sich mit 16 Jahren freiwillig zum Krieg. Dort erlebte diese Generation die Hölle des Gas- und Granatkrieges. In den Schützengräben der Front, in der täglichen Erfahrung mit dem Tod und dem Gefühl des gegenseitigen Angewiesenseins entwickelte sich jene Männergemeinschaft, die dann für die Freikorps des Nachkrieges typisch war und in der Schwarzen Reichswehr ihre deutlichste Ausprägung fand. Das »Fronterlebnis« war die zentrale Schlüsselerfahrung im Leben dieser Menschen.

Die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg und der Zusammenbruch der Monarchie erlebten die aktiven Frontoffiziere als Schock. Schuld daran trug in ihren Augen nicht die politische und militärische Führung des Kaiserreichs, sondern ein innerer Feind, der mit Defätismus und Landesverrat systematisch die Heimat zersetzt habe. Während die Frontheere draußen noch für den »Sieg« kämpften, wurde in der Heimat bereits in Streiks und Massendemonstrationen die Beendigung eines für sinnlos gehaltenen Krieges gefordert. Dies erweckte bei den Frontoffizieren den Eindruck, »dass hinter ihrem Rücken (...) die verbrecherische Fackel der Revolution das deutsche Haus in Brand gesteckt hatte«. Ihr Hass richtete sich gegen Sozialdemokraten und Spartakus, gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, die für die Beendigung des mörderischen Krieges eingetreten waren. Die völkische Propaganda hat dann vor allem »den Juden« für den »Landesverrat« ausfindig gemacht.

Die Weimarer Republik, als »Judenrepublik« beschimpft, wurde von den ehemaligen Frontoffizieren, die nun die Freikorps arbeitslos gewordener Soldaten führten, in ihrer großen Mehrheit abgelehnt und aktiv bekämpft. Die meisten hatten sich an den Nachkriegskämpfen und den verschiedenen nationalistischen Abenteuern beteiligt und fanden sich nun in der Schwarzen Reichswehr zusammen, um erneut den Versuch zu starten, die Weimarer Republik gewaltsam zu beseitigen. Im Verlauf der Nachkriegskämpfe hatten sich bei ihnen eine zunehmende Radikalisierung und Politisierung entwickelt. Viele gewannen eine gezielt antisemitische Einstellung und schlossen sich später der NSDAP, SA und SS an und stellten dort nicht selten die Kader.

Wie lässt sich das Interaktionsverhältnis zwischen Schwarzer Reichswehr und rechtsextremen Wehrverbänden in den zwanziger Jahren beschreiben?

Die Schwarze Reichswehr war ein Sammelbecken, eine Art Dachverband der verschiedenen nationalistischen Verbände. In den zahlreichen Geheimbünden und Wehrverbänden hatte es sich schnell herumgesprochen, dass da »bei der Reichswehr« eine »neue Sache« aufgezogen werden sollte. Das zog die alten Kämpfer automatisch an. Andere wiederum erhielten von ihren ehemaligen Vorgesetzten in den Freikorps den direkten »Befehl«, sich sofort »bei der Reichswehr« einzufinden. So sammelten sich in der Schwarzen Reichswehr die Aktivisten aus den verschiedenen Wehrverbänden zu einer Art »nationaler Einheitsfront« mit dem gemeinsamen Ziel des gewaltsamen Umsturzes der Republik. Besonders die Organisation Consul, bekannt geworden durch die Anschläge auf Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau, hat gezielt die Schwarze Reichswehr als Instrument des Umsturzes benutzt. Selbst zu schwach, um alleine einen Putsch herbeizuführen, schickte sie »ihre besten Leute« zur Schwarzen Reichswehr, um zusammen mit den Angehörigen der anderen »vater-ländischen« Verbände den gewaltsamen Umsturz nach dem Motto »Wer Berlin hat, hat das Reich« zu organisieren.

Umgekehrt haben die Führer der Schwarzen Reichswehr Verbindungen zu allen relevanten rechten Organisationen aufgenommen, insbesondere zur Deutschvölkischen Freiheitspartei, dem Alldeutschen Verband, den an der sächsisch-thüringischen Grenze postierten Kampfverbänden des Kapitäns Ehrhardt und zu Hitlers

[1]

[1] Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) übergab der Reichswehr die exekutive Gewalt.

[2]

NSDAP in Bayern.

Nach den Angaben von Walther Stennes, einem weiteren wichtigen Führer der Schwarzen Reichswehr, hat Ende August 1923 in München eine Besprechung stattgefunden, an der unter anderem Ludendorff, Hitler, Buchrucker und er selber teilnahmen und auf der beschlossen wurde, dass der Auftakt zu einem gewaltsamen Staatsstreich vom Norden durch die Schwarze Reichswehr ausgehen und Hitler dann mit seinen Verbänden in Bayern folgen sollte. Allerdings habe sich Hitler nicht an die getroffenen Abmachungen gehalten.

Welche Rolle spielte die antidemokratische Tradition der Schwarzen Reichswehr im Kontext der Etablierung des NS-Regimes in den Jahren 1933-35?

Die Schwarze Reichswehr war eine wichtige Vorläuferorganisation der NSDAP in Norddeutschland. Fast alle Angehörigen der Schwarzen Reichswehr, von denen biografische Angaben gemacht werden können, haben sich später der NSDAP, SA und SS angeschlossen und dort oft Führungspositionen eingenommen. Bekannt geworden sind vor allem Walther Stennes und Paul Schulz. Stennes wurde 1927 von Hitler zum Obersten SA-Führer Ost (OSAF-Ost) ernannt. Unter seiner Führung entwickelte sich die SA östlich der Elbe zu einer der stärksten Formationen. Doch kam es schon bald zum Konflikt mit Hitler. Neben Fragen der finanziellen Ausstattung der SA und deren Stellung zur Partei ging es in diesem Konflikt vor allem um zwei unterschiedliche Positionen wie die Macht im Staate errungen werden könne: Während Hitler nach dem gescheiterten Putschversuch vom November 1923 die Partei auf das Legalitätsprinzip festlegen wollte, wandten sich verschiedene SA-Führer, allen voran der ehemalige Weltkriegsoffizier und Freikorpskämpfer Walther Stennes, gegen die »Verweichlichung« und »Verbürgerlichung« der Partei und das »erbärmliche Legalitätsgeschwätz«. Die SA bezeichnete er als die »Speerspitze der Revolution« und in einer Artikelserie, die er im Berliner Angriff veröffentlichen konnte, berief er sich auch auf die in der Schwarzen Reichswehr gemachten Erfahrungen und betonte, dass der Sieg nur über eine gewaltsame Revolution und einen Putsch errungen werden könne.

Kommissarischer Nachfolger von Walther Stennes im Amt des OSAF-Ost wurde Paul Schulz. Schulz hatte von Hitler im April 1931 die Aufgabe bekommen, die 2. »Stennes-Revolte« niederzuschlagen und die SA von den Stennes-Leuten zu säubern. Damit standen an der Spitze der SA in Berlin-Brandenburg sich nun zwei ehemalige Führer der Schwarzen Reichswehr gegenüber, die den Kampf mit der gewohnten Härte führten. Stennes und Genossen wurden von Paul Schulz und seinen Mitstreitern aus der Partei und SA gedrängt, doch 1934, während des Röhm-Putsches, ereilte dann Paul Schulz selber das Schicksal – und mit ihm vielen seiner Kampfgefährten, die an der Niederschlagung der »Stennes-Revolte« beteiligt waren. Die meisten von ihnen wurden 1934 erschossen, Paul Schulz gelang es schwerverletzt zu flüchten und sich in die Schweiz abzusetzen. Wie schon in der Schwarzen Reichswehr herrschte in der nationalsozialistischen Bewegung das Prinzip »jeder gegen jeden«.

Insgesamt war die Schwarze Reichswehr eine »Männergemeinschaft« in ihrer krassesten Form. Missliebige Personen wurden von den eigenen Kameraden bestialisch geprügelt. Dem Opfer wurde ein Sack über den Kopf gestülpt und mit Eisenstangen, Knüppeln, Reit- und Hundepeitschen so lange auf den Betreffenden eingeschlagen, bis buchstäblich die Haut in Fetzen am Körper hing. Zahlreiche Angehörige der Schwarzen Reichswehr wurden unter den fadenscheinigsten Begründungen als angebliche »Verräter« regelrecht hingerichtet. Die in der Schwarzen Reichswehr praktizierten Methoden fanden in der SA und SS ihre Fortsetzung. Die Prügelszenen innerhalb der Schwarzen Reichswehr erinnern stark an die Foltermethoden in den zahlreichen »wilden« Konzentrationslagern, die nach 1933 von der SA eingerichtet wurden, oder an die Verhörmethoden in dem von der SS geführten Columbia-Haus. ■

[2] Prototyp einer NS-Karriere:
Rudolf Höß war mit 16 Jahren Kriegsfreiwilliger, später Mitglied des Freikorps Roßbach und schließlich KZ-Kommandant.

[3] 1920 in Berlin:
Nach dem reaktionären Kapp-Putsch verteilen Freikorpssoldaten Flugblätter. An die Helme haben sie Hakenkreuze gemalt.

[3]

Übersteigerter Ermittlungswahn

Eigentor für die Berliner Polizei

In der Nacht zum 28. August kam es in Berlin zu einer groß angelegten Polizeiaktion gegen die örtlichen Antifastrukturen. Anlass war eine Party des Kneipenkollektivs Subversiv im Bezirk Mitte. In einem Aufruf auf der Webseite des Antifaversands Red Stuff war den Gästen angeblich ein Cocktail für jedes mitgebrachte NPD-Plakat in Aussicht gestellt worden. Für die Berliner Polizei Grund genug, wegen »Aufforderung zu Straftaten« mit rund 300 Beamten sieben Objekte zu durchsuchen, darunter die Party selbst sowie zwei Privatwohnungen, eine Bürogemeinschaft, ein linker Stadtteilladen und die Räume des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V. (Apabiz).

Dabei ging die Berliner Polizei mit der ihr eigenen Auffassung von Verhältnismäßigkeit der Mittel vor: Auf der Party wurden über 150 Personen, darunter viele Jugendliche, fotografiert und als der Zerstörung von Wahlkampfmaterial verdächtig registriert. In die Wohngemeinschaft eines der Aufforderung zu Straftaten Beschuldigten drang man gleich mit einem Sondereinsatzkommando ein und bedrohte die Anwesenden mit gezogenen Waffen. Gesucht wurde der Computer, von dem aus die inkriminierte Passage »Neonazis aus der gesamten BRD sind zur Zeit im Wahlkampf aktiv: wir auch! NPD-Plakate einsammeln, Kundgebungen blockieren oder Nazi-Material von Infotischen in blauen Müllsäcken entsorgen.« online gestellt wurde. Dabei nahmen die Beamten sieben Rechner, mehrere Festplatten und über 200 CDs sowie Dokumente mit, die mit der NPD offensichtlich nichts zu tun hatten. Gesucht wurde laut Durchsuchungsbeschluss alles, was »Auskunft über politische Aktivitäten außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und übersteigerten Hass der Beschuldigten auf die NPD geben« könnte. Eine Bürogemeinschaft und das Apabiz wurden nur aufgrund ihrer ehemaligen Nachbarschaft mit dem Red Stuff-Versand durchsucht. Es ist offensichtlich, dass nicht die Aufklärung einer Straftat, sondern das Durchleuchten und Einschüchtern antifaschistischer Strukturen Ziel der Polizeiaktion war.

Gelungene Antwort

Zumindest das Ziel der Einschüchterung wurde nicht erreicht – im Gegenteil: Die Aktion sorgte für bundesweites Aufsehen in der antifaschistischen Linken und für eine Welle der Solidarität. Der Rundumschlag der Berliner Polizei hatte auch ein parlamentarisches Nachspiel. Im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses musste Innensenator Körting (SPD) sich für die auch nach Ansicht einiger grüner und Linkspartei-Abgeordneter überzogene Aktion rechtfertigen.

Die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) rührte die Werbetrommel für eine »Antifa-Gala« und holte prominente UnterstützerInnen mit ins Boot. Offensiv wurde damit geworben, dass jede nachgewiesene Anti-Nazi-Aktivität mit einem Freigetränk prämiert werde. Über 200 Initiativen und Einzelpersonen riefen zur Teilnahme an der Gala auf, auf der ErstunterzeichnerInnenliste fanden sich Abgeordnete des Bundestags und des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Gala wurde ein Erfolg: Über 1200 Menschen kamen und feierten, mehr als 300 Neonazi-Plakate wurden eingesammelt und zerstört. Ein Einsatz bei dieser Gala war wohl selbst der Berliner Polizei zu unverhältnismäßig, waren doch auch prominente Abgeordnete vor Ort. So stellt die Gala ein Beispiel für einen gelungenen, weil offensiven und medienwirksamen Umgang mit Repression dar – ob allerdings außerhalb von Wahlkampfzeiten ähnlich viele Parteifunktionäre den Protest unterstützt und für Öffentlichkeit gesorgt hätten, bleibt fraglich.

Kein Einzelfall

Die Aktion reiht sich ein in eine Serie von überzogenen Einsätzen der Berliner Polizei in den letzten Monaten. So wurden bereits am Morgen des 6. Juli 15 Wohnungen und Büros in Berlin und Umland vom Mobilen Einsatzkommando (MEK) gestürmt, wobei etliche Wohnungs- und Zimmertüren zu Bruch gingen und auch ein Unbe-

[1] Eine Polizeibeamtin stellt NPD-Plakate sicher.

teiligter verletzt wurde. Nachdem das MEK die in den Wohnungen anwesenden Personen zu Boden gebracht und gefesselt hatte, überließ man den Kollegen vom Landeskriminalamt das Feld. Zwei Dutzend Computer, etliche Kleidungsstücke und ein Auto wurden beschlagnahmt. Anlass war ein angeblicher Angriff auf zwei Neonazis am Berliner Ostbahnhof einige Wochen zuvor. Als Grundlage der Durchsuchung diente ein Überwachungsvideo aus dem Bahnhof, auf dem nicht identifizierbare Personen zu sehen sind. Bei einer Protestdemonstration anlässlich der Durchsuchungen am folgenden Tag wurden wiederum 18 Menschen festgenommen und etliche verletzt.

Am 20. August führte die bundesweite Neonaziszene in Berlin eine ihrer Ausweichdemos für den verbotenen Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel durch. Wiederum wurden am Rande der Nazidemo zahlreiche protestierende AntifaschistInnen durch Polizeiknüppel verletzt. Am Abend des gleichen Tages stürmte das Berliner Spezialeinsatzkommando (SEK) die Diskothek »Jeton«, wo sich Fans des Fußballclubs BFC Dynamo versammelt hatten. Da die Polizei unter ihnen auch etliche Hooligans vermutete, nahm sie auf Verhältnismäßigkeit oder Bürgerrechte keine Rücksicht. Das SEK stürmte die Diskothek laut Berichten von Augenzeugen mit dem Schrei »Auf den Boden, ihr Votzen!« und schlug auf alle ein, die sich bewegten. Auch in der lokalen Presse waren danach kritische Töne am Verhalten der Beamten zu hören, zeugten doch Bilder von Blutlachen und -spritzern von der Brutalität des Einsatzes.

Am 26. August stürmte eine Einsatzhundertschaft der Berliner Polizei ein studentisches Protestcamp im Außenbezirk Reinickendorf. Auch hier gab es mehrere Verletzte.

Am Rande einer Neonazidemonstration gegen den SPD-Parteitag in Berlin-Neukölln am 31. August schließlich wurden über 20 AntifaschistInnen festgenommen. Einige gaben an, nach ihrer Festnahme geschlagen worden zu sein. Zwei von ihnen erklärten gegenüber der taz, dass man sie schwer misshandelt habe und sie Anzeigen gegen Polizeibeamte erstattet hätten.

Angesichts einer sich neu formierenden und erstarkenden gewaltbereiten Neonaziszene in Berlin (siehe Titelthema, S. 6 bis 17) ist es symptomatisch für die Haltung der Berliner Polizei, dass linkes und antifaschistisches Engagement massiv verfolgt wird, während die extreme Rechte nur »beobachtet« wird. ■

Spendenkonto
Klaus Schmidt
Kontonummer 20610 106
BLZ 100 100 10
Stichwort EA 6 Juli

Geheimstrukturen in Italien:

Das Dipartimento studi strategici antiterrorismo

In Italien sind erneut politische Geheimstrukturen aufgedeckt worden. Bereits in den 80er und 90er Jahren kamen nichtoffizielle Strukturen ans Licht der Öffentlichkeit, die sich aus Rechtsradikalen, Polizei und Geheimdiensten zusammensetzten.

»Illegale Polizeistrukturen in Italien aufgedeckt!« So oder ähnlich lauteten in den ersten Julitagen diesen Jahres die Überschriften zahlreicher Zeitungsartikel.

Vorgeschichte

Im April 2004 wurde der Italiener Fabrizio Quattrocchi im Irak zunächst entführt und dann ermordet. Unklar war, wieso sich Quatrocchi überhaupt im Irak aufhielt. Zunächst hieß es, er sei im Auftrag eines privaten Sicherheitsdienstes tätig gewesen. Im Zuge der durch Staatsanwaltschaft von Genua geführten Ermittlungen um den Tod Quatrocchis, wurde jedoch aufgedeckt, dass er dort als Söldner arbeitete. Auftraggeber sei das »Dipartimento studi strategici antiterrorismo – Dssa« (Abteilung für strategische Anti-Terror-Studien) gewesen.

Ähnliche Verwirrungen gab es im Übrigen auch um den Tod zweier deutscher GSG 9-Beamter im Irak. Damals hieß es zunächst, sie seien privat im Land gewesen. Später bestätigten offizielle Stellen, dass sie dienstlich eingesetzt waren. Angeblich sollten sie die deutsche Botschaft in Bagdad schützen. Im Zuge der Ermittlungen wurde die Dssa überprüft. Es stellte sich heraus, dass es sich dabei um eine nicht-staatliche Organisation handelt, die in ganz Italien Stützpunkte unterhält. Sie soll aus mindestens 150 Personen bestehen und vorwiegend aus ehemaligen oder aktiven Polizisten, Carabinieri, Grenzpolizisten, Zollbeamten und Geheimdienstangehörigen bestehen.

Dipartimento studi strategici antiterrorismo – Dssa

Ziel der Dssa war der Kampf gegen den sogenannten islamischen Terrorismus. In diesem Zusammenhang führte sie Ermittlungen und Überwachungen gegen Moslemgruppen, Moscheen und von Arabern geleitete Betriebe durch.

[1]

[1] Ein Foto aus den 80er Jahren zeigt Dr. Gaetano Saya (rechts) mit dem damaligen Verteidigungsminister Senator Giovanni Spadolini.

Beispielsweise spielte die Dssa den Carabinieri wiederholt Dossiers über angeblich von Islamisten geplante Anschläge zu. Auch die Terrorwarnung für den Domplatz von Mailand zu Beginn des Jahres 2005 soll auf Informationen der Dssa basieren. Im Gegenzug konnte die Organisation geheime Datenbanken des Innenministeriums nutzen. Die Dssa verhielt sich wie ein staatlicher Geheimdienst und habe vorgetäuscht, »über den Auftrag zur Begrenzung und Kontrolle der Terroristen-Finanzierung, zur Identifikation und Unterwanderung von Terrorzellen und zur Analyse von Gegenspionage zu verfügen«, so die Ermittlungsbehörden in Genua. Wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung wurden 25 Objekte durchsucht. Dabei wurden Waffen, zahlreiche »Survival-Kits«, unzählige Ausweise und Dienstplaketten gefunden. Gegen 24 Personen wird ermittelt; 12 von ihnen sind Polizisten. Bei den Köpfen der Dssa handelt es sich um Dr. Gaetano Saya und Ricardo Sindoca, die in Florenz und Pavia unter Hausarrest gestellt wurden. Beide sind extreme Rechte mit ausgezeichneten Verbindungen zu Geheimdiensten und anderen staatlichen Apparaten.

Destra Nazionale – Nuovo Msi

Dr. Geatano Saya ist oberster Chef der rechten Gruppierung »Destra Nazionale – Nuovo Msi« (Nationale Rechte – Neue Soziale Bewegung Italiens). Der heute 49-jährige Saya wurde in Messina, Kalabrien geboren und wuchs bei seinem Großvater auf. Stolz betont er, dass dieser schon bei

Mussolinis »Marsch auf Rom« dabei gewesen sei. 1970, mit 14 Jahren, habe Saya an den rechten Aufständen in Kalabrien, den »giornate di Reggio Calabria«, teilgenommen. Später sei er Experte für Information, Sabotage, Propaganda und Guerilla, Gegenspionage und Antiterrorismus bei den Geheimdiensten der NATO gewesen. Dabei dürfte es sich um die geheime »Stay-Behind-Struktur« der NATO handeln, die in Italien unter dem Namen Gladio (römisches Kurzschwert) auftrat und aus Rechtsradikalen rekrutierte Terror- und Sabotagetrupps für den Fall einer kommunistischen Invasion oder Revolution ausbildete (siehe AIB # 14, Frühjahr 1991). Gladio wird für zahlreiche Anschläge in den 60er und 70er Jahren verantwortlich gemacht. Unter dem Stichwort »Strategie der Spannung« wurden die oft verheerenden Attentate der Linken untergejubelt, um über die damit geschaffene verschärfte innenpolitische Lage einen rechten Staatsstreich zu erreichen.

Die seit den 50ern bestehende Struktur wurde erstmals im Oktober 1990 bekannt, als der ehemalige italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti vor einer Untersuchungskommission aussagte. Durch General Giuseppe Santovito sei Saya dann zum »Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare – SISMI«, dem italienischen militärischen Sicherheitsdienst, gekommen. Ebenso wie Santovito und Silvio Berlusconi war auch Saya Mitglied der Geheimloge »Propaganda 2« (P2), die in den 70er Jahren ebenfalls versuchte, die notwendigen Voraussetzungen für einen rechten Staatsstreich zu schaffen. Im Zeitpunkt ihrer Aufdeckung konnte die P2 bereits ganze Regimenter der traditionell rechtsgerichteten Fallschirmjäger mobilisieren. 1997 sagte Saya – quasi als Kronzeuge – im Prozess um die Ermordung des Anti-Mafia-Ermittlers und Carabinieri-Generals Carlo Alberto dalla Chiesa gegen Andreotti aus, und beschuldigte ihn, den Mord befohlen zu haben. Seit Mai 2005 muss er sich zudem wegen antisemitischer und rassistischer Hetze vor Gericht verantworten.

[1]

[1] Riccardo Sindoca (rechts), zweiter Leiter der Dssa, bei einem USA-Aufenthalt

Kontinuitäten

Nach der Enttarnung der Dssa wiegelten die staatlichen Stellen ab. Silvio Berlusconi betonte, bei Saya würde es sich lediglich um einen Wichtigtuer handeln. Der Fall werde künstlich aufgebauscht. Unwahrscheinlich ist aber, dass mit der Dssa nur eine Gruppe von Wichtigtuern aufgeflogen ist, die auch mal Polizei spielen wollten. Gegen diese Annahme spricht, dass die Dssa offensichtlich über erhebliche finanzielle Mittel, ausgezeichnete Kontakte und erhebliche politische Unterstützung verfügt. Es könnte sich tatsächlich um eine Geheimorganisation à la Gladio oder P2 handeln. Dafür sprechen auch die zahlreichen personellen Kontinuitäten. Zudem handelt es sich bei den Akteuren erneut um eine Mischung aus Rechtsextremen, Polizei und Geheimdiensten. Nur ist zur Zeit ein anderes Feindbild, in den Vordergrund gerückt: Die allseits beschworene Bedrohung durch den »islamistischen Terror«! Würde es sich tatsächlich nur um eine Ansammlung von Spinnern handeln, wäre Quatrocchi wohl kaum im Irak aktiv gewesen und hätten Mitglieder der Dssa keinen Zugang zu vertraulichen Dossiers der Geheimdienste gehabt. Zudem war das Netz der Dssa über ganz Italien verteilt.

Schließlich bleibt die Frage, ob nicht erneut geheime Stay-Behind-Organisationen bestehen. Stay-Behind-Organisationen, die auch in anderen Ländern auf Rechtsextreme, Polizisten und Geheimdienstler setzen. ■

Die dänische Neonaziszene

20. August 2005. Auf einem Feld außerhalb eines Dorfes in der dänischen Provinz demonstrieren 87 Neonazis. Es ist die größte Manifestation dieser Art seit vielen Jahren in Dänemark, aber kein Abbild der dänischen extremen Rechten. Dieses findet sich primär im Internet, in Form von Gewalt auf den Straßen und in internationalen Kontakten.

Am 20. August marschierten 87 Neonazis im dänischen Provinzdorf Kolding. Die kleine Schar schwenkte Hakenkreuzfahnen sowie schwedische und dänische Nationalfahnen auf einer verlassen Wiese außerhalb des Ortes. Anlass war der Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. Diese Versammlung sagt nicht viel über die dänische extreme Rechte aus – abgesehen von ihren internationalen Kontakten. Der Großteil der Teilnehmer bestand nämlich aus deutschen Neonazis, die mit der Reise nach Dänemark das Verbot des Heß-Marsches umgingen. Der Großteil der aktiven dänischen Naziszene war nicht eingeladen. Die Hauptredner waren ebenfalls aus Schweden und Deutschland; zunächst Jonas Anderson von der Nationalsocialistisk Front (NSF) und als zweiter Redner Christian Worch. Dieser betonte immerhin den angestrebten internationalen Charakter der Demonstration, indem er Englisch sprach, weswegen selbst ein Teil der Neonazis grinsen musste.

Der dänische Leiter der Demonstration war Kasper Krøner, der in Schweden wohnt und dem Blood&Honour-Netzwerk angehört. Krøner dirigierte den Marsch und kümmerte sich um den Kontakt zur dänischen Polizei.

Der Niedergang der Neonazis

Wenn die dänische Neonaziszene nicht massiv präsent ist, wie das beispielsweise in Kolding der Fall war, liegt das daran, dass sie keine große Erfahrung in der Ausrichtung größerer Veranstaltungen hat. Die dänische Naziszene lebt immer noch vor allem im Internet sowie auf kleinen konspirativen Festen und Treffen.

Der Niedergang der Neonazis begann bereits in den 1990ern, als Danmarks Nationalsocialistiske Parti (DNSB) sich mehrmals ohne größeren Erfolg als Organisator von Heß-Märschen für dänische und ausländische Neonazis versuchte. Die mangelnde Fähigkeit »die Straße zu erobern« ließ viele verschwinden und interne Spaltungen aufbrechen. Es gibt jedoch noch einen wesentlichen Faktor, der die extreme Rechte in Dänemark geschwächt hat und noch immer schwächt, nämlich den außerordentlich großen Erfolg der bürgerlichen Rechten, der den Spielraum der Neonazis begrenzt.

Hierzu gehört die Danske Folkepartiet, die seit ihrer Gründung 1995 rassistische Politik »legalisiert« und in die Tat umgesetzt hat. Unter anderem deshalb hat die äußerste Rechte außerhalb des Parlaments vor allem Personen angezogen, die gerne und vor allem mit der Androhung von Gewalt und Gewalt arbeiten. Die Krise der dänischen Neonaziszene und die fehlende Zusammenarbeit führten zu zwei neuen Strategien der äußersten Rechten: den Fokus auf der Rekrutierung von Hooligans und die Erstellung einer »patriotischen« Webseite.

Von Hooligans zu Webmastern

Die Webseite mit dem Namen »Dansk Front« wurde nach ihrer Erstellung 2002 schnell zu einem Anlaufpunkt für Rassisten aller Couleur. Seitdem wird sie von einer kleinen Redaktion gepflegt, die immer wieder versucht hat, ein Image als »Patrioten« aufrecht zu erhalten – nicht als Neonazis. Die Gruppe entstammt der Hooliganformation White Pride aus Århus, die seit Mitte der 1990er existiert. Die Seite ist laut der Redaktion »ein unabhängiges Newsportal, das aktuelle Artikel und Reportagen über den Widerstandskampf der Dänen bringt. Gleichzeitig vermitteln wir Kontakte zwischen dänischen Patrioten.« Das Bild einer Gruppe Dänen, die lediglich mehr als allgemein üblich um ihr Vaterland besorgt ist, bekommt jedoch schnell Risse. Zum Beispiel finden sich Massen von Diskutanten im Forum, die neben den

Namen Bilder von Hakenkreuzen oder Hitler haben sowie Namen wie »Zyklon B« oder »SS88«.

Die kleine Gruppe umfasst etwa 20 junge Männer, die viele internationale neonazistische Kontakte haben. Jedenfalls gibt die Gruppe in Internetforen damit an, Kontakte zu Combat 18 in England zu haben – eine Prahlerei, die später vom dänischem Verfassungsschutz, Politiets Efterretningstjeneste, bekräftigt wurde. Die Gruppe traf sich auch mit führenden norwegischen Neonazis während einer Fußballtour nach Oslo. Und ein kleinerer Teil der Gruppe fuhr u.a. zu einem Neonaziaufmarsch in Neumünster im April 2003.

Aber White Pride und Dansk Front zogen schnell Aufmerksamkeit auf sich. Und diese richtete sich auf Jacob Andersen, in der White Pride-Gruppe »der Führer« genannt. Dansk Front gab öffentlich bekannt, dass zwischen der Webseite und White Pride kein Zusammenhang bestehe, Dansk Front sollte als offener, legaler Sammelpunkt für Rassisten erscheinen. Aber in landesweiten Zeitungen wurden mehrere Fotos veröffentlicht, die Jacob Andersen in neonazistischer Gesellschaft in Neumünster zeigen, daraufhin zog Andersen sich zurück.

Die Neonazis gehen auf die Straße

Dansk Front entwickelte sich zu einem Netzwerk, in dem die Organisation recht geschlossen ist, die Angst vor der Polizei, »den Roten« und anderen Feinden werden im Forum ständig erwähnt. Feste, Treffen u.ä. werden heimlich arrangiert, was die meisten Anhänger davon abhält, teilzunehmen.

Besonders in Kopenhagen und Nordseeland sammelten sich die Dansk Front-Aktivisten. Sie zeigten zwar weiterhin keine größeren Aktivitäten nach außen, am 20. März 2004 jedoch wollte das neue Dansk Front-Netzwerk auf der Straße Stärke zeigen. Der Anlass war ein Jahrestreffen der Dansk Folkeparti im Ort Fredericia, das über Jahre hinweg antirassistische Demonstranten angezogen hatte.

60 bis 70 Neonazis tauchten in Fredericia auf, und es kam zum Zusammenstoss zwischen Antirassisten und Neonazis. Die Dansk Front-Webseite zeigte sich begeistert in ihrer Schilderung des Tages: »Aufräumen mit den Autonomen« hieß es.

Aber die Beigeisterung über die nach außen gerichtete Aktivität nahm schnell ab. Dansk Front hielt im Juni 2004 ein konspiratives Treffen ab, in dessen Folge vier Neonazis von unbekannten Tätern überfallen wurden. Dansk Front schrieb selbst, dass die Täter von der »linken Rowdytruppe Antifascistisk Aktion« gewesen seien und schloss mit einer Erklärung, dass »die Samthandschuhe jetzt weggeworfen sind«. Andere Beiträge im Forum drückten aus, dass »ein kleiner Krieg für mich ganz okay« sei und verkünden: »Rote Schweine, es ist zum Angriff geblasen!« Aber in der Realität schwächte der Angriff Dansk Front in Kopenhagen und Nordseeland. Ihre Aktivitäten nahmen ab und wurden konspirativer.

Gegen die Moschee

Die immer weiter fortschreitende Abschottung führte dazu, dass besonders die Neonazis in Århus sich in ein neues Projekt stürzten: den Verein Århus mod moskeen/Århus gegen die Moschee. Dieser existiert seit dem Ende der 1990er, als die Idee einer neuen großen Moschee für Jylland erstmals diskutiert wurde. In Dänemark existieren bis heute keine Moscheen, die deutlich als religiöse Gebäude zu erkennen sind. Der Verein aus den 1990ern wurde jetzt wiederbelebt – mit einer äußerst rabiaten Unterstützergruppe von Dansk Front und der kränkelnden Hooligangruppe White Pride. Der Fokus auf die Stärkung dieses Vereins markiert eine neue Strategie der Nazis. Århus mod moskeen hat sich kürzlich entschlossen, im November an der Kommunalwahl teilzunehmen. Auf den öffentlichen Treffen von Århus mod moskeen versuchen die Mitglieder, sich daher als »besorgte Mitbürger« zu präsentieren. Auf den internen Treffen zeigen sich jedoch andere Teilnehmer, nämlich Leute von Dansk Front und White Pride.

Zusammenfassend kann die dänische Neonaziszene als ziemlich schwach beschrieben werden, primär aufgrund der fehlenden Organisierung. Eine Kerngruppe von Aktivisten hält kleine Aktivitäten aufrecht, versucht verschiedene Formen von Aufbauarbeit und pflegt die internationalen Kontakte. Aus dem Kreis von Neonazis und Sympathisanten, die sich außerhalb dieser Kerngruppe befinden, verschwinden viele wegen der mangelnden außenwirksamen Aktivitäten und »Siege«, während neue Sympathisanten wegen der Heimlichtuerei es meist mehr als schwer haben, in die Szene zu kommen. ■

[1] Hauptsächlich deutsche Neonazis liefen hinter einem Transparent des »Freundeskreis Halbe« auf einer Wiese ausserhalb von Kolding. Sie zeigten dabei den Hitlergruß und schwenkten Hakenkreuzfahnen.

Zeitschriftenschau

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) – monatlich
Metropol-Verlag Berlin

Im vergangenen Jahr feierte die ZfG ihren 50. Geburtstag. Gegründet wurde die renommierte Zeitschrift zu Beginn der 1950er Jahre in der DDR. Sie war das staatlich lizensierte historiographische Wissenschaftsorgan, in welchem sich alle wesentlichen geschichtspolitischen Debatten der DDR widerspiegelten. Hier fanden sich die geschichtsteleologischen Revolutionstheorien von Dogmatikern wie Erich Paterna ebenso wieder, wie sich seit Mitte der 1980er Jahre eine behutsame Öffnung der ideologischen Scheuklappen in der DDR-Geschichtswissenschaft nachlesen ließ. In der Wende und Nachwendezeit war die Zeitschrift, wie so viele DDR-Zeitschriften, vom Aus bedroht. Dass sie vom Berliner Metropol-Verlag übernommen und zu einer der führenden geschichtswissenschaftlichen Zeitschriften in Deutschland wurde, darf man einen Glücksfall nennen, der dem Engagement des Verlegers Friedrich Veitl zu verdanken ist.

Zur Qualität der Zeitschrift trägt bei, dass sie ausschließlich Erstveröffentlichungen von Aufsätzen und Exposés druckt.

Im Heft finden sich alle historischen Epochen repräsentiert. Allerdings legt ZfG einen Schwerpunkt bei Themen der neueren und Neuesten Geschichte. Das bringt es mit sich, dass sich im Heft eine Vielzahl von Aufsätzen zum Themenkontext Nationalsozialismus und seiner Ideologiegeschichte finden. So schrieb Karsten Wilke in Heft 2 des laufenden Jahrgangs einen zumindest organisationsgeschichtlich interessanten Aufsatz über die HIAG in den 1950er Jahren.

Die Redaktion scheut die Kontroverse nicht, wodurch das Blatt erfrischender daher kommt, als die ebenfalls arrivierte VfZ des Münchener Instituts für Zeitgeschichte. Denn so mancher Aufsatz wagt den Blick über den Tellerrand der klassischen Historiographie hinaus auf mentalitäts- oder generationsgeschichtliche Fragestellungen. Dabei ist die grundsätzlich linksliberale Blattlinie unverkennbar.

Der ebenfalls nach Epochen gegliederte, umfangreiche Rezensionsteil der ZfG gibt regelmäßig einen recht repräsentativen Überblick zu wichtigen wissenschaftlichen Neuerscheinungen im Themenkontext zu NS-Diktatur, Vergangenheitspolitik und Zeitgeschichte.

All dies macht die ZfG zu einer lohnenden Lektüre nicht nur für Historiker und Politikwissenschaftler. ■

Sven Reichardt
Faschistische Kampfbünde
Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA
Böhlau

Reichardt, Sven:
Faschistische Kampfbünde:
Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA Böhlau Verl.; Köln, 2002.- 814 S.

Faschistische Kampfbünde

Im historiographischen Diskurs gibt es eine Wiederkehr des Faschismusbegriffs. Die Debatte ist jedoch anders als in den 1970er Jahren weniger von einer agitatorischen Indienstnahme des Begriffs im wissenschaftspolitischen kalten Krieg geprägt, als vielmehr von einem neuen Interesse an der Ideologiegeschichte und der politischen Praxis des Faschismus in seiner Bewegungsphase. Die bisher eher aus dem angelsächsischen Raum von Autoren wie Griffin, Payne und Kershaw kommenden Impulse, entfachten auch in Deutschland die Debatte um Wesen und Praxis des Faschismus neu.

Sven Reichardt vergleichende Studie über die Bewegungsphase des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus darf als ein gewichtiger Beitrag zur Debatte um die Bewegungsphase der europäischen Faschismen gelesen werden.

Zunächst geht Reichardt der These nach, sowohl die SA als auch der Squadrismus hätten während der Bewegungsphase im Kontext eines gesellschaftlichen Kriegszustandes agiert, der wesentlich für die Reproduktion von politischer Gewalt gewesen sei. Diese zuletzt von Andreas Wirschig vertretene Ansicht, in der Weimarer Republik habe ein Zustand des »latenter Bürgerkrieges« geherrscht, in dessen Rahmen die Interaktion zwischen SA und Rotfront Kämpferbund eng aufeinander bezogen gewesen sei,

und den Untergang der Republik befördert habe, sucht Reichardt zu differenzieren. Die sozialräumliche Nähe zwischen RFB und SA in deutschen Großstädten habe zwar eine gewaltförmige Interaktion befördert, doch seien vom RFB weniger Gewalttaten ausgegangen als von der SA. Reichardt weist zudem die oftmals wiederholte, bisher jedoch nur unzureichend belegte These vom massenweisen Übertritt von RFB-Aktivisten nach dem 30. Januar 1933 zurück. Die vielfach behauptete Übernahme ganzer RFB-Züge in die SA ließe sich, von Ausnahmen abgesehen, nicht belegen. Vielmehr beglichen viele SA-Aktivisten in den ersten Wochen nach der Machtübernahme in weitgehender Eigenverantwortung alte Rechnungen mit dem politischen Gegner. Insgesamt, so bilanziert Reichardt seinen Vergleich, sei die Straßengewalt vielfach initiativ von der SA ausgegangen. ■

Staud, Toralf: Moderne Nazis: Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.- Kiepenheuer&Witsch; Köln 2005 232 S. 8,90

Im Portrait: Die NPD

Die mediale Präsenz der NPD und die verfügbare Literatur über die Partei stehen in einem deutlichen Missverhältnis. Denn während man seit Monaten beinahe täglich über die Partei in der Presse lesen kann, sind neuere Publikationen über die älteste extrem rechte Partei rar. Die letzte verfügbare wissenschaftliche Studie datiert auf das Jahr 1999. Rund um das gescheiterte Verbotsverfahren erschienen einige Bücher, deren Halbwertzeit bereits verfallen ist. Nun hat der Journalist Toralf Staud ein Portrait der NPD vorgelegt.

Stauds Buch ist für ein breites Publikum geschrieben. Spannung bezieht der Band aus einer Mischung zwischen reportagehaften Momentaufnahmen und inhaltlichen Vertiefungen. Nach einer Einleitung, welche die politische Strategie der Partei flüssig skizziert, steht ein Portrait des NPD Vorsitzenden Udo Voigt. Gewiss, kundige LeserInnen fragen sich nach dem Sinn solcher Personalisierungen. Dennoch vermittelt das Portrait Voigts einen farbigen Eindruck von der Lebenswelt, in welcher sich extrem rechte Akteure bewegen. Was dann folgt, ist ein knapp dreißigseitiger Gewaltritt durch die Geschichte der Partei seit ihrer Gründung im Jahr 1964.

Eine Rückschau auf das NPD-Verbotsverfahren genügt der Chronistenpflicht, liest sich jedoch im Jahr 2005 etwas abgestanden. Das inhaltliche Herzstück des Buches ist das Kapitel über das NPD-Programm. Hier hat der Autor echte Kernerarbeit geleistet, um die Leserin mit den Klippen rechtsextremer Ideologie im Allgemeinen und der der NPD im Besonderen vertraut zu machen. Das gelingt auch in soweit, als dass Staud den programmatischen Transformationsprozess der Partei in den 1990er Jahren gut auf den Punkt bringt. Schwach wird der Text, wo es um die Rolle der Nationalrevolutionäre in der extremen Rechten in den 1970er Jahren geht. Staud beschreibt emphatisch seinen Besuch bei Henning Eichberg, den er als freundlichen, ergrauten Herren zeichnet, der Distanz zu seinen früheren ideologischen Positionen bekundet. Hier folgt Staud allzu bereit der Interpretation Eichbergs, ohne ausreichend zu reflektieren, dass dessen Grundpositionen immer noch zur ideologischen Familie der extremen Rechten zählen. Dem Programmkapitel schließen sich eine Reportage über die NPD-Landtagsfraktion in Dresden und eine über die NPD-Kommunalpolitik in Hessen an. Diese flott geschriebenen Stücke liefern Begründungen, warum die NPD in Sachsen so erfolgreich an ihrer regionalen Verankerung arbeitet. Eine mentalitäts- und sozialgeschichtliche Vertiefung dieser Gründe wäre zwar wünschenswert gewesen, passt jedoch nicht in einen Publikumsband. Im Kapitel über die NPD und die rechtsextreme Jugendkultur beschreibt Staud sachkundig und wohltuend unaufgeregt die neuere Entwicklung der Entgrenzung rechtsextremer, jugendkultureller Genres. Der Band ist für ein Buch seiner Preisklasse mit einem Literaturverzeichnis, einem Personenregister und dem Anmerkungsapparat gut ediert. Staud hat kein Buch für ExpertInnen geschrieben, wohl aber eines, dessen Lektüre man manchem Lokalpolitiker ans Herz legen möchte. ■

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 68
Der Umgang mit rechten Großveranstaltungen
Der Begriff des Faschismus Teil 1
Colonia Dignidad

AIB 67 Spezial
VERGESSEN – VERSCHWEIGEN – VEREINNAHMEN
Erinnerungskultur in Deutschland

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
17. Jahrgang
Nummer 69 | 5.2005

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin